Der Anti-Nazi

Redner- und Pressematerial über die N. S. D. A. P.

2. erweiterte Auflage

80
40671

egeben vom Deutschen Volksgemeinschaftsdienst Berlin SW 48

Materialien vorhanden

Inhaltsverzeichnis

A. Programm und Grundsätze der NSDAP

I. Allgemeines. – Rassen- und Staatstheorien — Seite

1. Rassentheorien der NSDAP 1

II. Außenpolitik

1. Außenpolitisches Ziel 2

III. Innenpolitik

1. Weimarer Verfassung und NSDAP-Programm 5
2. Einwanderung u. Ausweisung von Ausländern 7
3. Nationalistischer „Wehrverrat" 8
4. Futterkrippenwirtschaft 9

IV. Wirtschaftspolitik

1. Brechung der Zinsknechtschaft 11
2. Privateigentum und Sozialisierung . . . 14
3. Mittelstandspolitik — der Scheinkampf gegen die Warenhäuser 16
4. Landwirtschaft und Nationalsozialismus . . 18

V. Kulturpolitik

1. Volksbildungswesen 20

B. Die NSDAP in der Praxis

I. Im Reichstag

1. Nationalsozialistische „Rheinlandtreue" . . 21
2. Zickzackkurs der Reichstagsfraktion 23

II. In den Länderparlamenten

3. Die Nationalsozialisten in Sachsen . . . 26
4. Nationalsozialistische Mißerfolge in Thüringen 28

C. Widersprüche zwischen Theorie und Praxis

1. Gegen das Gemeinwohl 32
2. Die Staatsbürger des dritten Reiches . . 33
3. Nationalsozialistischer Nationalverrat — Der Dolchstoß von 1923 34
4. Judengeld und Nationalsozialisten . . . 37
5. Kriegsheldentaten der Naziführer 39
6. Die „Arbeiterpartei" 40
7. Geldgeber der NSDAP 44
8. Nationalsozialistische Korruption 46
9. Gebrochene Wahlversprechungen 51
10. Die Spaltung der NSDAP 53

D. Die Methoden der NSDAP

I. Die Agitation

1. Die Agitationsmethoden der NSDAP . 55
2. Die Lüge als nationalsozialist. Kampfmittel 57

Freie Universität Berlin

Vorwort

Der „Anti-Nazi" ist gedacht als eine Materialsammlung zum Gebrauch des Versammlungsredners oder des Redakteurs, der sich mit den Nationalsozialisten auseinandersetzen will. Dieser Zielsetzung entspricht die Gliederung des Stoffes wie seine Anordnung auf losen Kartothek-Blättern. Sie sollen einmal die Uebersichtlichkeit des Ganzen erhöhen, zum anderen soll der Redner die Möglichkeit haben, einzelne Blätter auf die Rednerbühne zu nehmen. Der Steigerung der praktischen Verwendbarkeit dient auch die gelegentliche Wiederholung gleicher Zitate bei verschiedenen Stoffgebieten. Umständliche Hinweise und zeitraubendes Nachschlagen sollen dadurch vermieden werden.

Zum Schlusse sei noch darauf hingewiesen, daß das Material laufend ergänzt wird. Die Einteilung des Inhaltsverzeichnisses ist nach Gesichtspunkten erfolgt, die das Einordnen der Nachtraglieferungen ohne weiteres gestatten. Um Mitteilung von Erfahrungen mit dem Material, von Wünschen und von Kritik jeder Art wird herzlichst gebeten.

Berlin, August 1930

Der Herausgeber

Rassentheorien der NSDAP

Das zweite Wort, das die Nationalsozialisten in den Mund nehmen, heißt: „Rasse". Für sie ist der Aufbau der Menschheit sehr einfach. Es gibt eine gute Rasse, die blondhaarigen, blauäugigen Germanen, die sie irrtümlich mit den Deutschen gleichsetzen. Alles andere ist „minderrassig", minderwertig, vor allem die Juden, die als „rassischer Gegenpol" der Deutschen hingestellt werden.

In Wirklichkeit sind alle Nationen unserer Zeit ein Gemisch von mehr oder weniger verschmolzenen Rassen und Völkern. Auch die Deutschen! Es gibt keine reinen Rassen mehr. — Professor Dr. Felix von Luschan, Direktor des Völkerkundemuseums in Berlin, eine Weltautorität auf dem Gebiete der Rassenforschung, kommt in seinem Werk „Völker, Rassen, Sprachen" zu folgender Schlußfolgerung:

1. Die Gesamtmenschheit besteht aus einer einzigen Art.
2. Die besonderen Eigenschaften der sogenannten Rassen sind im wesentlichen durch klimatische, soziale und andere Bedingungen der Umgebung entstanden.
3. Es gibt keine an sich minderwertige Rasse.
4. Der Unterschied zwischen den verschiedenen Rassen ist, besonders was die moralischen Eigenschaften und Intelligenz anbetrifft, nicht entfernt so groß, als der zwischen einzelnen Individuen ein und derselben Rasse.
5. Mischlinge sind (genau wie etwa die unehelichen Kinder) niemals von vornherein minderwertig, sie werden es nur, wenn ihre Eltern individuell minderwertig sind.

Im übrigen haben Adolf Hitler und seine Anhänger zuletzt das Recht, sich als Apostel der Germanenblütigkeit hinzustellen, nachdem **Hitler** selbst ein „Mischling" ist. War nicht seine Mutter, (geb. Maly) eine Tschechin, die die deutsche Sprache nur mühsam beherrschte? Der Münchener Rassehygieniker Geheimrat Prof. Dr. von Gruber, Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der selbst Mitglied des Alldeutschen Verbandes und somit gewiß ein unverdächtiger Zeuge ist, schrieb über Hitler:

> „Zum ersten Male sah ich **Hitler** in der Nähe. Gesicht und Kopf **schlechte Rasse, Mischling.** Niedrige, fliehende Stirn, unschöne Nase, breite Backenknochen, kleine Augen, dunkles Haar. Eine kurze Bürste von Schnurrbart, nur so breit wie die Nase, gibt dem Gesicht etwas Herausforderndes. Gesichtsausdruck ist nicht der eines in voller Selbstbeherrschung Gebietenden, sondern der eines **wahnwitzig Erregten.** Wiederholtes Zucken der Gesichtsmuskeln. Am Schluß Ausdruck eines beglückten Selbstgefühls." (Essener Volkswacht vom. 9. 11. 1929.)

Hitler ist also ein Mischling, ein „Rassenbastard", wie seine Anhänger sagen. In seinem Buch „Mein Kampf" nennt Hitler Mischlinge Rassenbastarde und „Halbaffen". Armer, armer Hitler!

Außenpolitisches Ziel — Verrat an Südtirol und dem Anschlußgedanken

Die NSDAP. fordert nach den Worten ihres Programmtheoretikers Feder (Das Programm der NSDAP. und seine weltanschaulichen Grundgedanken, S. 22—29) den großdeutschen Staat. Feder schreibt:

> Außenpolitisch verlangen wir die Aufrichtung eines geschlossenen Nationalstaates, der alle Deutschen Stämme umfaßt . . . Wir verzichten auf keinen Deutschen in Sudetendeutschland, in Südtirol, in Polen, in der Völkerbundskolonie Oesterreich.

Trotzdem haben die Nationalsozialisten freiwillig auf das deutsche Südtirol verzichtet, nur um den Beifall ihres Vorbildes Mussolini zu erringen. Feder selbst hat aus seiner Schrift die Worte „In Südtirol" in späteren Auflagen aus der oben zitierten Stelle herausgestrichen. 1919—1928 verzichtete die NS. noch auf keinen Deutschen in Südtirol; ab 1929 aber wird „rücksichtslos" verzichtet.

Am 19. April 1929 erklärte der stellvertretende Gauleiter der NSDAP. Heidrich in einer Versammlung in Angerburg (Ostpreußen):

> Gegen die Bundesgenossenschaft Italiens wendet man ein, daß Mussolini Südtirol bedrücke. Das ist aber nur eine von den Freimaurern erfundene Lüge. Außerdem kommt es auf das Schicksal von einigen armseligen Südtirolern nicht an.

Adolf Hitler selbst erklärte am 30. 3. 1927:

> Was hat man gegen Italien? Südtirol! Damit beginnen sofort alle Spießer lebendig zu werden. Wer hat die Stirne, für 170 000 Deutsche in Südtirol vielleicht 300 000 Deutsche auf dem Schlachtfeld zu opfern.

Auf diese Rede Hitlers antwortete am 5. 4. 27 die Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft für Tirol in einem „offenen Brief", in dem es unter anderem heißt:

> **Die zynisch freche Art**, mit der Sie über das Leid der Südtiroler Deutschen hinweggehen, hat in allen wirklich völkisch gesinnten Kreisen bitteren Schmerz und hellste Empörung hervorgerufen. **Vor allem mangelt Ihnen die allerbescheidenste Sachkenntnis**, um über derartige politische Fragen sprechen zu können. Es sind nicht 170 000, sondern 230 000 deutsche Südtiroler, denen Sie mit Ihren rohen Worten einen Schlag versetzt haben, von dem Sie, Herr Hitler, freilich keine Ahnung haben.

Und der Andreas Hofer-Bund in Innsbruck antwortete den dortigen Nationalsozialisten, als sie ihn unverfrorener Weise zu einer gemeinsamen Versammlung einluden:

> **Angesichts der oft bewiesenen verräterischen Haltung in der Südtiroler Frage ist der Andreas Hofer-Bund nicht in der Lage, die Versammlung mit einem Redner zu beschicken. Er muß es vielmehr aufs tiefste bedauern, daß Leute, die den Faschistengruß üben, und trotz der grausamen Unterdrückung der**

Volksgenossen in Südtirol die bedingungslose Verständigung mit Mussolini predigen, es wagen, in Innsbruck, der Landeshauptstadt Tirols, eine öffentliche Versammlung über diesen Gegenstand abzuhalten. Dieses Verhalten muß als eine unerhörte Provokation aller Tiroler und der Freunde Tirols aufgefaßt werden.

Dabei erreicht Herr Hitler mit dieser Methode nicht einmal sein Ziel, den italienischen Faschismus für die deutschen Nationalsozialisten zu interessieren. Die Mussolini nahestehende, faschistische Zeitschrift „Gerarchia" schreibt über die deutsche Faschistenspielerei:

> **Kindsköpfe seid ihr, oder wüste Demagogen, sogar, wenn ihr mit der Lockspeise ködern geht, eine Faschistenallianz werde euerm Kampf gegen Reparationen und Versailler Weltordnung dienen. Auch Italien ist ihres Segen teilhaftig und beschuldigt euch der Urheberschaft am Kriege ebenso wie seine Verbündeten von gestern . . . Der sogenannte deutsche Faschismus arbeitet also im leeren Raum. Er hat weder eine gute Organisation, noch hat er Führer. Und wenn er morgen in die Lage käme, eine Bewegung anzuführen, so würde er aus Armut an Ideen die Rückkehr Wilhelms des Zweiten fordern.**

Der „Corriere della Sera" aber schreibt am 9. Mai 1929 Herrn Hitler ins Stammbuch:

> Von den guten Absichten und den zuweilen sogar schmeichelhaften Worten, die Herr Hitler für Italien und den Faschismus hat, nehmen wir mit Wohlgefallen Kenntnis, ohne aber darüber in übertriebene Begeisterung zu fallen . . . Auch der Führer der Nationalsozialisten stellt sich ein Bündnis mit Italien als nur gegen den deutschen Erbfeind gerichtet vor. **Wir können aber nie zulassen, daß Italien für deutsche Revanchepläne dienen soll . . .**

Ueber den Antisemitismus, dem ja die NSDAP. vornehmlich huldigt, urteilte Mussolini schon 1927 bei einem Empfang ausländischer Journalisten:

> **Antisemitismus bedeutet Destruktion . . . Faschistischer Antisemitismus oder antisemitischer Faschismus ist daher krankte Absurdität. Wir amüsieren uns in Italien köstlich, wenn wir hören, daß die Antisemiten in Deutschland ihr Glück mit dem Faschismus versuchen. Wir protestieren aber mit aller Energie, daß auf diese Weise der Faschismus kompromittiert werde. Der Antisemitismus ist ein Produkt der Barbarei.**

Und zu dem Chefredakteur des Berliner Tageblatts, Theodor Wolff, sagte Mussolini:

> Dem Faschismus ist selbst der Begriff des Antisemitismus fremd. (Berliner Tageblatt vom 11. 5. 30).

Ein Hund wendet sich knurrend ab, wenn er getreten wird. Adolf Hitler aber, der seinen Anhängern den „Terror des Gebotes

der nationalen Ehre" predigt, läuft auch heute noch dem Faschismus nach, trotz dieser moralischen Ohrfeigen aus Italien.

Am 15. 2. 1930 schrieb Hitler im „Illustrierten Beobachter" über die Reise des österreichischen Bundeskanzlers nach Rom:

> Der Weg Schobers nach Rom war die klügste Reise, die ein österreichischer Staatsmann seit dem Jahre 1918 unternommen hat . . . Für Oesterreich ist diese Neuorientierung der einzige Ausweg aus einer Situation, die genau so verfahren war, wie es die Deutsche heute noch ist. Sämtliche Vernunftgründe, die es überhaupt gibt und geben kann, sprechen für diese Neuorientierung.

Adolf Hitler muß sich diesmal von seinem eigenen Parteifreund Straßer sagen lassen, daß die Politik Schobers alles eher denn großdeutsch ist. In der Berliner Arbeiterzeitung Gregor Straßers wird am 9. Februar 1930 geschrieben:

> Verrat am Anschlußgedanken.
>
> Viel zu wenig beachtet wurde in der nationalen Presse Deutschlands der politische Hintergrund des österreichischen Schuldenerlasses im Haag. Es war doch offensichtlich, daß dies nicht der schönen Augen Schobers wegen geschah, — sondern gegen bindende österreichische Zusicherungen, auf den Anschluß an Deutschland zu verzichten. Nach diesem offenen Verrat am Anschlußgedanken — noch immer gilt die Parabel von Esau, der für ein Linsengericht seine Erstgeburtsrechte verkauft — fand nunmehr die offene Besiegelung der neuen Politik durch den Besuch Schobers in Rom statt, wobei der österreichische Bundeskanzler durch Verleihung des Annunzianten-Ordens zum „Vetter des Königs" erwählt wurde. — Ist das nicht der gleiche königliche Vetter, dessen Armeen in einem Dutzend Isonzo-Schlachten Hunderttausende von Oesterreichern in den Tod schickte?

„Offener Verrat am Anschlußgedanken" ist also nach nationalsozialistischem Selbstzeugnis, die Politik, die Adolf Hitler mit allen „Vernunftgründen" empfiehlt. Wie verträgt sich das mit der zitierten programmatischen Erklärung, die die Aufrichtung eines geschlossenen Nationalstaates verlangt, der alle deutschen Stämme umfaßt?

Weimarer Verfassung und NSDAP Programm

Mit stärkstem Haß verfolgen die Nationalsozialisten die „verjudete Weimarer Verfassung". Dabei ist aber ein erheblicher Teil ihres eigenen Parteiprogramms fast wörtlich aus der Weimarer Verfassung abgeschrieben. Dafür nur einige Beispiele:

These 9 der Nationalsozialisten lautet: „Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen."	Artikel 109 der Reichsverfassung heißt: „Alle Deutschen sind vor den Gesetzen gleich. Alle Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten."
These 10 der Nationalsozialisten lautet: „Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig und körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit der einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des gesamten und zum Nutzen aller erfolgen."	Weimarer Verfassung, Artikel 153 Absatz III: „Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste." Artikel 157: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches." Artikel 163: Jeder Deutsche hat die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert."
In These 15 der „Nationalsozialisten heißt es: Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung."	In der Reichsverfassung Artikel 161 wird gefordert: „ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten."
In These 18 der Nationalsozialisten wird gefordert: „rücksichtsloser Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen." „Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse."	In der Weimarer Verfassung heißt es im Artikel 151: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen." Und im Artikel 152: „Wucher ist verboten, Rechtsgeschäfte die gegen die guten Sitten verstoßen sind nichtig."

Die Parallelen zwischen dem nationalsozialistischen Parteiprogramm und der Weimarer Verfassung können noch in zahlreichen anderen Fällen gezogen werden, so zur Frage der Hebung der Volksgesundheit, der Freiheit der religiösen Ueberzeugung, der Verstaatlichung der Truste, der Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft, der Bodenreform.

AIII 1 Weimarer Verfassung

Der Nationalsozialismus kann, wie man sieht, in all den Fragen, die Grundlage des modernen Staates sind und die in das Dasein des einzelnen aufs tiefste eingreifen, natürlicherweise keine anderen Vorschläge machen, als sie jeder vernünftige Mensch erdenkt. Es kommt, muß daraus geschlossen werden, dem Nationalsozialismus nicht auf die Verwirklichung der in der Verfassung bereits eindeutig und vortrefflich geregelten staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen an, sondern auf die Errichtung einer Parteidiktatur.

Einwanderung u. Ausweisung von Ausländern

Die Thesen 7 und 8 des nationalsozialistischen Programms fordern

> daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nichtstaatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen, jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

Die Nationalsozialisten vergessen, daß hunderttausende von Deutschen im Ausland ihre Arbeit suchen. Was würde eine nationalsozialistische Regierung tun, wenn — was bestimmt eintreten würde — die englische, die nordamerikanische, vor allem aber auch die südamerikanischen Regierungen als Antwort auf die Ausweisung ihrer Staatsangehörigen sämtliche Deutschen ausweisen? Ebensoviele Arbeitslose strömten dann von jenseits der Grenzen nach Deutschland, ja vielleicht noch mehr als vorher Arbeitslose, dem Staat zur Last fallende, Ausländer diesseits der Grenzen waren.

Die Nationalsozialisten vergessen dabei auch, daß zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Beziehungen freundschaftliche politische Verbindungen zwischen allen Regierungen notwendig sind.

Die Folgen einer nationalsozialistischen Ausweisungspolitik wären:

> Abbruch aller Verhandlungen über Wirtschaftsfragen, Zurückziehung zahlloser Aufträge ausländischer Firmen. Rohstoffe zur Verarbeitung in deutschen Werken kämen nicht mehr aus dem Ausland. Infolgedessen würden deutsche Fabriken stillgelegt werden müssen. Ergebnis: Arbeitslosigkeit in nie erlebtem Ausmaße.

Dieses einzige Beispiel bis zum Schluß durchgeführt, zeigt, wohin wir bei der Verwirklichung der nationalsozialistischen Programmsätze kämen.

Nationalsozialistischer „Wehrverrat"

Die Nationalsozialisten bekennen sich in ihrem Programm und in ihrer Agitation zum Gedanken der Wehrfreudigkeit und zur Stärkung des Wehrwillens. Sie haben im Reichstag ein Gesetz eingebracht, wonach wegen Wehrverrats jeder hingerichtet werden soll, der für die Abrüstung des deutschen Volkes wirbt. Das hindert sie aber nicht gegebenenfalls auch die Abschaffung der Reichswehr und die restlose Streichung des Reichswehretats zu fordern. In einem Leitartikel der „Berliner Arbeiterzeitung", vom 2. März 1930, einem offiziellen Organ der NSDAP., schrieb **Hartmut Plaas**:

> **„Wir machen daher den wohlüberlegten Vorschlag, die Drosselung der Ausgaben (gemeint sind die Ausgaben des Reiches) mit der restlosen Streichung des Wehretats und der Auflösung der Reichswehr zu beginnen."**

Die Nationalsozialisten versuchen diese Aeußerungen abzuleugnen und behaupten, Plaas sei kein Nationalsozialist. In Wirklichkeit stellen sie ihm ihre Organe zur Propagierung seiner nihilistischen Ideen dauernd zur Verfügung. Plaas ist regelmäßiger Mitarbeiter der „Berliner Arbeiterzeitung" und ihrer provinziellen Kopfblätter, der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der nationale Sozialist", der „Nationalsozialistischen Briefe" und der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Donaubote" in Ingolstadt.

Sehr bezeichnend ist auch, daß das offizielle Organ der NSDAP. für Ostpreußen, der „Ostdeutsche Beobachter" den Chef des Stabes des Wehrkreiskommandos I, Oberst von Bonin, dauernd in der gehässigsten Weise angreift und in einem Leitartikel von ihm zu behaupten wagte, daß er ein Freund der Landesverräter und Kriegsdienstverweigerer wäre.

Beide Aueßerungen zusammen beweisen, wie wenig den Nationalsozialisten an einer starken deutschen Armee liegt, die den Staat auch gegen innerpolitische Störungen schützen kann. Eine staatstreue Armee ist eben auch ein Hemmnis für die nationalsozialistischen Umsturzpläne (vgl.DI 6).

Also lieber das Vaterland wehrlos, wenn nur die eigene Partei dadurch erfolgreich putschen kann!

Futterkrippenwirtschaft

Das nationalsozialistische Programm fordert:

> Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeit.

Aber, in **Koburg** verlangen die Nationalsozialisten für einen ihrer Führer unbedingt den Posten eines dritten Berufsbürgermeisters, obwohl die Stadt Koburg infolge der nationalsozialistischen Mißwirtschaft finanziell völlig verelendet ist. Die **nationalsozialistischen Führer in Koburg haben ferner ihre Stadtratsämter zur Erzielung persönlicher Vorteile benutzt.** Der Stadtrat **Schwede** hat sich in das Beamtenverhältnis überführen lassen, Stadtrat **Faber** hat nach der Wahl für die Stadt die Führung eines Prozesses übernommen, Stadtrat **Streng** hat sich einen städtischen Lieferungsauftrag verschafft, Stadtrat **Bernhardt erhielt in vertraulicher Sitzung Kenntnis von der Absicht der Stadt, ein Grundstück zu kaufen. Unter Mißbrauch dieses Wissens hat er dann das Grundstück zu einem Vorzugspreis für sich gekauft.**

In Sachsen erzwangen die Nationalsozialisten im Mai 1930 die Landtagsauflösung durch Sturz des Ministeriums Schieck, das sie wenige Tage vorher selbst in den Sattel gesetzt hatten. Grund: Die anderen Parteien wollten nicht auf die nationalsozialistischen Futterkrippenwünsche eingehen und weigerten sich, den nationalsozialistischen Oberregierungsrat Hertsch, der im Laufe seines Lebens schon einer ganzen Reihe von Parteien angehört hat, zum Minister zu machen.

In Thüringen hat der nationalsozialistische Minister Dr. Frick, der noch 1927 als Reichstagsabgeordneter gegen den „Unfug der Ministerpensionen" ins Feld zog, sich bald nach Uebernahme seines Amtes eine Pension gesichert.

Dr. Frick hat ferner den blutjungen Gerichtsassessor Ortlepp zum Leiter der thüringischen Landeskriminalstelle gemacht.

Er hat drei nationalsozialistische Führer ohne jede Beamtenvorbildung als Fachberater ins Volksbildungsministerium berufen, um die Berufsbeamten zu überwachen.

Zum Philosophieprofessor in Jena wollte er den nationalsozialistischen Agitator Dr. Arnold Ruge ernennen, dem früher die Fähigkeit zur Abhaltung von Universitätsvorlesungen aberkannt wurde, und der wegen Mordanstiftung mit einem Jahr Gefängnis

vorbestraft ist. Gleichzeitig werden zahlreiche geschulte und bewährte Beamte aus: „Sparsamkeitsgründen" abgelehnt. Für Nationalsozialisten aber wird gesorgt. Bei den anderen Parteien nennt die NSDAP. jedes Einsetzen für Parteifreunde „Futterkrippenwirtschaft" im „korrumpierten" parlamentarischen System.

Als Anfang Mai 1930 die bürgerlichen Parteien Thüringens diese nationalsozialistische Parteipolitik nicht länger mitmachen wollten, „streikten" die nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten: das heißt, sie nahmen an den Beratungen und Abstimmungen nicht mehr teil und weigerten sich, ihren Berichterstatterpflichten zu genügen. Aber sie erschienen jeden Tag im Landtag, zeichneten sich in die Anwesenheitsliste ein, um ihrer Diäten nicht verlustig zu gehen. Sie mußten sich von dem Landtagspräsidenten von Thümmel sagen lassen:

> daß die Abgeordneten nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hätten. Wenn sich die Abgeordneten als anwesend in die Liste einschreiben, damit sie ihre Diäten retten, dann hätten sie auch die Verpflichtung, an den Landtagssitzungen teilzunehmen.

In **Bayern** erklärten die Nationalsozialisten nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes das Weiterbestehen des Landtags für ungesetzlich, und weigerten sich, an den Abstimmungen teilzunehmen. Auch hier mußten sie darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie ihre Diäten und Freifahrkarten bisher noch nicht als ungesetzlich empfunden hätten. **Und diese Partei wagt es, von „korrumpierender Parlamentswirtschaft" zu sprechen.**

Brechung der Zinsknechtschaft

Nach den eigenen Worten Hitlers ist die **Federsche Forderung** der „Brechung der Zinsknechtschaft" das „Herzstück" und die „stählerne Achse" des Nationalsozialismus.

Was bedeutet nun diese Federsche Forderung und wohin kämen wir mit ihr? Feder und Rosenberg, die geistigen Väter des Naziprogramms unterscheiden zunächst zwischen raffendem und schaffendem Kapital. Rosenberg erklärt:

> Das Wirtschaftskapital des Landes läßt sich in zwei grundsätzlich verschiedene Kategorien scheiden. In das mit dem nationalen Boden unlösbar verbundene Industriekapital und die Landwirtschaft einerseits und in das an den Boden nicht gefesselte Leihkapital andererseits.

In Wirklichkeit gibt es diesen Unterschied nicht, denn die verschiedenen Arten des Kapitals gehen fortgesetzt ineinander über. Wie wenig raffendes und schaffendes Kapital von einander zu trennen sind, läßt sich sehr deutlich aus den Listen der Aufsichtsratsmitglieder der verschiedenen Unternehmen erkennen. Wir finden in den Aufsichtsräten der Banken zahlreiche Führer aus Industrie und Landwirtschaft, die beweisen, wie stark industrielles und landwirtschaftliches Kapital an den Großbanken beteiligt ist. Andererseits sind wieder die Banken Mitbesitzer von Industrieunternehmungen, Schiffahrtsgesellschaften und bringen dies durch eine entsprechende Vertretung in den Aufsichtsräten dieser Unternehmen zum Ausdruck. Wie oft erscheinen ferner die großen Industriefirmen als Käufer an der Börse, um sich Aktien ihres eigenen Unternehmens zurückzukaufen. Aber **solche** Börsengeschäfte sind natürlich ganz was anderes!

Uebrigens wissen anscheinend führende Nationalsozialisten selbst, daß es diese Unterscheidung nicht gibt. Am 8. Januar 1927 erklärte der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete **Kaufmann**-Elberfeld in einer Versammlung in Burgsteinfurth:

> **Bei dem Kampf, den ich als Nationalsozialist gegen das Kapital führe, lehne ich einen Unterschied zwischen dem schaffenden und raffenden Kapitalismus ab. Beide Arten sind zur Zeit derart miteinander verfilzt, daß beide gleichmäßig zu bekämpfen sind.**

Und der nationalsozialistische Programmtheoretiker **Feder** mußte am 22. Januar 1930 in einer Versammlung in Würzburg selbst zugeben, daß es einen Unterschied zwischen schaffendem und raffendem Kapital heute nicht mehr gibt.

Um die Dummen zu fangen, vernebeln aber die Nationalsozialisten mit derartigen Spitzfindigkeiten die klaren Auffassungen, die ein vernünftiger Mensch vom Gelde hat. Ihre ganze Kapital- und Geldtheorie läuft schließlich darauf hinaus, daß das Geld, das

sie selbst haben oder haben wollen, edles Geld ist; das Geld aber, das ihre Gegner haben, vor allem wenn sie nicht „reinrassig" sind, ist verderbliches Geld.

Und nun die Aufhebung des Zinses. Feder verlangt, der Staat solle an Stelle verzinslicher Anleihen unverzinsliche Kassenscheine ausgeben, die wie Geld in Zahlung genommen werden müssen. Worauf das hinausläuft, wissen wir leider aus trauriger Erfahrung. Wir haben ja schon einmal Papier gedruckt und es als Zahlungsmittel ausgegeben. Das war die **Inflation**. Wenn wir den Federschen Theorien folgen, werden wir **unweigerlich in eine neue Inflation** hineingeraten. Wenn Feder behauptet, sein neues Federgeld wäre durch Bauten, die der Staat damit aufführen könne, gedeckt, so ist das falsch. Deckung für Geld können außer Gold und ausländischen Zahlungsmitteln nur gebrauchsfertige und verkäufliche Waren sein. Darin stimmt die ganze Wissenschaft überein.

Aber selbst wenn Feder darin recht hätte, oder wenn die Nationalsozialisten einfach eines Tages das Feder-Geld einführen würden, so wäre trotzdem der völlige Zusammenbruch unserer Wirtschaft die Folge. Denn wir leben ja schließlich nicht auf dem Mond, sondern umgeben von anderen Völkern, mit denen wir in wirtschaftlichen Beziehungen stehen, und die das Feder-Geld niemals annehmen würden. Die Folge wäre, ein großes Wirtschaftschaos, wir bekämen keine Rohstoffe mehr, unsere Fabriken würden stilliegen, Massenarbeitslosigkeit und namenloses Elend wären aus Deutschland überhaupt nicht mehr zu bannen.

Feder selbst weiß, daß allein in dieser Weigerung des Auslandes, durch Gold nicht gedecktes Geld zu nehmen, eine unüberbrückbare Schwierigkeit liegt. Er sagt selbst, auf Seite 52 seines „Manifestes zur Brechung der Zinsknechtschaft", daß er sich über diese schwierige Frage noch im unklaren ist. Trotzdem empfiehlt er die Durchführung seiner Gedanken, weil er sich einbildet, die anderen Völker würden uns das schon nachmachen. **Das alles ist Katastrophenpolitik reinsten Wassers. Man stürzt das eigene Volk in tiefstes Elend, weil man hofft, daß die anderen Völker in gleicher Weise den Phrasen verantwortungsloser Verführer folgen werden.**

Man lese Franz Haber, „Untersuchungen über Irrtümer moderner Geldverbesserer", Jena 1926, ein wissenschaftliches, unpolitisches Buch, das diesen Geldmacher schlagend widerlegt.

Wie wenig übrigens die Nationalsozialisten, die „Brecher der Zinsknechtschaft", selbst ohne Zinsen auskommen, und wie wenig sie gewillt sind, die Federschen Theorien zu befolgen, das beweisen die fortgesetzten Kreditangebote im Inseratenteil national-

sozialistischer Zeitungen. Am 9. April 1930 stand im „Völkischen Beobachter" folgendes Inserat:

> Wir geben Parteigenossen gerne kleine langfristige Kredite, wenn langfristiges Geld auch genügend bei uns angelegt wird. Wir zahlen dafür bis 10% Zins pro anno, auch heute.
> Beamtenbank München e. G. m. b. H. von 1906
> Arnulfstraße 26, III, 9—4 Uhr.

Oder in Nr. 39 des „Angriff" vom 15. Mai 1930:

> Darlehn gegen Sicherheit aller Art, solide Bedingungen. Beamtenkredite 8%, mehrjährige Hypotheken, Baugeld.
> Radke und Freiwald, Potsdamer Str. 67.
> Lützow 7912.

Am 29./30. 5. 1930 schrieb der „Völkische Beobachter", Berliner Ausgabe:

> **Der Nationalsozialist, der sein Geld . . . zinsenlos verpumpen würde, gehörte ins Irrenhaus.**

Privateigentum und Sozialisierung

Die Nationalsozialisten bekennen sich zwar angeblich zur Aufrechterhaltung des Privateigentums, doch fordert die These 17 des Nationalsozialistischen Programms die unentgeltliche Enteignung des Bodens für gemeinnützige Zwecke. Diese Forderung ist allerdings für die Nationalsozialisten so unbequem geworden, daß Adolf Hitler selbst sie dahin interpretierte, sie beziehe sich lediglich auf das Grundeigentum der jüdischen Grundstücksspekulanten. Ganz abgesehen davon, daß ihm das nicht geglaubt wird, sprechen auch zahlreiche Aeußerungen nationalsozialistischer Führer gegen diese Auffassung. Eine Reihe führender Nationalsozialisten bekennt sich eindeutig als Gegner des Privateigentums. So schreibt Karl Wilhelm **Meister** in Heft 17 der „Nationalsozialistischen Briefe" vom 1. März 1930:

> Der Nationalsozialismus muß, wenn er die bürgerliche Ordnung durchstoßen und nicht nur eine Revolte erregen, sondern einen neuen Staat schaffen will, auch den Mut haben, die Ideen und Werte, die diese alte bürgerliche Welt des 19. Jahrhunderts stützen, zu vernichten, aufzulösen, und an ihre Stelle neue Werte zu setzen.
>
> So steht der Inhalt des Art. 17 in einem diametralen Gegensatz zu jenem bürgerlichen Eigentumsbegriff, zu dessen Schutz sich die bürgerlichen Parteien unter den Schlachtrufen: „Schutz dem Privateigentum!" „Gegen die Aushöhlung des Eigentumsbegriffs!" „Gegen kalte Sozialisierung!" immer wieder zusammenfinden.
>
> Offenbar ist man sich auf nationalsozialistischer Seite dieses unversöhnlichen Gegensatzes keineswegs immer deutlich bewußt, und es fehlt leider nicht an dem Bemühen vieler, dem Art. 17 eine recht lauwarme Auslegung zu geben.
>
> Wer das Bewußtsein dieses Wertes hat, erkennt auf der anderen Seite deutlich, daß dem bürgerlichen Eigentumsbegriff ihrem Wesen nach antivölkische Ideen zugrunde liegen.

Der nationalsozialistische Abgeordnete **Kaufmann**-Elberfeld erklärte am 8. Januar 1927 in einer Versammlung in Burgsteinfurt:

> Bei dem Kampf, den ich als Nationalsozialist gegen das Kapital führe, lehne ich einen Unterschied zwischen dem schaffenden und raffenden Kapitalismus ab. Beide Arten sind zur Zeit derart miteinander verfilzt, daß beide gleichmäßig zu bekämpfen sind.

In Heft 22 der Nationalsozialistischen Briefe vom 15. Mai 1930 schreibt Dr. Albert **Krebs**:

> So wie die Zelle im Körper nur arbeitet und sich vermehren kann, wenn sie richtig ernährt wird, genau so ist es mit der Menschenzelle. Sie muß zwar nicht gleichartige, wohl aber gleichwertige Nahrung beanspruchen. Die Zufuhr solcher Nahrung ist aber nur gewährleistet, wenn zum mindesten in der Idee die Verfügung über die Produktionsgüter der Gesamtheit zusteht. Das braucht in der Praxis noch nicht die Aufhebung alles Eigentums zu bedeuten, wohl aber muß die individuelle Verfügungsgewalt weitestgehend eingeschränkt werden.

A IV 2 Privateigentum

In dem gleichen Artikel fordert Krebs den Ausbau des Betriebsrätesystems.

Dafür tritt auch der nationalsozialistische Theoretiker Rudolf **Jung** auf Seite 141 seines Werkes: „Der nationale Sozialismus" ein:

> Die Betriebsräte stellen den Beginn der Demokratisierung des bisher rein unumschränkt geleiteten Wirtschaftslebens dar. Sie sind aber berufen, weit über diesen Rahmen hinaus zu wirken. Sie bilden vielleicht sogar den Auftakt zu einer gesünderen, weil unserem Volke entsprechenderen Art der Volksvertretung. Es ist das die Stände-(Räte-)Vertretung.

Wenige Zeilen vorher fordert Jung, daß die Arbeiter auf dem Wege der Gewinnbeteiligung zu Mitbesitzern der Betriebe gemacht und die Betriebe so schmerzlos nach und nach in eine Genossenschaft umgewandelt werden. In dem gleichen Werk erklärt Jung auf Seite 111, daß die Nationalsozialisten die Privatwirtschaft nicht ganz beseitigen wollen. Ihr Programm aber fordert die Verstaatlichung aller bereits gesellschaftlichen Betriebe und Gewinnbeteiligung an Großbetrieben. Erkläret mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur.

Noch zwei Beispiele. Im Angriff schreibt am 23. März 1930 Dr. Goebbels:

> Zeigen wir nun, daß wir ebenso gute Sozialisten sind.

Der Nationale Sozialist schreibt am 31. März 1930:

> Wir sind gleich leidenschaftliche Sozialisten, wie wir fanatische Nationalisten sind. . . Darum nehmen wir in allen wirtschaftlichen Fragen eine antikapitalistische, eine sozialistische Haltung ein — unabhängig davon, ob die bürgerlich kapitalistischen Parteien uns dies als „Marxismus" ankreiden oder nicht. Denn wir wissen, daß unsere sozialistische Forderung auf Anteil am Besitz, Anteil am Gewinn, Anteil an der Leitung, eine eminent nationalsozialistische ist.

Man bekämpft den Sozialismus, ist aber kommunistisch und huldigt Enteignungsprinzipien.

Man ist für das Privateigentum, aber auch sozialistisch. Schmock kann schreiben rechts und links, wie's trefft.

Mittelstandspolitik –
Der Scheinkampf gegen die Warenhäuser

Die NSDAP. tritt nicht nur programmatisch für die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes ein, sondern sie spricht viel von der Not des Mittelstandes, um ihr Parteisüppchen zu kochen. In allen NSDAP.-Versammlungen ist zwar dauernd von der Not des Mittelstandes die Rede, praktisch geholfen haben die Nationalsozialisten aber dem Mittelstand noch nicht.

Dabei hätten sie sehr wohl die Möglichkeit dazu. Ihr Parteiapparat hat einen großen Bedarf an Braunhemden, Mützen, Abzeichen, usw., die von der Reichszeugmeisterei und den Zeugmeistereien der einzelnen Gaue und Gauverbände zentral beschafft und abgegeben werden. Kleinhandwerk und Kleinhandel bleiben trotz der angeblichen Mittelstandfreundlichkeit der NSDAP. von Aufträgen und Lieferungen ausgeschlossen. In gleicher Weise vertreiben die Nationalsozialisten jetzt auch eigene Parteizigaretten „Sturm" und „Neue Front", sowie eine Hakenkreuzvollmilchschokolade „Ins Dritte Reich" direkt durch der Parteileitung hörige Fabriken unter teilweiser Ausschaltung des regulären Zwischenhandels.

Dafür entfalten sie eine maßlose Agitation gegen die Warenhäuser und Konsumvereine und tun so, als ob diese allein die Schuld an der Not des Mittelstandes trügen. Wenn es ihnen aber paßt, oder sie sich Nutzen davon versprechen, dann machen sie auch für die Kauf- und Warenhäuser Reklame. Am 16. Juni 1929 stand im „Westdeutschen Beobachter" Köln folgende offizielle Bekanntmachung des Verlages:

> 1030 Adressen sind bis heute schriftlich und mündlich auf unsere Anfrage betreffend Einkauf im Kaufhaus Karl Peters eingegangen. Das ist natürlich nur ein ganz geringer Bruchteil der Parteigenossen und Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung, die tatsächlich im Kaufhaus Karl Peters ihre Einkäufe tätigen.
>
> Wir bitten daher nochmals um weitere Angaben von Adressen. Es gilt zu zeigen, daß der Jude als Käufer für die nichtjüdischen Geschäfte überhaupt nicht in Frage kommt. Weiter aber auch, daß unsere Bewegung heute maßgebender Faktor für das Bestehen deutscher nichtjüdischer Geschäfte geworden ist, allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz.
>
> Westdeutscher Beobachter.

Eine weitere Reklame für ein Kauf- und Warenhaus brachte am 24. 4. 30 der nationalsozialistische „Donaubote" in Ingolstadt.

Zur Eröffnung des Kaufhauses Xaver Mayr brachte diese Zeitung folgendes Gedicht:

Habt den Funkspruch ihr vernommen:
Alles soll zu Mayr kommen?
Ja, man weiß es allerorten,
Mayr öffnet seine Pforten.

Müßiggänger schon seit Monden
Staunten an des Hauses Fronten;
Denn ein Bau von solchen Massen
Zierte niemals unsere Straßen usw.

So sieht der grundsatztreue Kampf der NSDAP. gegen das Warenhaus aus.

Landwirtschaft und Nationalsozialismus

Die Nationalsozialisten spielen sich als die „wahren Retter" der Landwirtschaft auf.

Aber

„keine Partei störte die Notkundgebungen der Landbünde im Frühjahr 1928 — außer den Nationalsozialisten, die aufreizende Flugblätter verteilten, Zwischenrufe und Radau machten, sich in den vom Landbund gemieteten Sälen festzusetzen suchten und erst der Gewalt wichen. Einschlagender Beweis für die Echtheit ihrer Bauernfreundlichkeit!" (Nationalsozialismus und Bauerntum von Otto Weber, Weimar 1929, S. 39).

Der Völkische Beobachter brachte vor Ostern 1929 wiederholt Anzeigen, in denen billige Auslandseier angepriesen wurden. So unterstützt Hitlers Hauptorgan die heimische Landwirtschaft in ihrem Kampfe gegen die Auslands-Einfuhr! (Wie oben, S. 43.)

Im Reichstag stimmten die Nationalsozialisten mit den Sozialdemokraten gegen die Befreiung der Landwirtschaft von der Wohnungsbauabgabe. (Wie oben, S. 45.)

Im Oldenburger Landtag ist von den drei nationalsozialistischen Abgeordneten einer Landwirt. Trotzdem dieser sich in Versammlungen nicht genug tun kann, gegen angebliche jüdische Beziehungen der Reichslandbundführer loszuziehen, hat er selbst im November 1928 Vieh an Juden verkauft. Auf Vorhalt erklärte er, die allgemeine Lage zwinge ihn dazu, da christliche Händler kein Vieh abgenommen hätten. (Wie oben, S. 75.)

Der Völkische Beobachter vom 9. 8. 29 kommentierte eine Notiz „anziehende Getreidepreise" wie folgt:

Die Teuerung des Mehl- und Brotgetreides wird sich langsam auch auf die anderen Lebensmittel erstrecken. Das langsam schleichende Anziehen der Preise der Gegenstände des täglichen Bedarfs ist umso gefährlicher, je weniger es der breiten Masse der Verbraucher zum Bewußtsein kommt.

Das schreibt das Hauptorgan des Herrn Hitler in demselben Augenblick, in dem die nationalsozialistischen Agitatoren draußen auf den Dörfern mit dem Hinweis auf die unzureichenden Schutzzölle und die niedrigen Preise Bauernfang zu treiben suchen. (Wie oben, S. 89.)

Im Reichstag stimmten 1926 und 27 die Nationalsozialisten stets gegen die Aufhebung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr. (Wie oben, S. 59.)

Am 28. März 1928 wurde im Reichstag über die Einsetzung eines Ausschusses zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms abgestimmt. Bei der namentlichen Abstimmung waren die Nationalsozialisten die einzige Partei, die dagegen stimmte. (Die Nationalsozialistische Partei, Vortrag von Prof. Dr. Karl Simbeck, München 1930, S. 11.)

Bei der Schlußabstimmung über die erhöhten Schutzzölle, am 25. 3. 30 stimmten die Nationalsozialisten mit den Kommunisten dagegen. (Wie vorstehend, S. 12.)

Die Nationalsozialisten haben am 6. März 1930 ein eigenes Agrarprogramm veröffentlicht, das sich aber nur mit ganz all-

gemeinen Fragen befaßt, und keine Vorschläge zur Behebung der bestehenden Not der Landwirtschaft enthält. Dafür sieht es ein staatliches Enteignungsrecht für Grund und Boden vor, wenn der Boden für staatliche Zwecke gebraucht oder unzweckmäßig bewirtschaftet wird. Mit diesen Formulierungen wird eine Sozialisierung der Landwirtschaft vorbereitet. Es heißt in diesem Programm unter anderem:

> Unrechtmäßig (im Sinne Deutschen Rechtes) erworbener Boden wird unentgeltlich enteignet.

Was deutsches Recht ist, das bestimmt vermutlich die Hitlerdiktatur, die sich damit die Möglichkeit schafft, jedem kleinen Bauern seinen Acker wegzunehmen, wenn er politisch anders denkt als die Hitler und Genossen.

Den bezeichnenden Abschluß des nationalsozialistischen „Agrarprogrammes" bildet die „Feststellung", daß nur die Nationalsozialisten den Bauern helfen könnten, und nicht die berufsständischen Organisationen des Bauerntums. Bisher bestand diese Hilfe in Phrasendrescherei. Aber sie wollen auch nichts leisten; denn laut Bericht des Völkischen Beobachters, Berliner Ausgabe vom 28. 3. 30, erklärte der Nationalsozialist Georg Kenstler auf einer agrarpolitischen Tagung:

> **Wir haben an der Herstellung einer rentablen Landwirtschaft kein Interesse, wenn aus der heutigen Agrarkrise das nationale und soziale Problem unseres Volkes nicht gelöst wird.**

Das ist das wahre Gesicht der nationalsozialistischen Landwirtschaftsretter!

Dazu paßt auch ganz vortrefflich, daß der pommersche Gauleiter der NSDAP. auf seinem Gute dauernd polnische Arbeiter beschäftigt.

Volksbildungswesen – N.S.-„Kulturpolitik" in Thüringen

Das nationalsozialistische Programm verlangt:

> Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen.

Aber in Thüringen, wo die Nationalsozialisten das Volksbildungsministerium verwalten, haben sie den Etat der Volksschulen um 4%, den der Berufsschulen um 10% und den Etat der Erwachsenenbildung und des Volkshochschulwesens um 2/3 gekürzt. Die Zuschüsse für die Volkshochschulen in Dreißigacker und Tinz wurden überhaupt gestrichen. Die Förderung Begabter aus minderbemittelten Familien wird außerordentlich erschwert. Unter der Aera des nationalsozialistischen Volksbildungsministers marschiert Thüringen hinsichtlich der Ausgaben für Volksbildung in ganz Deutschland an letzter Stelle. 4/5 des gesamten Beamtenabbaus entfällt auf die Lehrerschaft. Die Ziffern der Klassenfrequenz wurden erhöht, die Pflichtstundenzahl vergrößert, ein Gehaltsabbau der Lehrer ist geplant.

Die Bezüge der Schulamtsanwärter wurden um 15—20% gekürzt. Ueber 100 Jung- und Gewerbelehrer sollen aus dem Staatsdienst ausgeschlossen werden.

Das „Einrücken in führende Stellen" sollte aber ermöglicht werden dem nationalistischen Agitator Dr. Ruge. Dr. Frick wollte ihn zum Philosophieprofessor in Jena machen, obwohl er wegen Mordanstiftung mit einem Jahr Gefängnis vorbestraft ist und obwohl ihm das Recht zur Abhaltung von Vorlesungen entzogen wurde.

Dafür hat aber Dr. Frick einen „Erlaß gegen die Negerkultur" herausgegeben, gegen den sich sogar seine eigenen Berliner Parteigenossen gewandt haben, er hat zum Entsetzen der „Nationalsozialistischen Briefe" den völkischen Professor Schultze-Naumburg zum Direktor der Weimarer Bauhochschule gemacht, er hat Schulgebete mit parteipolitischen Verbrämungen empfohlen, die der Staatsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt hat.

Seine „Kulturpolitik" erschöpft sich also in Demonstrationen, über die selbst die eigenen Parteigenossen lachen. Eine vernünftige wahrhaft soziale kulturpolitische Maßnahme ist der Gebeteminister bisher schuldig geblieben.

Nationalsozialistische „Rheinlandtreue"
Der Kampf um den Youngplan

Die Nationalsozialisten haben eine erbitterte Agitation gegen den Youngplan geführt, die sie auch heute noch, nachdem der Plan bereits angenommen ist und ihre Regierungsmitglieder in Thüringen, genau so wie die Mitglieder jeder anderen deutschen Landesregierung die von dem Plan vorgeschriebene Erfüllungspolitik mitmachen und mitverantworten müssen, in der gleich heftigen Weise fortsetzen.

Die Nationalsozialisten haben in diesem Kampf mit einer Unzahl von grobunwahren Behauptungen und gefälschten Zahlenzusammenstellungen gearbeitet. Sie haben behauptet, daß der Youngplan uns drückendere Lasten auferlege als der Dawesplan, obwohl es gerade umgekehrt ist.

Sie haben behauptet, daß der Youngplan Deutschland endgültig versklave, obwohl er nicht nur Revisionsmöglichkeiten vorsieht, sondern wesentliche deutsche Souveränitätsrechte, die der Dawesplan eingeschränkt hatte, wieder herstellt. Die Nationalsozialisten behaupten ferner, daß der Youngplan den „Menschenexport deutscher Knaben und Mädchen" nach Frankreich und den Kolonialgebieten mit sich bringen. Das ist eine erbärmliche Lüge! Uebrigens gibt es Nationalsozialisten, die deutsche Arbeiter ins Ausland „verhandeln", um im nationalsozialistischen Jargon zu sprechen.

So hat der Nationalsozialist Werner Münch, der nach eigener Aussage am Hitlerputsch teilgenommen hat und auch heute noch hundertprozentiger Nationalsozialist ist, durch Inserate Stahlhelmarbeiter für eine französische Firma angeworben. Bei dieser französischen Firma ist ein deutscher Ingenieur tätig, der selbst bei der NSDAP. ist. Sein Sohn ist sogar SA.-Mann. Auch er ist an diesem „Menschenexport" beteiligt.

Gegen den Youngplan zu hetzen, wurde die nationalsozialistische Agitation nicht müde. Daß aber durch den Youngplan die dritte Rheinlandzone von der Besatzung frei wird, haben die NS. ihren Wählern nicht gesagt. Zehn Jahre haben unsere Brüder im Westen unter der feindlichen Besatzung gelitten. Gerade die NS. haben die Rheinland-Bedrückung als Schande der deutschen Regierung immer wieder gebrandmarkt. Dank der klugen Verständigungspolitik der verschiedenen Reichsregierungen unter **Stresemanns** Führung verläßt in diesen Tagen der letzte feindliche Soldat deutschen Boden. Wäre es nach den Nationalsozialisten gegangen, so wäre die Besatzungsnot unserer Brüder im Westen noch um weitere Jahre verlängert worden. Um ihren Parteistandpunkt eigensinnig durchzudrücken, scheuen also die Nationalsozialisten nicht davor zurück, den deutschen Rhein und die Bewohner des Rheinlandes noch auf Jahre hinaus unter dem Besatzungsdruck der Westmächte zu belassen.

B11 Youngplan

Sehr bezeichnend ist die Haltung der Nationalsozialisten gegenüber den Befreiungsfeiern. Der parteioffizielle „Eisenhammer", das rhein-pfälzische Organ der NSDAP., brachte am 14. 6. 30 in Nr. 46 einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Befreiungstollwut". In diesem Artikel kam eine maßlose Wut darüber zum Ausdruck, daß der Reichsregierung die Befreiung des ganzen Rheinlandes nunmehr gelungen ist. Deshalb empfanden die pfälzischen Nationalsozialisten den Abmarsch der Franzosen auch nur als eine „gewisse" Erlösung. In diesem Artikel heißt es dann weiter:

> Trotzdem lehnen wir dieses unnatürliche und verlogene Befreiungstheater ab. Einmal, weil elende Verräter in dem Stück mitspielen, zum anderen Male, weil wir nicht die geringste Ursache haben, uns an dieser Befreiung zu freuen.

Was bedeutet schon für die NSDAP. Deutschlands Aufstieg und die Freiheit des Rheins, wenn die eigene Partei keinen Nutzen davon hat!

B11 Youngplan

Zickzackkurs der Reichstagsfraktion

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat getreu dem ganzen Verhalten der Partei bald so und bald wieder anders gestimmt. Eine einheitliche Linie läßt sich schwer feststellen. Die Fraktion war oft gespalten, oft fehlten unentschuldigt verschiedene Abgeordnete, oft leiteten sie parteitaktische Erwägungen und nicht der Wille sachliche positive Arbeit fürs Volk zu leisten.

Gegen Abbau der hohen Offizierspensionen.

1924 erklärte im Reichstag der Nationalsozialist Oberstleutnant a. D. Ahlemann:

„Nur in einem Sklavenstaat, wie ihn die Sozialdemokratie erstrebt, kann man eine so berechtigte Klassifizierung der Bezüge, wie sie zwischen Mann und Offizier gefordert werden müßte, beanstanden."

Für die Landwirtschaft und gegen die Verbraucher.

Am 20. 5. 25 stimmten die Nationalsozialisten gegen einen sozialdemokratischen Mißtrauensantrag, der der Regierung das Mißtrauen wegen der Zollvorlage aussprach.

Am 8. 7. 27 lehnten die Nationalsozialisten den Antrag ab, die Futterzölle auf der Höhe von 1925 zu belassen.

Am 9. 7. 27 stimmten sie für die Zollvorlage.

Am 9. 12. 27 stimmten sie für die Erhöhung des Zolles auf Industriemais.

Am 2. 3. 28 stimmten sie gegen einen Antrag auf Aufhebung der Futtermittelzölle.

Am 21. 3. 28 stimmten sie gegen den Antrag auf Beibehaltung des bisherigen zollfreien Gefrierfleischkontingents.

Am 4. 12. 28 stimmten sie gegen den Antrag auf Erhöhung des zollfreien Gefrierfleischkontingents.

Am 26. 6. 29 stimmten sie für einen Antrag, der die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch erschweren sollte.

Gegen die Landwirtschaft.

Am 28. 3. 28 stimmten die Nationalsozialisten als einzige Partei gegen die beantragte Einsetzung eines Ausschusses zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms.

Am 25. 3. 30 stimmten sie in der Schlußabstimmung über die erhöhten Schutzzölle zusammen mit den Kommunisten gegen die Zollvorlage.

In den entscheidenden Abstimmungen, am 3., 12. und 14. April 1930 stimmten sie für kommunistische Mißtrauensanträge gegen die Regierung und gegen die wirtschaftlichen Vorlagen der Regierung, die eine bedeutende Verbesserung des Zollschutzes für landwirtschaftliche Produkte vorsahen.

Arbeiterpartei gegen Arbeiterinteressen.

Am 7. 7. 27 stimmten die Nationalsozialisten gegen das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung.

BI 2 Zickzackkurs

Am 16. 7. 25 stimmten die Nationalsozialisten gegen einen Antrag, der die Bedingungen des Heilverfahrens für Angestellte verbessern wollte.

Bei der Abstimmung über die Verschlechterung der Arbeitszeit der Bäckereiarbeiter waren die Nationalsozialisten gespalten. Der Abgeordnete Kube stimmte für die Sonntagsarbeit. In der Schlußabstimmung stimmten die Nationalsozialisten aber geschlossen für den Antrag auf Verschlechterung der Arbeitszeit in den Bäckereien.

Am 17. 12. 27 stimmten die Nationalsozialisten in der Schlußabstimmung für die Durchbrechung der Lex Brüning. (Die Lex Brüning sah eine Begrenzung der Summen vor, die durch die Lohnsteuer aufgebracht werden).

Bei der zweiten Beratung der Arbeitslosenreform enthielten sich die Nationalsozialisten der Stimme, bei der Abstimmung über einen Antrag, der einen Meldezwang für freiwerdende Stellen vorsah.

Gegen Beamteninteressen.

Am 21. 3. 29 stimmten die Nationalsozialisten für den Antrag, die am 31. 3. 29 ablaufende Bestimmung der Personalabbauverordnung um ein Jahr zu verlängern.

Gegen Konkordate.

Am 12. Juni 1929 wurde von den Kommunisten im Reichstag der Antrag eingebracht, der von der Reichsregierung forderte, daß das bayerische Konkordat aufgehoben und daß der Abschluß des preußischen Konkordats verboten wird. Für diesen Antrag stimmten außer den Kommunisten nur die Nationalsozialisten.

Sehr bezeichnend ist auch, daß die nationalsozialistische Gruppe im Reichstag trotz der berühmten Geschlossenheit der Partei bei mehreren wichtigen Abstimmungen sich spaltete. Das war der Fall

am 20. 5. 25 bei der Abstimmung über einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung,

am 9. 7. 27 bei der Abstimmung über die Zulassung der Sonntagsarbeit im Bäckereigewerbe,

am 6. 12. 27 bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung (über die Hälfte der Nazifraktion fehlte unentschuldigt).

am 9. 12. 27 bei der Abstimmung über die Erhöhung des Zolls auf Industriemais (die Mehrheit der Nazifraktion fehlte unentschuldigt),

am 9. 2. 28 bei der Abstimmung über die Verbesserungsanträge zum Mieterschutzgesetz (die Mehrheit der Nazifraktion fehlt unentschuldigt),

am 21. 3. 28 bei der Abstimmung über den Antrag, das zollfreie Gefrierfleischkontingent auf 70 000 t herabzusetzen,

am 4. 12. 28 bei der Abstimmung über den Antrag, das zollfreie Gefrierfleischkontingent auf 150 000 t zu erhöhen (fast die halbe Nazi-Fraktion fehlt unentschuldigt).

Außerdem fehlten bei wichtigen Abstimmungen unentschuldigt Dr. Goebbels und Wagner, bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister Groener, am 16. 11. 28,

Epp, Feder, Goering, Straßer am 30. 1. 29 bei der Abstimmung über die Aenderung der Rechtsverhältnisse der Wartegeldempfänger,

Goering und Wagner am 26. 6. 29 bei der Abstimmung über die Erschwerung der zollfreien Gefrierfleisch-Einfuhr,

Epp, Straßer und Wagner am 1. 10. 29 bei mehreren Abstimmungen über die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung,

Dietrich und Straßer am 2. 3. 28 bei der Abstimmung über den Antrag auf Aufhebung der Futtermittelzölle.

Aus diesem Abstimmungswirrwarr und dem häufigen unentschuldigten Fehlen nationalsozialistischer Abgeordneter bei wichtigen Abstimmungen, kann jeder ersehen, wie es mit der Zielklarheit und dem Arbeitseifer der nationalsozialistischen Führer bestellt ist.

Am 22. 10. 27 erhob der Nationalsozialist Stöhr im Reichstag Einspruch gegen die Verabschiedung in dritter Lesung einer Vorlage, nach der 46 000 Sozialrentnern im Saargebiet eine Beihilfe gezahlt werden sollte, obwohl ihm der Reichstagspräsident erklärt hatte: „Bis zum Januar müssen die Sozialrentner im Saargebiet auf die Erhöhung ihrer Renten warten, wenn Sie bei Ihrem Widerspruch bleiben. Ich weiß nicht, ob Sie das verantworten können".

Trotzdem hielt Stöhr seinen Widerspruch aufrecht. Der Reichstagspräsident erklärte unter Zustimmung des ganzen Hauses: „**Ich muß bekennen, es ist in der Geschichte dieses Hauses noch nicht vorgekommen, daß jemand ohne jeden Grund die Verabschiedung einer Vorlage vereitelt, die für viele tausende Sozialrentner von so großer Bedeutung ist . . . Es ist unerhört in der Geschichte des Reichstags, daß durch einen derartigen Widerspruch ein solches Gesetz vereitelt wird.** Ich kann nichts dagegen tun, wenn auf diese Weise 46 000 Sozialrentner des Saargebietes geschädigt werden; ich kann nur die Oeffentlichkeit als Zeugen dafür anrufen".

Führer aller Parteien hatten vorher dem Nationalsozialisten Stöhr die Folgen seiner Halsstarrigkeit eindringlich vor Augen gehalten, so der Demokrat Koch-Weser, Geheimrat Kahl von der Deutschen Volkspartei und Graf Westarp von den Deutschnationalen.

Herr Stöhr hatte den traurigen Mut, festzubleiben. 46 000 Rentner im Saargebiet können ihm ihren Dank abstatten!

BI 2 Zickzackkurs

Die Nationalsozialisten in Sachsen

Die Nationalsozialisten haben für den sächsischen Landtagswahlkampf 1930 die Parole „Nie wieder Sowjetsachsen" ausgegeben.

In Wirklichkeit haben sie im sächsischen Landtag die Kommunisten dauernd unterstützt.

So hatte die sächsische Regierung den russischen Geiger Soermus in Uebereinstimmung mit den Regierungen von Preußen, Bayern, Bremen, Anhalt und Oldenburg ausgewiesen, weil er entgegen wiederholt gegebenen Zusicherungen unter dem Deckmantel musikalischer Darbietungen kommunistisch-revolutionäre Agitation trieb. Soermus trat mit besonderer Energie für den kommunistischen Agitator Max Hölz ein.

Der kommunistische Abgeordnete Opitz beantragte im sächsischen Landtag am 4. 7. 29 die Rückgängigmachung der Ausweisung des Soermus. Sozialdemokraten und Kommunisten traten für den Antrag ein, ebenso die Nationalsozialisten, infolge derer Zustimmung der Antrag dann auch angenommen wurde. (Dresdener Nachrichten vom 5. 7. 29.)

Am 14. Juni 1927 stimmten sie für den kommunistischen Antrag, die Arbeitszeit für landwirtschaftliche Arbeiter auf 48 Stunden pro Woche festzusetzen.

Am 6. Juli stimmten sie mit für den Mißtrauensantrag der Linken gegen die neue, unter Einfluß der Deutschnationalen gebildete Regierung.

Herr von Mücke erklärte sich bei den damaligen Verhandlungen über die Regierungsbildung gegen die Verringerung der Zahl der Ministersitze. Ein Beitrag zur Sparpolitik der NSDAP.!

Ein Antrag der Kommunisten (26. Juni 29).

1. den Forstarbeitern eine Werkzeugzulage von 4% eine Regenzulage von 2% des tariflichen Stundenlohnes zu zahlen.
2. den Forstarbeitern Wegegelder auszuzahlen.
3. die Regentage voll zu entschädigen.
4. beim Kapitel I als Titel 12 einzufügen: „500 000 RM. als ersten Teilbetrag für den Bau von Waldarbeiterwohnungen"

wurde abgelehnt. Für den Antrag stimmten mit der KPD. die Nationalsozialisten.

Im Haushaltsausschuß B stimmte der Vertreter der Nationalsozialisten am 26. Juni 1929 bei der Beratung des Etats auch in solchen Fällen, in denen die Sozialdemokraten dagegen stimmten, mit den Kommunisten. (Angaben sämtlich nach „Nationalsozialismus und Bauerntum" von Otto Weber, Weimar 1929 S. 77.)

Am 10. März 1927 verließen die nationalsozialistischen Abgeordneten vor der Abstimmung über einen Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Arbeitsminister Elsner den Sitzungssaal, erschienen aber dann wieder, um mit den Kommunisten für deren Antrag auf gesetzliche Festlegung des Acht- bzw. Siebenstundenarbeitstages zu stimmen. (Wie vorstehend, S. 26.)

Aber heute bestreiten sie ihre Wahlagitation mit der Klage über Mißstände, die sich im Arbeitsministerium unter Elsner herausgebildet hätten. Warum hatten sie dann nicht den Mut, ihm seinerzeit ihr Mißtrauen auszusprechen?

BII3 Sachsen

Am 22. März 1927 verschwanden die N. S. wieder vor der Abstimmung über den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der Revolutionsfeiertage (1. Mai und 9. November) und sorgten auf diese Weise dafür, daß die beiden Feiertage weiter bestehen konnten. Praktischer „Kampf" gegen den Marxismus! (Wie vorstehend S. 76.)

Am 10. Mai 1927 stimmten sie bei der Beratung des Etatskapitals „Forsten" für eine Reihe kommunistischer Anträge auf Arbeitszeitverringerung. Am 19. Mai stimmten sie gegen die Befreiung der landwirtschaftlichen Wohnungen und Werkwohnungen von der Mietzinssteuer. (Wie vorstehend, Seite 76.)

In der Zeit vor Auflösung des sächs. Landtags (20. 5. 30), konnte die sächsische Regierung und der sächsische Landtag nur zwei Gesetze außer dem Etat erledigen, weil die Nationalsozialisten mit ihrem politischen Theater jede sachliche Arbeit verhinderten. Sie entfesselten wegen des Youngplanes, der doch Sache des Reichstages und nicht des sächsischen Landtags ist, eine Regierungskrise, in deren weiteren Verlauf sie eine grandiose Schaukelpolitik betrieben. Einmal waren sie für Bünger, dann gegen Bünger. Einmal für Schieck, dann gegen Schieck. Einmal für eine Landtagsauflösung, dann wieder gegen. All das begleiteten sie mit schwülstigen und aufreizenden Reden. Praktisch geleistet haben sie nichts.

Von den Führern der Nationalsozialisten in Sachsen hat

Mutschmann, der sächsische Gauleiter der NSDAP. und allmächtige Finanzier der gesamten Nazipartei, ein Plauener Textilindustrieller, seine Arbeiter dauernd untertariflich bezahlt. Er hat einer Arbeiterin Ohrfeigen angeboten, einen kriegsbeschädigten Angestellten auf die Straße gesetzt, so daß er seine Wiedereinstellung durch ein Gerichtsurteil erzwingen mußte.

Von **Killinger** hat nach dem Zeugnis seines ehemaligen Fraktionskollegen von Mücke enge Beziehungen zu Kreisen unterhalten, die an den Unterschlagungen beim sächsischen Volksopfer beteiligt waren. Er ist Mitglied der OC. und hat die Brigade Ehrhardt der Republik als Stütze angeboten. Gumbel, teilt in seinem Buche „Verräter verfallen der Feme" auf S. 177 mit, daß Killinger der Führer eines Femetrupps war, der sich durch besonders viehische Mordtaten auszeichnete. In seinem Buche „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben" rühmt sich Killinger selbst, daß er eine wehrlose Frau habe auspeitschen lassen. Er brüstete sich ferner mit einem Mord an einem Bolschewisten. Als aber der Staatsanwalt daraufhin ein Mordverfahren gegen ihn einleitete, erklärte Killinger kläglich, er habe bloß aufgeschnitten.

Der Abgeordnete **Tittmann** beschäftigte im Frühjahr 1929 den Landtag damit, daß auf Antrag seiner eigenen Frau, die er zu unterhalten sich weigerte, seine Abgeordnetenimmunität aufgehoben wurde, damit Tittmann zum Offenbarungseid gezwungen werden konnte.

So sind die Führer. Die Leistungen haben wir gesehen.

Das sind die Leute, die über die „unfruchtbare Parlamentswirtschaft" zetern!

BII3 Sachsen

Nationalsozialistische Mißerfolge in Thüringen

Die Nationalsozialisten gingen zwar mit der Parole in den Wahlkampf, aus Thüringen einen nationalsozialistischen Musterstaat zu machen, ihre praktische Politik aber erschöpft sich in Rechtsbrüchen, die von den Gerichten zurückgewiesen wurden, in kulturpolitischen Paradestückchen, die sogar im eigenen Lager auf heftigsten Widerstand stoßen, in der Bewilligung neuer drückender Steuern und in rücksichtsloser Gefährdung der Thüringischen Wirtschaft.

Mehrere Maßnahmen der thüringischen Regierung, vor allem des nationalsozialistischen Ministers Dr. Frick scheiterten zunächst wegen ihrer **Rechts- und Verfassungswidrigkeit** am Widerstand der zuständigen Gerichte. So erklärte der Staatsgerichtshof für das deutsche Reich den umstrittensten Teil des Ermächtigungsgesetzes über Beamtenabbau unter Verletzung der wohlerworbenen Rechte, sowie die bekannten, von Frick empfohlenen Haßaufforderungen in den Schulgebeten, für verfassungswidrig. Ferner lehnte er den Thüringer Antrag auf Weiterzahlung der Reichszuschüsse zu den Polizeikosten ab. Die Filmoberprüfstelle wies den Frickschen Einspruch gegen die Zulassung des Filmes „Der Fall der Sonja Petrowna", die Prüfstelle für Schutz- und Schundschriften den Antrag, die Werke des Schriftstellers Dekobra auf die Schundliste zu setzen, ab. Die von Frick auf Grund des von den Nationalsozialisten so häufig bekämpften Republikschutzgesetzes verfügten sozialdemokratischen Zeitungsverbote wurden von den zuständigen Gerichten als rechtswidrig wieder aufgehoben.

Mit Hilfe der nationalsozialistischen Stimmen wurde entgegen den ausdrücklichen Versprechungen der Thüringer Abgeordneten NSDAP. (Vergl. Blatt C 9) folgende **neuen Steuern** bewilligt:

6,4 Millionen Aufwertungssteuer (bedeutet 6 % Mietpreiserhöhung),

0,2 Millionen Berufssteuer der freien Berufe,

2,4 Millionen Kopfsteuer (Negersteuer).

und das alles, obwohl der nationalsozialistische Gauleiter und Abgeordnete **Sauckel** erst am 14. 2. 1930, nach Eintritt Dr. Fricks in die Regierung, in einer Versammlung in Meiningen erklärt hatte:

> Wir Nationalsozialisten werden nie unsere Hand dazu hergeben, die Steuern zu erhöhen.

Die nationalsozialistischen Führer Dr. Otto Straßer und Major Buchrucker und andere erklärten daher auch in ihrem Manifest: „Die Sozialisten verlassen die NSDAP." (Der „Nationale Sozialist" vom 4. 7. 1930), daß die Beteiligung an der Koalition in Thüringen für die NSDAP. einen „Verrat ihrer Grundsätze"

mit sich gebracht habe, „wie er sich in der Bewilligung der Kopfsteeuer, der Erhöhung der Mieten usw. darstellt". Und der einst nationalsozialistische Stadtverordnete Karl Klußmann aus Eisenach schrieb in „Der Nationale Sozialist" vom 20. 7. 1930:

> Mit Stolz und Freude haben hier in Eisenach 15 Mann vom alten Schrot und Korn die Gründung der Revolutionären Kampfgemeinschaft begrüßt. Die Erhebung der Frickschen Negersteuer (Kopfsteuer), wo der Arbeiter und Trustkönig dasselbe zahlen müssen, hatten uns schon lange mit anderen Ungerechtigkeiten Konfliktstoff in der NSDAP. gegeben.
>
> Obendrein behauptete der Landtagsabgeordnete Marschler im Thüringer Wahlkampf im November 1929 in Eisenach, seine Hand solle verdorren, wenn er dem Thüringer Volk einen Pfennig Steuern mehr gebe. Phrasendrescher und Demagogen! Dieser Verrat und die Tat von Albersdorf*) zwingen uns, zu handeln.
>
> Wir Sozialisten der Wartburgstadt, Kämpfer unter der Gralsburg des deutschen Volkes, senden unseren Kämpfern auf märkischem Boden deutsche Heilgrüße und treten hiermit in die Reihen der Revolutionären Nationalsozialisten.
>
> i. A.: Karl Klußmann, Stadtverordneter, Eisenach.

Die NSDAP. Thüringens hat sich aber trotzdem mit der „ungerechtesten, unsozialsten und aufreizendsten Steuer, die es überhaupt geben kann" — so nennt sie einmal der „Völkische Beobachter" in Thüringen — abgefunden, weil sie den Hakenkreuzlern die Futterkrippe sichert. Das meinte wohl auch der nationalsozialistische Agitator Dr. von Leers, der am 23. 7. 1930 in einer Versammlung in Berlin-Tempelhof erklärte:

> Und dann kommt die ungeheuerlichste Steuer, die ungerechteste, die es gibt, die Kopfsteuer. Man wird mir einwenden, daß ja auch unser Minister Frick in Thüringen diese Kopfsteuer eingeführt hat. Hier handelt es sich aber auch darum, mit dem Aufkommen dieser Steuer einmal etwas zu erreichen, einmal eine kraftvolle Machtposition für uns zu schaffen, von der aus wir den Kampf weiterführen können.

Auch die nationalsozialistische Kulturpolitik ist auf Widerstand in den eigenen Reihen gestoßen. Dr. Frick hat zwar die **Jazzmusik** verboten, der „Nationale Sozialist" schrieb aber wenige Tage nach dem Verbot in Nummer 52 vom 24. 4. 30.

> Wir Nationalsozialisten sind bekanntlich „radikal" nur im Jazz dürfen wir es nicht sein. Ebenso wenig, wie wir den Czardas und die Kosakenlieder der Zigeuner ablehnen, ebenso wenig brauchen wir uns den Elementen des Jazz zu verschließen . . . können uns gleichfalls wie Brahms und Liszt geschickt anderer Völker Musik bedienen und dennoch unsere eigene Art erhalten, ja, dem Fremden den Stempel unserer eigenen Art aufdrücken.

*) In Albersdorf (Holstein) mißhandelten SA.-Leute die Führer der revolutionären Nationalsozialisten.

Bezeichnend ist übrigens auch, daß der nationalsozialistische „**Westdeutsche Beobachter**" in der gleichen Nummer, in der er den Erlaß Fricks gegen die Jazzmusik veröffentlichte, folgende Inserate brachte:

> **Besuchen Sie unsere Rote Mühle, die elegante Vergnügungsstätte, Tanz, Nachtkabarett, eleganter Barbetrieb.**
> **Königin-Großbar im „Kaiserhof" Köln, Treffpunkt der eleganten Welt. Nachtkabarett, zwei Kapellen.**

Und zur Ernennung des völkischen Professors **Dr. Schultze-Naumburg** zum Leiter der Weimarer Bauhochschule schreiben die „Nationalsozialistischen Briefe" am 15. 4. 30 unter der Ueberschrift: „Neu-Biedermeier" unter anderem:

> So müssen wir als bedauerliche Tatsache feststellen, daß eine junge Bewegung, wie der Nationalsozialismus, einen Exponenten einer absterbenden Kunstgeneration an eine Stelle gesetzt hat, an die Kräfte der Jugend gehören. Wir bedauern das sehr, denn nach dem Prinzip des Nationalsozialismus, nur die Leistung zu würdigen, hatte hier, ganz gleich, welcher Partei angehörig, ein bedeutender Künstler vom gleichen Rang wie Bartning dieses Werk fortsetzen müssen . . . . Die Bewegung des Nationalsozialismus wird, wie gerade diese Sache beweist, sich von reaktionären Elementen und vor allen den reaktionären kulturellen Anschauungen noch gründlich reinigen müssen.

Endlich melden sich auch aus Thüringer Wirtschaftskreisen Stimmen, die sich gegen die **antisemitische Hetze** der Nationalsozialisten wenden, weil sie die darin liegende Gefahr für die Thüringer Wirtschaft erkennen.

So hat der Verein Deutscher Fabrikanten von Phantasiewirkwaren im „Apoldaer Tageblatt" vom 14. 6. 30 eine Entschließung veröffentlicht, in der es unter anderem heißt:

> Unverantwortliche Ausführungen nationalsozialistischer Abgeordneter im Thüringer Landtag, in den einzelnen Stadtparlamenten haben teilweise Beunruhigung in der deutschen Geschäftswelt hervorgerufen, die vielleicht noch durch tendenziöse, unkontrollierbare Nachrichten verstärkt worden sind und die zu Anfragen bei hiesigen Fabrikanten, Kaufleuten und Privatpersonen veranlaßten, ob man Thüringen im Allgemeinen und Apolda im besonderen persönlich aufsuchen dürfe, ohne Belästigungen ausgesetzt zu sein. In der Folge sind damit mittelbare und unmittelbare Auswirkungen zu erwarten, die der gesamten Wirtschaft Schaden zufügen können . . . Durch die einstimmige widerspruchslose Annahme der Resolution brachte der Verein Deutscher Fabrikanten von Phantasie-Wirkwaren e. V. Apolda zum Ausdruck, daß seine Mitglieder den Bestrebungen der nationalsozialistischen Partei völlig fernstehen und nicht für Vorkommnisse verantwortlich gemacht werden dürfen, die sie nicht verschuldet haben.
>
> Hochachtungsvoll
>
> Verein Deutscher Fabrikanten von Phantasie-Wirkwaren e. V.

B II 4 Thüringen

In einer weiteren Entschließung werden die antisemitischen Aeußerungen der nationalsozialistischen Führer ausdrücklich verurteilt und zurückgewiesen. Der Thüringische Verkehrsverband gab Mitte Juli folgende Entschließung in die Presse:

> **Vorstand und Ausschuß des Thüringischen Verkehrsverbandes beschäftigten sich mit verschiedenen antisemitischen Aeußerungen von Abgeordneten des Thüringer Landtages. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß derartige Aeußerungen von schwersten wirtschaftlichem Schaden für den Fremdenverkehr in Thüringen** sein müsse.

Auch die Stadträte von Weimar und Eisenach haben sich gegen die wirtschaftsschädigende antisemitische Hetze der Nationalsozialisten in Anträge gewandt.

Wir sehen: **wo die NSDAP. regiert, verdorren Handel und Wandel!**

Gegen das Gemeinwohl

Das nationalsozialistische Programm besagt zwar, daß die Tätigkeit des Einzelnen nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen dürfe, sondern daß sie im Rahmen des gesamten und zum Nutzen aller zu erfolgen habe.

Aber in ihrer Agitation kümmern sich die Nationalsozialisten sehr wenig um das Gesamtwohl. Oder dient es etwa dem allgemeinen Nutzen, wenn nationalsozialistische Agitatoren in Wort und Schrift zur Zerstörung des Staates, zum Kaputtschlagen alles dessen, was ist, usw. auffordern?

In den „Nationalsozialistischen Briefen" vom 15. 3. 30 schreibt Hartmut **Plaas**:

> **Wir müssen den Staat bekämpfen, den Staat unmittelbar, ihn ruinieren, zersetzen, vernichten.**

Am 30. 7. 29 erklärte der nationalsozialistische Redakteur Bodo **Uhse** in einer Versammlung in Husum:

> **Wir treiben bewußte Katastrophenpolitik. Leider haben wir noch nicht so terrorisieren können, wie wir wohl möchten. Unser Ziel ist, alles kaputt zu hauen, was heute ist. Nicht mit dem Verstand wird Deutschland befreit, sondern mit der Faust.**

Im Juni 1929 schrieb der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor **Straßer** in den „Nationalsozialistischen Briefen":

> **Da wir die Katastrophe**, der nach unserer Ueberzeugung die liberalistische Formenwelt zusteuert, **wollen**, unterlassen wir jedes Eingreifen unsererseits, ja sogar hindern wir nach Kräften jedes anderweitige Eingreifen, das den Eintritt dieser Katastrophe hinausschieben könnte. Mit einem Wort: **Wir treiben Katastrophenpolitik.**

In Nummer 16 der Berliner Arbeiterzeitung vom 20. 4. 30 schrieb Albert **Krebs** unter anderem:

> **Mag Deutschland zur Wüste werden . . . Ihr schimpft uns Katastrophenpolitiker, jawohl wir sind es.**

Soll das Alles sich mit dem Wirken zugunsten der Allgemeinheit vertragen?

C1 Gemeinwohl

Die Staatsbürger des dritten Reiches

Das nationalsozialistische Programm bestimmt:

> Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist . . . Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen. Das Recht über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen.

Wenn man sich streng an diese Leitsätze hält, so werden Hitler und Dr. Goebbels im Dritten Reiche wohl kaum Staatsbürger werden können. Denn Hitlers „schlechte Rasse" ist von Professor von Gruber bestätigt, der ihm bescheinigt hat, daß er „Mischling" ist. Ueber Dr. Goebbels' „südländisches Aussehen" witzeln selbst seine eigenen Parteigenossen.

Unter den oberschlesischen Kandidaten der NSDAP. für die Selbstverwaltung befinden sich 28 Personen, die auch kaum „deutschblütig" waren. Sie trugen nicht nur alle polnische Namen, sondern ein Teil von ihnen hat auch im Abstimmungskampf auf polnischer Seite gestanden, und war in den „Insurgenten-Bataillonen" gegen Deutschland tätig.

Diese „deutschblütigen" Herren heißen:

> Adamczyk, Bednarek, Blinda, Bragulla, Czekalla, Dalibor, Fillusch, Foitzik, Gawlik, Jurczyk, Kascheck, Kolliban, Koschara, Koza, Lepiorz, Machon, Miklis, Naleppa, Nalewaja, Pissarski, Raczek, Russek, Sagroll, Slodczyk, Slotta, Skopp, Tkotz, Weczerek.

Die nationalsozialistischen Programmtheoretiker gehen aber noch weiter und fordern auch den Ausschluß ihrer politischen Gegner vom Staatsbürgerrecht. So schreibt Gottfried Feder in der achten Auflage seines Kommentars zum „Programm der NSDAP. und seine weltanschaulichen Grundlagen", daß auch diejenigen Leute, die sich **„bewußt zerstörend** gegen den Staat wenden", vom Staatsbürgerrecht ausgeschlossen werden sollten. Jung bezeichnet ⅔ der Bevölkerung der Großstädte als „Rassegesindel" (Jung: Der nationale Sozialismus S. 14); d. h. also, die Nationalsozialisten wollen die Mehrzahl der Bevölkerung unserer Großstädte um ihre staatsbürgerlichen Rechte bringen. „Rassegesindel" ist ja nicht „deutschen Blutes".

In den „Nationalsozialistischen Briefen" vom 15. 4. 30 fordert Hartmut Plaas:

> **Wir müssen den Staat bekämpfen, den Staat unmittelbar, ihn ruinieren, zersetzen, vernichten.**

Damit wendet er sich ebenso wie der Reichstagsabgeordnete Gregor Straßer „bewußt zerstörend gegen den Staat". Also müssen Plaas und Straßer das Staatsbürgerrecht verlieren, wenn sie konsequent sind.

C2 Staatsbürgerrecht

Nationalsozialistischer Volksverrat — Der Dolchstoß von 1923

Die Nationalsozialisten sind angeblich die nationalste, die einzig wirklich nationale Partei in Deutschland.

In Wirklichkeit haben wenige Parteien dem deutschen Volk und Vaterland soviel geschadet, wie gerade die Nationalsozialisten. Wer nicht ihren Worten glaubt, sondern sich ihre Taten ansieht, der findet die Handlungen, die man nur als Volksverrat ansprechen kann.

Der nationalsozialistische Minister Dr. **Frick** hat im Jahre 1923 seine schützende Hand über den später wegen Landesverrat verurteilten **Prof. Fuchs** gehalten, der mit Hilfe französischer Gelder Bayern vom Reiche losreißen wollte. Er ist zusammen mit Fuchs und dem nationalsozialistischen Pöhner nach Wien gefahren, um Fuchs zu einer Unterredung mit dem Wiener Polizeipräsidenten zu verhelfen.

Als das deutsche Volk Ende 1923 in höchster Not war, als der Ruhrkampf verloren war, die Inflation vor ihrem Höhepunkt stand, als der deutsche Mittelstand verelendete, und es notwendiger denn je gewesen wäre, in einträchtiger Zusammenarbeit neue Grundlagen für die deutsche Wirtschaft und das Leben des deutschen Volkes zu schaffen, da waren es die Nationalsozialisten, die in ihrem verblendeten Parteifanatismus nicht nur einzelne Teile des deutschen Volkes in der unerhörtesten Weise gegeneinander verhetzten. Nein, sie inszenierten sogar im November ihre Bierkellerrevolte, luden furchtbare Blutschuld auf sich und vermehrten Zwietracht und Elend. Das war der nationalsozialistische Dolchstoß von 1923 in den Rücken des notleidenden deutschen Volkes.

Der bayerische Innenminister Schweyer erklärte im Januar 1923 vor Pressevertretern in München, als Hitler wieder einmal eine große Parade ankündigte:

> Erste und ausschlaggebende Bedingung für den Erfolg unseres Widerstandes ist, daß das ganze deutsche Volk mitgeht. Erfreulich ist es, daß dies auch namentlich bei der Arbeiterschaft der Fall ist. Eine Ausnahme macht jedoch die nationalsozialistische Bewegung.

Und die pfälzische Kreisregierung teilte dem bayerischen Außenministerium im November 1923 amtlich mit:

> Zwischen 11 und 12 Uhr (am 9. November 1923, dem Tage des Hitlerputsches) wurde Oberregierungsrat Riederer zu dem ersten Adjudanten des Generals de Metz in Speyer berufen. Dieser er-

öffnete Riederer folgendes: „Ich habe zwei Fragen an Sie zu richten: 1. Wer ist jetzt Ihre Regierung?" Als Riederer erwiderte, die bayerische Staatsregierung, zurzeit vertreten durch Minister Matt, wurde auf die zweite Frage verzichtet und Riederer entlassen. Nachmittags wurde Riederer neuerdings zu den Franzosen gerufen und ihm bedeutet, daß diese Depesche falsch sei. Die Franzosen waren äußerst aufgeregt und offenbar sehr enttäuscht, als Riederer ihnen aufs bestimmteste versicherte, daß der Putsch gescheitert sei.

Die Franzosen wußten, wer ihnen in Deutschland indirekt half und sie waren daher begreiflicherweise außer sich, als die Herren vom Hakenkreuz mit ihrem Putsch gescheitert waren.

Ein weiteres Kapitel des nationalsozialistischen Nationalverrates heißt **Italien.** Seit Jahren buhlt **Hitler** um Mussolinis Gunst, die Nationalsozialisten äffen den italienischen Faschistengruß nach, und Hitler verzichtet für die Freundschaft mit Italien bereitwilligst auf Südtirol. Der Andreas Hofer-Bund erklärte daher, als die Nationalsozialisten in Innsbruck eine Versammlung abhalten wollten:

> Angesichts der oft bewiesenen verräterischen Haltung in der südtiroler Frage ist der Andreas Hofer-Bund nicht in der Lage, die Versammlung mit einem Redner zu beschicken. Er muß es vielmehr aufs tiefste bedauern, daß Leute, die den Faschistengruß üben und trotz der grausamen Unterdrückung der Volksgenossen in Südtirol die bedingungslose Verständigung mit Mussolini predigen, es wagen, in Innsbruck, der Landeshauptstadt Tirols, eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Dieses Verhalten muß als eine unerhörte Provokation aller Tiroler und der Freunde Tirols aufgefaßt werden.

Welche Motive die Italienbegeisterung der Nationalsozialisten hat, ob etwa auch finanzielle Hintergründe, bleibt noch zu erforschen. Hitler hat wenigstens bis jetzt eine im Februar 1930 in München vor Gericht unter Eid abgegebene Aussage des völkischen Journalisten Abel, wonach der italienische Hauptmann Migliorati im Jahre 1923 eine Zusammenkunft mit Hitler gehabt und diesem dann RM. 60 000,— überwiesen habe, noch nicht beweiskräftig widerlegen können. Es ist auch bezeichnend, daß nach dem Hitlerputsch mehrere nationalsozialistische Führer, so Hauptmann Göring, ausgerechnet nach Italien flohen. Hitler hat auch einen gewissen Lüdecke, einen Mann von zweifelhaftem Ruf, als nationalsozialistischen Vertreter nach Italien gesandt.

Am 15. 2. 30 schrieb Hitler im „Illustrierten Beobachter" über die Reise des österreichischen Bundeskanzlers nach Rom:

> Der Weg Schobers nach Rom war die klügste Reise, die ein österreichischer Staatsmann seit dem Jahre 1918 unternommen hatte . . . Für Oesterreich ist diese Neuorientierung der einzige Ausweg aus einer Situation, die genau so verfahren war, wie es die deutsche heute noch ist. Sämtliche Vernunftsgründe, die es überhaupt gibt und geben kann, sprechen für diese Neuorientierung.

Adolf Hitler muß sich diesmal von seinem eigenen Parteifreund Straßer sagen lassen, daß die Politik Schobers alles eher denn großdeutsch ist. In der Berliner Arbeiterzeitung Gregor Straßers wird am 9. Februar 1930 geschrieben:

> Verrat am Anschluß-Gedanken.
>
> Viel zu wenig beachtet wurde in der nationalen Presse Deutschlands der politische Hintergrund des österreichischen Schuldenerlasses in Haag. Es war doch offensichtlich, daß dies nicht der schönen Augen Schobers wegen geschah, — sondern gegen bindende österreichische Zusicherungen, auf den Anschluß an Deutschland zu verzichten. Nach diesem offenen Verrat am Anschlußgedanken — noch immer gilt die Parabel von Esau, der für ein Linsengericht seine Erstgeburtsrechte verkaufte, — fand nunmehr die offene Besiegelung der neuen Politik durch den Besuch Schobers in Rom statt, wobei der österreichische Bundeskanzler durch Verleihung des Annunzianten-Ordens zum „Vetter des Königs" erwählt wurde. — Ist das nicht der gleiche königliche Vetter, dessen Armeen in einem Dutzend Isonzoschlachten Hunderttausende von Oesterreichern in den Tod schickte?

Straßer nennt also die von Hitler gebilligte Politik „offenen Verrat", aber beide bleiben auch weiterhin beisammen, um gemeinsam sich als Erbpächter der nationalen Gesinnung zu gebärden.

Die jüngste „nationale Tat" der Nationalsozialisten ist ihr erbitterter Kampf gegen den Young-Plan, der allein die vorzeitige Räumung der dritten Rheinlandzone ermöglicht. Wenn jetzt die letzten Truppen der Westmächte deutschen Boden verlassen haben, so nur deshalb, weil die Verständigungspolitik der Reichsregierung und nicht die scheinnationalistische Radaupolitik des Herrn Hitlers das deutsche Geschick bestimmt. Die Nationalsozialisten wollten den Young-Plan nicht. Die vorzeitige Befreiung des Rheinlandes war ihnen also gleichgültig. So fügt sich in die Kette ihrer antinationalen Taten als letztes Glied der Verrat an unseren Brüdern im Westen, der Verrat am freien deutschen Rhein (vgl. B I, 1).

C 3 Volksverrat

Judengeld und Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten hetzen zwar in Wort und Schrift gegen die Juden.

Der nationalsozialistische Zeichner und Redakteur **Bräutigam** in Koburg aber, der gegen die Juden die sinnlosesten Ritualmordbeschuldigungen erhob und deswegen vorbestraft ist, hat nicht nur jüdische Firmen um Arbeitsaufträge gebeten, sondern auch vergeblich sich dem Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens als Karikaturenzeichner gegen die Nationalsozialisten aufzudrängen versucht und Hetzbilder gegen die NSDAP. angeboten. Er hat ferner in einem an Erpressung grenzenden Brief den Verein zur Abwehr des Antisemitismus aufgefordert, eine von Bräutigam geplante antisemitische Zeitschrift vor ihrem Erscheinen zu kaufen.

In Ostpreußen arbeitet als Vertrauensmann der Nationalsozialisten der angebliche Drogist **Stolzewski**, ein wiederholt vorbestrafter, übel beleumundeter Mensch, der schon für alle möglichen Organisationen Spitzeldienste geleistet hat. Obwohl er organisierter Nationalsozialist war, hat er der Sozialdemokratie Material geliefert und sich dem Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E. V. als Spitzel und als Redner gegen die Nationalsozialisten angeboten. Der Central-Verein hat ihn allerdings abgewiesen.

Der nationalsozialistische Stadtverordnete **Stegemann** in Stralsund hat der Stadt Auslandsgeld angeboten, das er mit Hilfe einer jüdischen Bankfirma beschaffen wollte.

Der nationalsozialistische Stadtrat Heinrich **Förster** in Ludwigshafen am Rhein, einer der radikalsten Judenhetzer der NSDAP. hat sich in einem Bettelbrief an eine jüdische Firma, bei der er früher angestellt war, mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Förster schrieb:

Ludwigshafen a. Rh., den 10. Januar 1925.

Sehr geehrter Herr Schlesinger!

Sicherlich nicht ohne einiges Befremden werden Sie von mir diese Zeilen entgegennehmen, aber auch mir selbst ist dieser Schritt keineswegs leicht geworden, Sie nach Allem, was sich seit meinem Weggang von Ihrer titl. Firma ereignet hatte, mit dieser Angelegenheit belästigen zu müssen. Aber gerade infolge meiner gemachten Erfahrungen in diesem Zeitraum, und der Umstand, das ich manche „völkischen" Lehren als Irrlehren erkannte, gaben mir auf der anderen Seite den Mut und die Verantwortung, mich dennoch an Sie zu wenden. Denn gerade bei Herrn Straßburger und Ihrer Person habe ich schon lange die Sinnlosigkeit empfunden, alles Schlechte, das schließlich diesem oder jenem

jüdischen Mitbürger anhaften mag, zu verallgemeinern. **Sagt mir doch der klare Menschenverstand, daß es letzten Endes bei allen Völkern und Rassen schlechte und gute Elemente gibt. Müßte man doch, wollte man die völkischen Lehren konsequent anwenden, jetzt auch zu dem Schlusse kommen, was für Kreaturen die Deutschen sind, nachdem sich die Fälle Haarmann und der Menschenfresser Denke abgespielt haben. Und doch denkt hier kein vernünftiger Mensch daran, etwa zu erklären, die Deutschen seien Menschenfresser usw.** Was dem einen Recht ist, muß dem anderen eben billig sein! Dr. Stresemann hat unlängst in Köln ausgeführt: Rasch sei die Jugend zu unüberlegten Taten bereit, aber er müsse auch erklären, daß aus der Jugend die niemals undurchführbare Pläne im Kopfe hatte, später selten Männer geworden seien.

So ist es auch mir ergangen, indem ich glaubte, auf völkischem Wege meinem Vaterlande zu dienen. Aber wie in allen Phasen unseres Lebens hatte auch bei mir das Wort von der klugmachenden Erfahrung die gewohnte Gültigkeit. Schon längere Zeit habe ich mich von jeder politischen Betätigung ferngehalten, soweit man hier überhaupt von „Politik" reden kann. Ich stehe nun heute in bitterer Not, um auf den eigentlichen Zweck dieses Schreibens zu kommen. . . Ich weiß deshalb wahrhaftig nicht, was ich beginnen soll, wenn Sie mir, Herr Schlesinger, nicht noch in letzter Minute helfen können. . . .

„Was für Kreaturen die Deutschen sind . . .", das schreibt ein führender Nationalsozialist an einen Juden, wenn er Geld von ihm betteln will. Adolf Hitler selbst hat übrigens auch einmal trotz seiner Judenfeindschaft Konzessionen gemacht, als er in einem Interview für eine amerikanische Zeitung in Amerika einen guten Eindruck vom Nationalsozialismus erwecken wollte. Hitler erklärte gegenüber dem amerikanischen Journalisten Karl von Wiegand:

> Ich bin nicht dafür, daß die Rechte der Juden in Deutschland beschnitten werden . . .

Als dann v. Wiegand fragte, warum er trotzdem den Antisemitismus wieder in sein Programm aufgenommen hätte, antwortete Hitler:

> Weil das Volk es nicht verstehen würde, wenn ich das nicht täte.

Hitler kann also seine antisemitischen Grundsätze ebenso leicht verleugnen wie die oben genannten nationalsozialistischen Unterführer, die mit ihrem Grundsatzverrat Geschäfte machen wollten.

C4 Judengeld

Kriegsheldentaten der Nazi-Führer

Die Nationalsozialisten nennen sich gern eine Frontsoldatenpartei. Ihr Abgeordneter Gregor Straßer forderte sogar im Juni 1929 in einer Versammlung (in Teterow in Mecklenburg), daß nur derjenige das Amt eines Abgeordneten oder Ministers erhalten solle, der im Krieg an der Front gewesen sei. Nach diesem Ausspruch müßten eine Reihe von nationalsozialistischen Führern auf ihre politischen Aemter verzichten. Von den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten waren Reventlow, Dr. Goebbels, Frick nicht an der Front. Frick verbrachte den Krieg in den Räumen des Pirmasenser Bezirksamtes. Die nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Dr. Ley, Schemm, Lohse, Kube waren nicht an der Front. Schemm hat trotz gesunder und gerader Glieder während des ganzen Krieges in Bayreuth Meerschweinchen geimpft, Kube, der damals konservativer Parteisekretär war, ließ sich nach wenigen Tagen Garnisonsdienst in Breslau, — obwohl kriegsverwendungsfähig geschrieben — als „unabkömmlich" reklamieren.

Der nationalsozialistische Agitator Richard Kunze, genannt Knüppel-Kunze, hat den Krieg in Gardelegen in der Altmark verbracht. Kunze trank bei einer solchen Gelegenheit den Champagner aus Kommißstiefeln. Außerdem hamsterte er Lebensmittel möbelwagenweise und — predigte andern das „Durchhalten"!

Aber der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Frank, ein „jüdischer Marxist", ist schon in den ersten Wochen des Weltkrieges an der Westfront gefallen. Mit ihm fielen hunderttausende „marxistische" Arbeiter, und übrigens auch 12 000 deutsche Juden, die so in der Not ihr Blut dem Vaterlande opferten, während die nationalsozialistischen Patentpatrioten wohlgeborgen in Pirmasens, Bayreuth, Breslau, Gardelegen und anderswo ihr kostbares Leben retteten.

Adolf Hitler selbst schreibt über sein Fronterlebnis auf Seite 206 seines Buches „Mein Kampf":

> In diesen Monaten empfand ich zum ersten Male die ganze Tücke des Verhängnisses, das mich an der Front und in einer Stelle hielt . . . in der mich der Zufallsgriff jedes Negers zusammenschießen konnte, während ich dem Vaterlande am anderen Orte andere Dienste zu leisten vermocht hätte.

C 5 Kriegsheldentaten

Die „Arbeiterpartei"

Die Nationalsozialisten nennen sich großspurig eine Arbeiterpartei. Ihre Führer sind aber meist alles eher, denn Arbeiter. Der frühere nationalsozialistische Arbeiter Friedrich teilt mit, daß Goebbels sich gegen die Berufung von Arbeitern auf politische Führerposten ausgesprochen habe. Friedrich schreibt:

> Dr. Goebbels ist einer von denjenigen, die grundsätzlich behaupten, daß in einem revolutionären Kampfe die Arbeiter keine Führerrolle übernehmen dürfen, da diese nur den Akademikern zustehe.

Nach diesem Grundsatz handelt die NSDAP. auch in der Praxis. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion besteht aus vier ehemaligen Offizieren, einem Minister, einem Apotheker, einem Landwirt, zwei Schriftstellern, einem Lehrer, einem Gewerkschaftsbeamten und nur einem Arbeiter. Unter den neun in den bayerischen Landtag gewählten Nationalsozialisten befindet sich überhaupt kein Arbeiter. Dafür haben die Nationalsozialisten zum Gewerkschaftsreferenten ihrer Parteizentrale ausgerechnet einen Bergwerksbesitzer gemacht (Wagner). Von den nationalsozialistischen Gauführern sind nur wenige Arbeiter oder ehemalige Arbeiter. Einer dieser wenigen, der ehemalige Landarbeiter Hildebrand in Mecklenburg wurde erst im Mai 1930 durch den Akademiker Dr. Albrecht ersetzt.

Der „Arbeiterführer" Hitler lebt feudal in einer prunkvoll eingerichteten Neunzimmerwohnung, besitzt mehrere Luxusautos, hält sich einen Diener und verkehrt mit Prinzen, Exzellenzen und Großindustriellen.

Bezeichnend ist auch, daß am 20. 5. 30 der Leiter der Ortsgruppe Berlin-Neukölln der NSDAP. in einer Versammlung ein Rundschreiben der Berliner Gauleitung verlas, wonach der Zustrom bürgerlicher Elemente zur Partei abgedrosselt werden solle. Damit ist deutlich bewiesen, daß diese „Arbeiterpartei" sich vorwiegend aus bürgerlichen Elementen zusammensetzt und vorwiegend bei diesen auf starkes Interesse stößt.

Ihre ganze Politik ist auch danach. In Koburg entließ der unter dem Einfluß der Nationalsozialisten stehende Bau-Senat der Stadt fünf Arbeiter, darunter vier Familienväter, obwohl den Entlassenen von ihren Vorgesetzten das glänzendste Zeugnis ausgestellt wurde. Nach den eigenen Worten der Koburger Nazi-Führer

erfolgte die Kündigung nur „um die Sozialdemokraten zu ärgern". Als der Betriebsrat Einspruch erhob, weigerten sich die Nazi, mit dem Betriebsrat zu verhandeln. Fünf Arbeiter werden also grundlos dem Elend der Erwerbslosigkeit preisgegeben, nur damit die Naziführer die Arbeiterschaft ärgern können.

In Nr. 16 des „Stürmers" von 1930 befindet sich folgende Notiz:

> Im weltberühmten Frankenstädtchen Rothenburg o. T. fanden kürzlich in der Kinderwagenfabrik Haag und Saalmüller Betriebsratswahlen statt. Unter den Stimmzetteln befand sich auch der eines Nationalsozialisten und darauf stand geschrieben:
>
> **Euer Feind ist nah,**
> **Weil Hitler lebt,**
> **Des Betriebsrat-Sterben da,**
> **Weil's „Dritte" deutsche Reich entsteht.**

Die Redaktion des „Stürmers" unterstrich und bekräftigte in einem redaktionellen Nachwort noch den arbeiter- und betriebsratsfeindlichen Charakter dieses Gedichts.

In Thüringen weigert sich der nationalsozialistische Minister Dr. Frick einen Beschluß des Landtags durchzuführen, wonach dem Arbeitersportkartell ein Zuschuß zu zahlen ist.

In Koburg haben die Nationalsozialisten aus dem städtischen Etat eine Beihilfe von RM. 300,— für den Arbeitersamariterbund herausgestrichen. Das war dort ihr einziger Sparbeschluß. Es ist bezeichnend, daß sogar die Deutschnationalen diesem aus blindem Arbeiterhaß geborenen ungerechten Beschluß ihre Zustimmung versagten und sich für die Bewilligung dieser Summe einsetzten.

Sächsischer Gauleiter der „Arbeiterpartei" ist der Spitzenfabrikant Mutschmann in Plauen, dem vor Gericht nachgewiesen werden konnte, daß er seine Arbeiter untertariflich bezahlt, und daß er einer Arbeiterin Ohrfeigen angeboten hat.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn anerkannt reaktionäre Persönlichkeiten, wie der General von Liebert, der Begründer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Prinz August Wilhelm von Hohenzollern sich in letzter Zeit dieser „Arbeiterpartei" angeschlossen haben und wenn gleichzeitig die Masse der Arbeiter nicht viel von ihr wissen will.

C6 „Arbeiterpartei"

Bei den Provinziallandtagswahlen in der Rheinprovinz kandidierte überhaupt kein Arbeiter für die NSDAP., ebenso in der Provinz Sachsen und in Oberschlesien. In der Provinz Brandenburg stand erst an 7. Stelle ein Arbeiter.

Die Stadtverordnetenvorschlagsliste in Halle wies nur eine einzige Arbeiterkandidatur auf. Für die Gemeindewahlen in München wurde erst an 13. Stelle ein Arbeiter benannt, für die in Bayreuth erst an 9. Stelle.

In Gotha hat das Städtische Wohlfahrtsamt nach dem Wahlsieg der Nationalsozialisten dem größten Teil der Unterstützungsempfänger erklärt, daß sie von jetzt ab keine Unterstützung mehr bekommen könnten. („Das Volk" vom 26. 5. 30.)

Die Nationalsozialisten, die in den Vomagbetrieben in Plauen arbeiten, haben nach Mitteilung der „Volkszeitung für das Vogtland" vom 21. 7. 30 während eines Streikes unter Führung des nationalsozialistischen Stadtverordneten Koch Streikbrecherarbeit geleistet.

Im Sächsischen Landtag haben die Nationalsozialisten am 23. 7. 30 alle Anträge der Linken auf Verbesserung des Arbeitsbeschaffungsprogramms abgelehnt.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Papenbrook hat am 12. 7. 30 auf dem Thüringer Gautag in Gera der NSDAP. nach Mitteilung des „Jungdeutschen" vom 22. 7. 30 erklärt, „auch die Gewerkschaften würden mit Stumpf und Stiel ausgerottet, wenn die NSDAP. zur Macht käme".

Die theoretische Begründung zu dieser arbeiterfeindlichen Politik hat Adolf Hitler selbst in seiner Unterredung mit Dr. Otto Straßer, dem Bruder des NSDAP.-Abgeordneten Gregor Straßer, am 21. und 22. Mai 1930 (abgedruckt in „Der Nationale Sozialist" Nummer 117 und 119) gegeben. Er sagt dabei unter anderem:

> Sehen Sie, der Besitzer einer Fabrik ist doch von der Arbeitskraft und dem Arbeitswillen seiner Arbeiter abhängig. Wenn die streiken, dann ist sein sogenannter Besitz völlig wertlos. Außerdem aber, mit welchem Recht verlangen diese Leute Anteil an Besitz oder gar an der Leitung.

„Diese Leute", das ist die Sprache eines Arbeiterführers. Hitler erklärte ferner:

> Sehen Sie, die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale und wir werden nie damit rechnen können, die Arbeiter

in erheblichem Maße zu gewinnen. Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschicht, die nicht wie sie von irgendeiner Mitleidsmoral getrieben werden, sondern sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat, zu herrschen und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrecht erhält und sichert.

Für einen Führer einer Arbeiterpartei sind das recht merkwürdige Ansichten.

Endlich haben die Nationalsozialisten auch im Reichstag wiederholt gegen die Interessen der Arbeiterschaft Stellung genommen.

Am 7. 7. 27 stimmten sie gegen das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung.

Am 30. 6. 27 verhinderten sie zusammen mit den Parteien der Rechten die Verlängerung des Sperrgesetzes, das die gerichtliche Austragung der Fürsten-Abfindungsprozesse mit Rücksicht auf die schwere Finanzlage des Staates noch um einige Zeit hinausschieben wollte.

Am 9. 7. 27 stimmten sie für die Zollvorlage der Rechtsparteien.

Am 9. 7. 27 stimmten sie ferner für eine Verschlechterung der Arbeitszeitverhältnisse in den Bäckereien.

Am 17. 12. 27 stimmten sie in der Schlußabstimmung für die Verschlechterung des Einkommensteuergesetzes (Durchbrechung der Lex Brüning).

Am 21. 3. 28 stimmten sie gegen die Beibehaltung des bisherigen zollfreien Gefrierfleischkontingents. Der größte Teil der Fraktion stimmte sogar gegen den demokratischen Antrag, der das Kontingent auf 70 000 Tonnen herabsetzen wollte, weil ihm auch das noch zu viel erschien.

Am 16. 11. 28 stimmten die Nationalsozialisten gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaus.

Am 4. 12. 28 stimmten sie gegen eine Erhöhung eines zollfreien Gefrierfleischkontingents.

Am 21. 3. 29 stimmten sie für eine Verlängerung der Personal-Abbau-Verordnung.

Am 18. 6. 29 stimmten sie für den deutschnationalen Antrag, beim Reichswehrhaushalt für Remonte-Pferde über 5 Millionen RM. einzusetzen.

Sehr bezeichnend ist auch, daß Dr. Goebbels nach Mitteilung des ehemaligen Leiters der nationalsozialistischen Führerschulen des Gaues Brandenburg, Willem Korn, in Nr. 128 des „Nationalen Sozialist" vom 2. 7. 30 Ende Mai einem Funktionär der Berliner NSDAP. auf die Frage „Wie stehen Sie zum Sozialismus?" antwortete: **„Sozialismus ist für uns Mittel zum Zweck".**

Die NSDAP. umgaukelt also die Arbeiterschaft mit sozialistischen Phrasen und Versprechungen, um sie dann für ihre dunklen Parteizwecke mißbrauchen zu können.

C6 „Arbeiterpartei"

Geldgeber der NSDAP

Die Nationalsozialisten nennen sich zwar eine **Arbeiter**partei, aber es ist heute erwiesen, daß sie sich von der Großindustrie finanziell unterstützen lassen. Zu den nationalsozialistischen Geldgebern gehören

der Plauener Textilindustrielle Mutschmann (70 000 Mk.),
der Mühlsteinfabrikant Schneider aus Itzehoe (rd. 40 000 Mk.),
der Wäschefabrikant Becker aus Geislingen,
der Fabrikant Bechstein, ein ehemaliger Mitinhaber der Klavierfabrik Bechstein,
der Verleger Hanfstengl,
Bauunternehmer Architekt Oppermann, Königsberg i. Pr.,
Schuhwarenhändler Karl Gronwald, Königsberg i. Pr.,
ferner nach Feststellungen der Münchener und Stuttgarter Polizeidirektion:
Prinz Aremberg.

Tatsache ist ferner, daß Richard Kunze den Generaldirektor Aschoff der Borsigwerke allerdings vergeblich angebettelt hat.

Nach Angabe des Staatsanwalts im Hitlerprozeß hat auch der amerikanische Autokönig Ford den Nationalsozialisten Geldmittel zur Verfügung gestellt.

Im Mai 1927 wandten sich die Nationalsozialisten auch an den bekannten Stuttgarter Großindustriellen Robert Bosch mit folgendem Brief:

„Vertraulich!

Sehr geehrter Herr!

Die nationalsozialistische Arbeiterpartei hat auch den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums auf ihr Programm geschrieben. Durch die Begeisterung ihrer Anhänger und durch ihre straffe Organisation ist sie allein in der Lage, dem Terror von links wirksam entgegenzutreten. Leider ist das ohne bedeutende Geldmittel nicht zu machen. . . Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als uns an die deutsch und deutschvölkisch gesinnten Kreise aus Industrie und Handel mit der Bitte um Unterstützung zu wenden . . . Für eine gute Verwendung der Gelder bietet Ihnen die Ehrlichkeit unserer Bewegung volle Gewähr."

Der Nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder hat ferner im Frühjahr 1930 vor dem Großgrundbesitzadel Niederschlesiens und Breslauer Bankiers einen besonderen Werbevortrag gehalten. Auch Adolf Hitler selbst hat wiederholt vor geschlossenen

Versammlungen von Industriellen gesprochen, so im Ruhrgebiet, in Weimar und in Leipzig. Die Nationalsozialisten pflegen insbesondere Verbände von Industriellen um finanzielle Unterstützung zu bitten. Er unterhält ferner sehr enge freundschaftliche Beziehungen zu dem rheinischen Kohlenmagnaten Emil Kirdorf, der nebenbei auch im Aufsichtsrat der nach nationalsozialistischer Lesart „verjudeten" Deutschen Bank-Diskontogesellschaft sitzt.

Wie sich die Finanzierung der NSDAP durch Großindustrielle auswirkt, das zeigt deutlich der Offene Brief des früheren nationalsozialistischen sächsischen Landtagsabgeordneten Kapitänleutnant a. D. Helmuth von Mücke, der am 3. 8. 29 schrieb:

> „Herr Hitler ist im Laufe der letzten Jahre mehrmals nicht imstande gewesen, mir gegebene bindende Versprechen gegen den Willen des sächsischen Gauleiters, des Spitzenfabrikanten Herrn Mutschmann in Plauen durchzudrücken. Ich verspreche mir nichts von der Zukunft einer Partei, deren Führer sich nicht einmal innerhalb der Partei durchsetzen kann, wobei es ein offenes Geheimnis ist, daß der Einfluß des Herrn Mutschmann darauf beruht daß er als reicher Fabrikant Herrn Hitler sich finanziell verpflichtet hat."

In einem anderen Brief Mückes vom 29. 8. 29 heißt es:

> „In Sachsen z. B. kommandiert Herr Mutschmann und nach dessen Pfeife muß Hitler tanzen."

Und im gleichen Brief schreibt Mücke von der NSDAP., sie sei „vollkommen vom Geld abhängig".

Nach Mitteilung des früheren Nazi-Agitators Friedrich schrieb der genannte Fabrikant Mutschmann am 19. 4. 29 an rechtsstehende Großkapitalisten einen Bettelbrief um Wahlfondsspenden.

Nationalsozialistische Korruption

Die Nationalsozialisten erheben den Anspruch „Reiniger und sittliche Erneuerer Deutschlands" zu sein und wettern gegen jeden Korruptionsskandal, vor allem, wenn darin Personen mit jüdisch klingenden Namen verwickelt sind. Dazu haben sie allerdings die geringste Veranlassung, denn in ihrer eigenen Partei sieht es nichts weniger als lieblich aus.

In Königsberg i. Pr. mußte der ehemalige Gauleiter der Nationalsozialisten, **Scherwitz**, wegen Unterschlagung seines Amtes enthoben werden. Der nationalsozialistische Bezirksleiter, Kaufmann **Gillgasch** in Insterburg, ist wegen Leistungswuchers von dem Schöffengericht in Insterburg mit einer recht erheblichen Gefängnisstrafe belegt worden, die er auch verbüßt hat. Trotzdem kämpft er jetzt gegen die „Zinsknechtschaft und den jüdischen Wuchergeist".

Im Herbst 1929 ist der Führer der Ortsgruppe Bremen der NSDAP., Gerhart **Stechert**, unter Mitnahme aller ihm erreichbaren Parteigelder durchgegangen. Das einzige, was er zurückließ, waren Schulden bei einer Reihe von Parteigenossen und mehreren Hauswirten.

Der nationalsozialistische Rechtsanwalt **Zipperlin** in Coburg ließ sich von einem Dienstmädchen, für dessen uneheliches Kind er in wenig einwandfreier Weise eine Abfindung von RM. 5000,— herausgeholt hatte, ein Honorar von RM. 1750,— zahlen und wurde wegen Gebührenüberhebung zu RM. 1500,— Geldstrafe verurteilt.

Der Nationalsozialist Eugen **Renner** in Augsburg, Leiter der Blindenabteilung bei der dortigen Kreishauptfürsorgestelle, unterschlug RM. 18 000,—, die für Kriegsblinde bestimmt waren und flüchtete.

Der nationalsozialistische Brigadeführer **Langendorf** in Köln hat von einer nationalsozialistischen Abteilung in Frankfurt Musikinstrumente für ca. RM. 100,— gekauft und sie mit 100% Reinverdienst an eine andere nationalsozialistische Abteilung weiterverkauft.

Der Nationalsozialist **Schaller** in Köln hat Spenden in Höhe von mehreren hundert Mark vereinnahmt und sich geweigert, darüber Rechenschaft abzulegen.

Der frühere nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Arthur Dinter, der ja die Verhältnisse kennen muß, schrieb in Heft 16 seiner Zeitschrift „Das Geistchristentum" im Jahre 1929:

> Die Schuldenwirtschaft, von der Parteileitung angefangen bis zu den letzten Ortsgruppen hinunter, die damit zwangsläufig verbundenen **Unlauterkeiten, Unterschlagungen und Betrügereien** haben, wie aus den an mich gelangenden Berichten hervorgeht,

einen Höhepunkt erreicht, der längst zu einer **Katastrophe** hätte führen müssen, wenn die Partei nicht über ergiebige außerparteiliche Geldquellen verfügte.

Und in Heft 21 und 22 der gleichen Zeitschrift schreibt Dinter:

In der Tat hat die Sittenlosigkeit und allgemeine Korruption innerhalb der Hitlerpartei heute schon einen Grad erreicht, daß zahlreiche Männer und Frauen, die in Hitler den Erlöser unseres Volkes sahen, der Partei wieder den Rücken gekehrt haben. Von einem Nationalsozialisten wurde mir berichtet, daß Straßer als man ihn dieser Dinge wegen anging, lachend äußerte: „Was wollen Sie? Wir sind heute so groß und so stark, daß wir jede Schweinerei in der Partei vertragen."

Der nationalsozialistische Führer in Flensburg, Spediteur **Broders**, flüchtete unter Hinterlassung ungeheurer Schulden. Er hat drei ihm nicht gehörige Lastautos der Favag für RM. 28 000,— verpfändet. Sein Vater hat sich aus Gram über den mißratenen Sohn erhängt.

Im Laufe des vergangenen Jahres mußten mehrere Ortsgruppen der NSDAP. wegen völliger Zerrüttung aufgelöst werden, so die Ortsgruppen in **Freyburg a. U.** und in **Lüneburg.**

Duisburger Nationalsozialisten wandten sich am 6. 2. 30 in einem verzweifelten Brief an Dr. Goebbels und klagten über die Korruption in der Partei. Dr. Goebbels hat auf diesen Brief bezeichnenderweise überhaupt nicht geantwortet.

Der Geschäftsführer des Völkischen Beobachters, Max **Amann**, erklärte einmal in einer Redaktionssitzung:

„Auf die Parteimitglieder ist gesch . . ., zuerst kommt das Geschäft."

Der Nationalsozialist Werner **Münch**, der nach seinen eigenen Worten am Hitlerputsch teilgenommen hat und auch heute noch hundertprozentiger Nationalsozialist ist, wirbt Stahlhelmarbeiter für zweifelhafte französische Firmen an. (Fränkische Tagespost v. 10. 5. 1930.) Wenn das ein Arbeitsamt tut, hat die NSDAP. dafür die ständige Phrase: Sklaven-Export.

Der nationalsozialistische Stadtverordnete **Stegemann** in Stralsund mißbrauchte das ihm von der Stadt übertragene Amt im Vorstand der städtischen Sparkasse für private Makler- und Provisionsgeschäfte. Er mußte vom Amt suspendiert werden. (Mecklenburgische Volkszeitung v. 24. 4. 1930.)

Im Hakenkreuzparadies **Koburg** ist es in letzter Zeit unter der nationalsozialistischen Stadtratsmehrheit wiederholt zu merkwürdigen Vorgängen gekommen. Dort haben sich die nationalsozialistischen Stadträte **Schwede, Faber, Bernhardt** und **Streng** persönliche Vorteile verschafft. Schwede hat sich in das Beamtenverhältnis überführen lassen, Faber hat von der Stadt die Führung

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK

eines Prozesses angenommen, Bernhardt hat in einer vertraulichen Stadtratssitzung von der Absicht der Stadtverwaltung, ein Grundstück zu erwerben, Kenntnis erhalten und bei der Beschlußfassung mitgewirkt. Diese Kenntnis benutzte er hinterher, um das Grundstück zu einem Vorzugspreis für sich zu erwerben, Streng hat sich von der Stadtverwaltung einen Lieferungsauftrag geben lassen. All diese Vorwürfe sind gerichtlich erwiesen. Der Stadtrat Linke in Koburg forderte durch seinen Fraktionsgenossen Schmidt die Beschlagnahme einer Wohnung in einem Haus, das Linke gekauft hattte. Mit dieser Forderung, die er vor dem Verkauf erhob, wollte er das Haus entwerten, um so billiger kaufen zu können.

Gegen solche Erscheinungen wettern die NSDAP.-Versammlungs-Redner vor den Wahlen. Nach den Wahlen aber . . .

Der Gauführer **Hinkler** in Halle ließ sich von armen Arbeitern ein Hemd schenken und seine verpfändeten Möbel auslösen.

Gegen den nationalsozialistischen Bürgerschaftsverordneten **Hüttmann** in Hamburg schwebt zur Zeit ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung. Der Brigadeführer **Voßhagen** der Sturmabteilung des Gaues Hessen-Nassau-Süd in Frankfurt a. M. hat die nationalsozialistische Parteikasse um RM. 3000,— bestohlen und ist dann geflüchtet.

Kein Wunder, daß der frühere nationalsozialistische Abgeordnete Dr. **Dinter** angesichts dieser Zustände in der Zeitschrift „Geist-christentum" (Aufsatzreihe „Hitler und Rom") erklärt:

> Korruption und Mißwirtschaft jeglicher Art, sittliche Verlotterung der Mitglieder, auch in den Führerstellen, sind die zwangsläufigen Folgen. **Und für einen solchen „Saustall", wie der Bayer sagt, lassen sich die ahnungslosen SA.-Männer, die Elite der Bewegung, tagtäglich den Schädel einschlagen.**

Der frühere nationalsozialistische Agitator Friedrich schrieb in seiner Broschüre „Unter dem Hakenkreuz" (S. 8 f.):

> Keiner mag den anderen, Eifersucht, Ehrgeiz, erbärmlichster Konkurrenzneid, persönliche Sonderinteressen sind vorherrschend, so daß ich des öfteren offen herausagte, daß ich bei den Führern in den marxistischen Parteien ein solches Benehmen nirgends bemerkte . . . Keiner darf sich für die „Geschäftsführung" interessieren. Die geht ein Mitglied überhaupt nichts an. Wird gerügt, daß die „Herren" fast überall, wie auch in Baden, bis nachts drei Uhr in den feinsten Kneipen, sogar Juden-Kaffees, umhersitzen, so wird der Kritiker auf das „tote Gleis" geschoben und bei passender Gelegenheit hinausgeschmissen. Das ist der Nationalsozialismus in Reinkultur, wie er beim größten Teil der Führer gepflegt wird . . .

C8 Korruption

Der ehemalige Reichsmusikleiter der NSDAP., Hillebrand, schreibt in seiner Broschüre „Herunter mit der Maske" auf Seite 38:

> Diese Nationalsozialisten schreiben und schreien von Gemeinnutz vor Eigennutz. Sie wagen es, auf den Juden zu schimpfen, während sie selbst doch Handlungsweisen begehen, die sich der schlechteste Jude nicht zu schulden kommen läßt.

Der frühere nationalsozialistische Abgeordnete, Kapitänleutnant a. D. von Mücke schrieb in einem Brief vom 29. 8. 29:

> „Vollkommen vom Geld abhängig und rein parlamentarisch eingestellt, unterscheidet sich die Partei in keiner Weise von jeder x-beliebigen bürgerlichen patriotischen Reklamepartei. Nicht die Könner sind obenauf, sondern die Schwätzer . . . Die Partei ist nicht mehr die Partei der anständigen Leute . . . kurz und gut, die Partei ist innerlich völlig zerrottet und korrupt, sowohl auf organisatorischem als auch auf sachlichem und gedanklichem Gebiete. Das wesentliche von der Partei ist die Reklame. So, wie die Juden ihre weißen Wochen machen oder ihre Saison-Ausverkäufe, so empfiehlt sich in seinem eigenen Blatte Herr Hitler als zukünftiger Diktator und annonciert Bilder von sich zum Preise von RM. 13,50 auf Ratenzahlung, wahrscheinlich, um zu zeigen, daß er Führer einer Arbeiterpartei ist. Kurz gesagt: Es ist ein Saustall!"

Endlich erklärten die nationalsozialistischen Führer Dr. Otto Straßer, Buchrucker und andere bei der Begründung ihres Austritts: (Der „Nationale Sozialist" Nummer 110 vom 4. Juli 1930)

> Hand in Hand mit der Verbürgerlichung der Bewegung ging eine Verbonzung der Partei, die geradezu erschreckende Formen annahm. Nicht nur die sogenannten höheren SA.-Führer, sondern in steigendem Maße auch die politischen Funktionäre der Partei entwickelten sich nach ihrer Haltung und nach ihrer Lebensführung in einer Weise, die ebenso mit den inneren Gesetzen der revolutionären Bewegung wie mit den Forderungen eines sauberen Charakters in Widerspruch stand. Die im Laufe der Zeit fast allgemein gewordene direkte und indirekte Abhängigkeit fast aller Funktionäre von der Partei und ihren Führern ließ jene Atmosphäre byzantinischer Würdelosigkeit entstehen, die die Vertretung jeder unabhängigen Meinung unmöglich machte und zu jener ideellen und materiellen Korrumpierung führen mußte, die jeder einzelne Parteigenosse mit steigender Erbitterung sah, ohne bei dem ganzen Aufbau der Partei Abhilfe zu schaffen können. Die zahlreichen Fehlgriffe bei der Erledigung personeller Streitigkeiten innerhalb der Partei haben hier ihre tiefste und ergiebigste Ursache.

Ferner veröffentlichte der ehemalige Chauffeur der nationalsozialistischen Reichsparteileitung, Max Kellner, in Nr. 138 der

„Münchener Post" vom 18. Juni einen offenen Brief an Adolf Hitler, in dem es unter anderem heißt:

> Die Behandlung im Winter, die ich unter der Fuchtel des Herrn Schwarz (Reichsschatzmeister der NSDAP.) erlebte, war nach Ihrer Lehre jüdisch und alles andere, nur nicht nationalsozialistisch, worunter alle kaufmännischen Angestellten zu leiden haben, die sich's nur nicht zu sagen trauen, um ihr Brot nicht zu verlieren . . . Daß er (Schwarz) auf Parteigenossen proletischer Abstammung überhaupt keinerlei Rücksicht zu nehmen braucht und diese Genossen anschnauzt, wenn sie sich mit irgend einem Anliegen an Herrn Schwarz wenden . . . Eine Basen- und Vetternwirtschaft wie im Magistrat, nur für langjährige und arme Parteigenossen hat man keine Anstellung . . . Wie macht's aber Herr Schwarz? Er schmeißt die alten Parteigenossen, die Jahre lang für die NSDAP. gekämpft haben, heraus, und stellt dafür Kräfte ein, die nicht einmal Mitglieder sind, was man in keiner Partei findet, nur bei uns . . . Warum nimmt man uns jetzt den Glauben an das Dritte Reich? Warum behandelt man uns so schmutzig? Warum verstößt man uns aus den Reihen unserer Kameraden?

Der Schreiber dieses Briefes ist seit 1923 Mitglied der NSDAP. und hat als 16jähriger den Hitlerputsch mitgemacht. Er war damals längere Zeit zusammen mit den prominenten Führern in Landsberg in Festungshaft.

Das sind die Leute, die sich im Geschrei über die Korruption der andern den Hals wund schreien!

C8 Korruption

Gebrochene Wahlversprechungen

Die Nationalsozialisten sind groß in Versprechungen vor der Wahl, aber wie steht es mit dem Halten der Versprechungen?

In Thüringen.

Nazi-Worte:	Nazi-Taten:
Keine Steuern werden bewilligt:	**Steuern wurden bewilligt:**
Jeder Pfennig Mehrbewilligung ist ein Verbrechen an Volk und am Wirtschaftskörper, besonders aber an der Arbeiterschaft, am Mittelstand und am Bauerntum. (Gauleiter Sauckel im „Nationalsozialist" vom 20. 7. 29).	6,4 Millionen RM. Aufwertungssteuer (das ist 6% Mietpreiserhöhung) für Arbeiterschaft, Mittelstand und Bauerntum.
„Es ist das Verdienst unseres Abg. Marschler im Thür. Landtag, die unerhörten neuen Steuerzuschläge und die Kopfsteuer, die sogenannte Negersteuer .... zum Scheitern gebracht zu haben." (Gauleiter Sauckel im „Nationalsozialist" vom 20. 7. 29).	
Ich verspreche lediglich, daß meine Stimme für Besteuerung deutscher christlicher Bevölkerungskrise nicht zu haben ist. (Nationalsozial. Abg. Marschler im „Nationalsozialist" vom Nov. 1929).	0,2 Millionen RM. Berufssteuern der freien Berufe. 2,4 Millionen RM. Kopfsteuer, das ist die **Negersteuer.**
Wir Nationalsozialisten werden nie unsere Hand dazu hergeben, die Steuern zu erhöhen. (Gauleiter und Landtagsabg. Sauckel in einer Versammlungsrede in Meiningen vom 14. 2. 30).	

In **Koburg**, wo die Nationalsozialisten seit einem Jahre die absolute Mehrheit im Stadtrat haben, versprachen sie im Juni 1929 in einem Flugblatt zur Stadtratswahl:

> Wir haben im alten Stadtrat die Privatinteressenpolitik gebrandmarkt und ihre Beseitigung gefordert.
>
> Wir werden auch im neuen Stadtrat diese Forderung mit noch viel größerer Schärfe erheben. Unsere Kandidaten für den neuen Stadtrat sind persönlich und ehrenwörtlich auf die Innehaltung dieser Forderung verpflichtet.

Nach der Wahl schrieb die Deutschnationale Wochenschrift „Kompaß":

> Wie menschlich es aber auch bei ihnen selbst zugeht, haben sie ja schon in den ersten Tagen und Wochen nach der Wahl bewiesen. Obwohl sich der nationalsozialistische Stadtrat feierlich verpflichtete, keine wirtschaftlichen Vorteile seitens der Stadt anzunehmen, hat Stadtrat Schwede sich in das Beamtenverhältnis überführen lassen,

hat Stadtrat Faber die Führung eines Prozesses für die Stadt nach der Wahl angenommen,

hat Stadtrat Bernhard trotz vertraulicher Kenntnis der Absicht der Stadt, ein Grundstück zu erwerben — er war an der Beschlußfassung selbst beteiligt — dieses Grundstück, nachdem der Verkäufer den Preis der Stadt gegenüber herabgesetzt hatte, für sich selbst gekauft,

hat Stadtrat Streng einen Lieferungsauftrag von der Stadt angenommen.

Man mag über diese Vorkommnisse im einzelnen verschieden urteilen. Zum Teil sind sie jedenfalls sehr bedenklich. Berücksichtigt man aber die Versprechungen dieser Parteivertreter, dann scheinen sie in einem sehr faulen Licht.

Die genannten nationalsozialistischen Stadträte verklagten daraufhin den Redakteur des „Kompaß" wegen übler Nachrede. Dieser wurde aber vom Koburger Gericht in zwei Verhandlungen, am 17. 4. und am 17. 7. 30 freigesprochen, weil ihm der Wahrheitsbeweis in allen Fällen gelungen ist.

Was die nationalsozialistischen Führer übrigens selbst von ihren Wahlversprechungen halten, geht aus einer Aeußerung hervor, die der nationalsozialistische Stadtrat und Rechtsanwalt Faber nach Mitteilung des „Koburger Volksblattes" vom 11. Juli 1930 anläßlich dieses Prozesses getan hat. Er erklärte unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die oben wiedergegebene Stelle des Flugblattes:

Ist alles Unsinn, kein vernünftiger Mensch wird doch wohl geglaubt haben, daß das für die nationalsozialistischen Stadträte Gültigkeit haben soll.

Auch die in den letzten Wochen aus der NSDAP. Ausgetretenen machen der Hitlerpresse zum Vorwurf, daß sie ihre Versprechungen nicht einhalte und ihre Grundsätze verrate. So erklären Otto Straßer, Major Buchrucker usw. in dem Manifest: „Die Sozialisten verlassen die NSDAP." im „Nationalen Sozialist" vom 4. 7. 30 unter anderem:

> Wir empfinden daher die im Gegensatz zu den 25 Punkten (des nationalsozialistischen Programms) immer verwaschener werdenden Formulierungen unser sozialistischen Wollens, die mehrfachen Abschwächungen, die man an den sozialistischen Forderungen des Programms (zum Beispiel an Punkt 17) vornahm, als ein Vergehen gegen Geist und Programm des Nationalsozialismus . . .
>
> Mit unerbittlicher Konsequenz vollzieht sich bei der NSDAP. die gleiche Linie des Verrats ihrer Grundsätze, wie er sich in der Bewilligung der Kopfsteuer, der Erhöhung der Mieten usw. in Thüringen darstellt.

Die ganze Unaufrichtigkeit der nationalsozialistischen Propaganda, der Skrupellosigkeit eines Dummenfanges, könnte nicht besser gekennzeichnet werden, als durch die oben wiedergegebenen nationalsozialistischen Selbstzeugnisse.

C9 Wahlversprechungen

Die Spaltung der NSDAP

Nachdem es in den letzten Monaten schon wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP. und zu Absplitterungen kleinerer Gruppen in der Provinz gekommen war, trieben die unhaltbar gewordenen Verhältnisse Anfang Juli auch in Berlin zur Spaltung der Partei. Zuerst trat der Schriftleiter Mossakowsky aus der Partei aus, weil er sich die Wichtigmacherei des Berliner Gauleiters Dr. Goebbels nicht länger mit ansehen konnte. Dann wurde der Redakteur Schapke der Zeitung „Der Nationale Sozialist" aus der Partei ausgeschlossen, weil er in einem Artikel gegen das Eingehen einer Koalition mit den rechtsbürgerlichen Gruppen Stellung genommen hatte. Zu diesen Vorgängen wollten mehrere Führer der Partei, wie Major Buchrucker, usw., in eine Generalmitgliederversammlung des Gaues Berlin Stellung nehmen. Sie wurden aber von dem Gaugeschäftsführer Wilke auf Veranlassung des Gauleiters Dr. Goebbels — teils unter Gewaltanwendung — aus dem Saal entfernt. Darauf trennten sie sich unter Führung des Chefredakteurs Dr. Otto Straßer der Zeitung „Der Nationale Sozialist", einem Bruder des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gregor Straßer von der Partei. In der genannten Zeitung veröffentlichten sie unter dem Titel „Die Sozialisten verlassen die NSDAP." am 4. Juli 1930 eine längere Erklärung, in der sie als Gründe ihres Ausscheidens aus der Hitlerpartei anführten:

1. Die Bereitschaft der Hitlerpartei zum Interventionskrieg gegen Rußland,
2. die pro-englische Stellungnahme Hitlers zu den indischen Unruhen,
3. die nicht eindeutig unitarische Haltung der Hitlerpartei,
4. den nicht eindeutig republikanischen Charakter der Hitlerbewegung,
5. die nicht eindeutig sozialistische Haltung der NSDAP.,
6. deren enge Zusammenarbeit mit Hugenberg und den Deutschnationalen,
7. die Beteiligung der Hitlerpartei an der Koalition in Thüringen mit dem dadurch bedingten „Verrat ihrer Grundsätze", wie er sich in der Bewilligung der Kopfsteuer, der Erhöhung der Mieten usw. darstellt,
8. die Verbonzung der Hitlerpartei, „die geradezu erschreckende Formen annahm."

Von bekannteren Unterführern sind außer Dr. Otto Straßer und Major Buchrucker der von diesen beiden in die Wege geleiteten „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" beigetreten:

Die Redakteure Eugen Mossakowsky, Herbert Blank, Richard Schapke, der Leiter der Nationalsozialistischen Führerschulen in Brandenburg Willem Korn, der Führer der Hitler-Jugend in

Mecklenburg, Lothar Hielscher, der Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung" Bodo Uhse, der ehemalige Holsteiner SA.-Führer Dr. Grantz, der stellvertretende brandenburgische Gauleiter Rehm, der Eisenacher Stadtverordnete Klußmann, die Plauener Stadtverordneten Vack und Wolf, der Kreisleiter Martin Jähne, Fraktionsführer der brandenburgischen Provinziallandtagsfraktion, die brandenburgischen Kreistagsabgeordneten Moritz Köhn und Paul Schmidt, die ganze Stadtverordnetenfraktion in Prenzlau, sowie eine Reihe von weiteren Parteifunktionären.

Die Opposition verfügt über die Tageszeitung „Der Nationale Sozialist" mit ihren Kopfblättern „Märkischer Beobachter" und „Sächsischer Beobachter", über die „Berliner Arbeiterzeitung", die „Nationalsozialistischen Briefe" und den Buchvertrieb des Kampfverlages. Außer in Berlin hat sie bisher Fuß gefaßt in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mannheim, Lübeck, Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Halle, Eisenach, Plauen, Stuttgart, Braunschweig, in Oesterreich und im Ruhrgebiet.

Die tiefere Ursache der nationalsozialistischen Spaltung liegt in der „demagogischen Grundtendenz der Bewegung" (Kapitän Ehrhardt in Nr. 223 der Berliner Börsenzeitung), die ihre Anhänger mit radikalen Phrasen füttert, und mit Versprechungen, die sie weder halten kann noch will. Kein Wunder, daß dann dabei einem Teil der Anhänger von Zeit zu Zeit die Augen aufgehen und sie sich von der Partei abwenden.

Die offizielle Hitlerpartei geht gegen die Oppositionsgruppe mit physischem Terror vor, so namentlich in Berlin, Halle und Schleswig-Holstein, wo in Albersdorf Major Buchrucker von Hitleranhängern das Nasenbein eingeschlagen bekam, während ein anderer Anhänger der Straßergruppe lebensgefährlich verletzt wurde. **So behandeln Nationalsozialisten ihre Brüder von gestern!**

C10 Spaltung

Die Agitationsmethoden der NS

Die ungeheure Agitation der NSDAP. zwingt zu näherer Betrachtung der Grundsätze, nach denen sie ihre Propaganda betreibt. Adolf Hitler sagt darüber:

> Die Aufgabe der Propaganda ist zum Beispiel nicht ein Abwägen der verschiedenen Rechte, sondern das ausschließliche Betonen des einen durch sie zu vertretenden. Sie hat **nicht** objektiv **auch** die **Wahrheit**, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen, um sie dann der Masse in doktrinärer Aufrichtigkeit vorzusetzen, sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen.
>
> (Mein Kampf, Seite 200.)

Dieses dunklen Satzes kurzer Sinn ist: Auf die Wahrheit kommt es bei der Propaganda nicht an. Nach diesen Grundsätzen arbeitet auch die von Hitler aufgezogene nationalsozialistische Propaganda. Sensationsmache, Wählerfang um jeden Preis, Militärmusik, Radau- und Gewalttaten, das sind die Hauptwaffen der nationalsozialistischen Propaganda.

Bezeichnend ist folgendes Dokument:

Bezirk „Ostgrenze Mitte"
Nationals. Deutsche Arbeiterpartei
(Hitlerbewegung)

Breslau, den 5. März 1930.

Herrn Richard Buyard,
Frankfurt.
Obermainanlage 3, III

Sehr geehrter Herr Pg.!

Entschuldigen Sie die späte Beantwortung! Sie sind also fest vom 15. März einschl. bis 12. April einschl.

Bitte sofort Bestätigung, 13. ist Palmsonntag, von da ab geht es wohl nicht mehr.

Die Finanzierung ändert sich nach Besprechung mit den OG.-Leitern etwas, aber nicht zu Ihren Ungunsten. In der Hälfte aller Orte, die in Frage kommen, erhalten Sie alles in allem außer Verpflegung und Quartier wie Unterstellung RM. 40,—, in den übrigen 20 bis 30 RM., 20 RM. nur in wenigen Fällen. Darüber keine Sorge, der Laden klappt zu Ihrer Zufriedenheit. Wollen Sie mir, da Sie Ihre Sache am besten kennen,

einen marktschreierisch gehaltenen, nicht zu langen Flugblattentwurf

(Einladung) in Blei entwerfen und übersenden? **Recht zugkräftig.** Kurze Beschreibung der zu erwartenden Wirkung. Mitteilung erbeten, wann Sie hier eintreffen. Meldung erstmals bei mir erwünscht.

Kampfheil und Deutschen Gruß!
Jenke, Oberpostsekretär und Bez.-Leiter.

Auf das Marktschreierische kommt es in der Tat allein der NSDAP. an. Kapitänleutnant von Mücke schreibt mit vollem Recht in seinem Brief an Friedrich vom 29. August 1929:

> Kurz und gut, die Partei ist innerlich völlig zerrottet und korrupt sowohl auf organisatorischem als auch auf sachlichem und gedanklichem Gebiete. Das wesentliche von der Partei ist die Reklame.

Die nationalsozialistische Radautaktik aber kennzeichnet Dr. Goebbels, der in seiner Broschüre „Freiheit der Arbeit" auf Seite 13 schreibt:

> Dann kam die immer notwendige blutige Auseinandersetzung mit Stuhlbeinen und Revolvern.

Die nationalsozialistische „Aufklärung" mit Stuhlbeinen und Revolvern hat nun dazu geführt, daß Saalwirte nur ungern ihre Räume an die NS. abgeben. So mußten die NS. in Karlsruhe im Herbst 1929 bei den badischen Landtagswahlen folgende Mietverträge den Saalwirten unterzeichnen:

§ 1. Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, Ortsgruppe Karlsruhe mietet hierdurch den . . . des Lokals, . . . in . . . zum Zwecke einer öffentlichen Versammlung am . . .

§ 2. Als Vergütung wird der Betrag von . . . RM. festgesetzt.

§ 3. Für etwaige Schäden, die durch die Versammlung entstehen, sei es in sachlicher Hinsicht (Stühle, Tische, Gläser-Zerschlagen infolge Versammlungsstörungen), sei es in körperlicher Hinsicht (Verletzungen der Bedienungen durch Versammlungsstörung) haftet die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei.

Eine Partei, die auch nur die Grundbegriffe des politischen Anstandes kennt, wird wohl niemals gezwungen sein, derartige demütigende Verträge abschließen zu müssen, um sich ein öffentliches Auftreten zu ermöglichen.

Die Lüge als nationalsozialistisches Kampfmittel. — Mißbrauch der Immunität

Das nationalsozialistische Programm sagt zwar in These 23:

> Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse

Die politische Agitation der NSDAP. aber ist der schroffste Widerspruch zu diesem Grundsatz. Die Ortsgruppe Lauscha der NSDAP. mußte in der Lauschaer Zeitung vom 9. April folgende Anzeige veröffentlichen.

Erklärung.

Die in dem anläßlich unserer Kundgebung am 29. Juni v. J. herausgegebenen Flugblatt enthaltenen Behauptungen über die Person des sozialistischen Gemeinderatsmitgliedes Wagner, betreffend Industrieverschleppung, nehmen wir als unwahr zurück. **Die betreffenden Aeußerungen sind von uns gebraucht worden wider besseres Wissen, lediglich in der Absicht Herrn Wagner und damit die Ortsgruppe der SPD. zu verleumden und eine arbeitslose Masse aufzuhetzen.**

Ortsgruppe NSDAP. Otto Kästner.

Daß eine politische Organisation sich selbst öffentlich der Verleumdung und Demagogie bezichtigen muß, kommt gewiß nicht oft vor.

Zu den stehenden Lügen der nationalsozialistischen Presse gehören auch alle Judenmärchen. Obwohl derartige Behauptungen (Ritualmordlüge, Weisen von Zion, jüdische Weltherrschaftspläne usw.) wiederholt als gröbste Verleumdung erwiesen wurden, obwohl der antisemitischen Presse immer wieder bewiesen wurde, daß sie mit gefälschten Talmudzitaten und sonstigen gefälschten Aeußerungen arbeitet, obwohl antisemitische Redakteure wegen Verbreitung dieser Behauptungen wieder und immer wieder von den Gerichten bestraft wurden, wird in Versammlungen und Zeitungen der NSDAP. weiter gelogen. Uebrigens sind auch fast alle nationalsozialistischen Führer wegen Verbreitung unwahrer Behauptungen vorbestraft, so Streicher, Holtz, Straßer, Schemm, Dr. Ley usw.

Allerdings läßt die NSDAP.-Presse systematisch Abgeordnete, die durch ihre parlamentarische Immunität vor der Strafverfolgung geschützt sind, als verantwortliche Redakteure ihrer Zeitungen zeichnen; so kann man sich frech unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität ausleben. Als verantwortliche Redakteure oder Herausgeber zeichnen die Abgeordneten

DI 2 Lüge als System

Feder, für die Flamme, den Hessenhammer, die Saardeutsche Volksstimme, die Deutsche Wochenschau und die Nationalsozialistische Bibliothek.

Dreher für den „Donauboten" in Ingolstadt.

Buch für die drei Ausgaben des Völkischen Beobachters usw. Seit allerdings die meisten deutschen Parlamente die Immunität der nationalsozialistischen Abgeordneten bei Preßvergehen aufzuheben pflegen, sind viele der Abgeordnetennamen auf den Zeitungsblättern wieder verschwunden und irgendwelche kleine Sitzredakteure müssen jetzt ihren Kopf hinhalten.

Der nationalsozialistische Programmtheoretiker **Rosenberg** hat schon Recht, wenn er in seinem Kommentar zum nationalsozialistischen Programm (S. 36) schreibt:

> Unter dem Schutz der unsittlichen Immunität darf sich ein Abgeordneter die frechsten Anpöbelungen des Deutschen Volkes erlauben, die schlimmsten Denunziationen der eigenen Nation, an die Adresse der Feinde des Staates aussprechen, ohne befürchten zu müssen, vor den Richter geladen zu werden . . . Hier hat der Staat einzugreifen . . . Die Immunität der Angehörigen der Parlamente ist selbstverständlich abzuschaffen.

Rosenberg hat allerdings wohl kaum geahnt, daß er mit diesen Sätzen die Praxis der nationalsozialistischen Abgeordneten in geradezu vernichtender Weise verurteilt. Wie wäre es, wenn die Nationalsozialisten zunächst einmal den Mißbrauch der Immunität durch ihren eigenen Abgeordneten einstellen würden?

Nationalsozialistische Judenhetze

Hauptattraktions- und Spektakelstück der nationalsozialistischen Versammlungen und Zeitungen ist und bleibt die Judenhetze. Es gibt keine Gemeinheit, die die Nationalsozialisten den Juden nicht nachsagen. Keine Lüge ist so niederträchtig, so alt und so oft widerlegt, als daß sie hier nicht immer wieder Verwendung finden würde. Wenn irgendwo ein oder zwei Juden bei einer ehrenrührigen Handlung ertappt werden, dann rauscht gleich der ganze nationalsozialistische Blätterwald und das Geschrei beginnt „Seht ihrs, die Juden sind wieder einmal die Uebeltäter". Die Nationalsozialisten leben also in ihrer Judenhetze nicht nur von schlechten Lügen und Fälschungen, sondern auch von ganz robusten Verallgemeinerungen. Alle verallgemeinerten Behauptungen sind aber falsch. Das sehen sogar einzelne Nationalsozialisten ein, vor allem dann, wenn sie von den Juden Geld haben wollen. So hat der nationalsozialistische Stadtrat Heinrich **Foerster** in Ludwigshafen am Rhein, ein Mann, der in seiner Zeitung der „Eisenhammer" eine besonders heftige Judenhetze trieb, an einen früheren Arbeitgeber Bankier Schlesinger einen Bettelbrief geschrieben, in dem es unter anderem heißt:

> Denn gerade bei Herrn Straßburger und Ihrer Person (Bankier Schlesinger) habe ich schon lange die Sinnlosigkeit empfunden, alles Schlechte, das schließlich diesem oder jenem jüdischen Mitbürger anhaften mag, zu verallgemeinern. Sagt mir doch der klare Menschenverstand, daß es letzten Endes bei allen Völkern und Rassen schlechte und gute Elemente gibt. **Müßte man doch, wollte man die völkischen Lehren konsequent anwenden, jetzt auch zu dem Schlusse kommen, was für Kreaturen die Deutschen sind, nachdem sich die Fälle Haarmann und der Menschenfresser Denke abgespielt haben.** Und doch denkt hier kein vernünftiger Mensch daran, etwa zu erklären, die Deutschen seien Menschenfresser usw. Was dem einen Recht ist, muß dem anderen eben billig sein.

Die nationalsozialistischen Verallgemeinerungen werden also hier aus nationalsozialistischem Mund selbst widerlegt. Auch die nationalsozialistische Schleswig-Holsteinische Tageszeitung ist anscheinend der gleichen Ansicht. Sie schreibt in ihrer Nummer 45 vom 21. 2. 30:

> Hakenkreuz am Ehrenmal. — Auf dem Friedrichstädter evangelisch-lutherischen Friedhof steht ein Ehrenmal für die gefallenen Frontsoldaten. Auf diesem Ehrenmal befinden sich auch Namen jüdischer Gefallenen. Dieser Tage nun hat vor dem Ehrenmal ein Kranz gelegen, mit einer Schleife mit dem Hakenkreuz. Darüber entrüstet sich ein jüdischer Mitbürger in der „Friedrichstädter Zeitung". Er appelliert an die Kameraden von 1914 bis 1918 und erregt sich über die Beschimpfung durch das Hakenkreuz. Gewiß hat es damals Juden an der Front gegeben, gewiß, es sind auch welche einen ehrlichen und anständigen Soldatentod gestorben. Aber was hat das mit dem Antisemitismus zu tun? Wir haben die Juden nicht gerufen. Unsertwegen hätten sie sich alle drücken können. Die das nicht getan haben, die nun wirklich

nach vorn gegangen und dabei gestorben sind, für ein Volk und ein Vaterland, das gar nicht das ihre war, sind gewiß tragische Figuren. Sie können einem Leid tun. Aber man soll doch nicht glauben, daß diese Unglücklichen, die in einer falschen Front standen, ein Argument gegen den Antisemitismus sein können. Das jüdische Volk als solches, ist Gift für das deutsche Volk, ist wesensfremd, und aus diesem Grunde eben schädigend und störend.

Daß es einzelne anständige Juden gegeben hat, ist ebensowenig ein Argument gegen den Antisemitismus, wie die Tatsache, daß zahlreiche unanständige Juden vorhanden sind, ein Argument für den Antisemitismus ist.

Trotz dieses klaren Bekenntnisses einer nationalsozialistischen Zeitung benutzen aber die Nationalsozialisten die Untaten von ein paar unanständigen Juden dauernd als Argumente für den Antisemitismus. Ihre antisemitische Agitation ist eben, auch im einzelnen, so widerspruchsvoll und unaufrichtig, wie ihre ganze Judenfeindlichkeit überhaupt. Am 5. Januar 1930 brachte die amerikanische Zeitung New York-American ein Interview, das Adolf **Hitler** dem amerikanischen Journalisten Karl von Wiegand gegeben hatte. Auf die Frage, wie Adolf Hitler sich die Lösung der Judenfrage in Deutschland denke, erklärte er damals wörtlich:

Ich bin nicht dafür, daß die Rechte der Juden in Deutschland beschnitten werden . . .

Als dann Herr von Wiegand fragte, warum er trotzdem den Antisemitismus wieder in sein Programm aufgenommen hätte, antwortete Hitler:

Weil das Volk es nicht verstehen würde, wenn ich das nicht täte.

Diese Aeußerung Hitlers ist natürlich den Nationalsozialisten sehr unangenehm. Sie versuchen, mit allerhand Redensarten sich um sie herumzudrücken, aber es glaubt ihnen doch niemand. Wenigstens solange nicht, bis nicht Herr Hitler den Mut gefunden hat, Herrn v. Wiegand der unwahren Berichterstattung in aller Form zu bezichtigen. Und das hat er bisher nicht getan.

Recht bezeichnend ist auch das Urteil des „Nationalen Sozialist" vom 18. 7. 30, also eines selbst antisemitischen und nationalsozialistischen Blattes über den widerlichen Geschäftsantisemitismus der Hitler-Presse. Es heißt dort:

Aus der Byzantinerpresse, die im Gesinnungseifer sich überschlagend ganze Jauchebatterien auffährt, wollen wir nur einen herausgreifen: den „Westdeutschen Beobachter", jenes prominente Organ eines sehr tüchtigen Geschäftsantisemitismus, den wir — und mit ihm seinen Zwillingsbruder, den „Stürmer" — bereits vor Jahren in den „Nationalsozialistischen Briefen" festnageln mußten, da er lediglich dem „Central-Verein" Beweise zu liefern schien für die Behauptung, der Nationalsozialismus sei eine Bewegung von Dummköpfen.

DI3 Judenhetze

Später wird in dem gleichen Artikel über die Verbreitung von Ritualmordmärchen durch die nationalsozialistische Presse gewitzelt. Es heißt wieder mit Bezug auf den „Westdeutschen Beobachter:

> Außerdem sind wir aber mit dem Spezialorgan für Ritualmorde, (sogar der arme ermordete Daube aus Gladbach mußte für eine fette Ueberschrift herhalten) sehr zufrieden.

Die Nationalsozialisten wissen also selbst, daß ihre geschmacklose Judenhetze nicht aus Ueberzeugungsgründen, sondern um des guten Geschäfts willen betrieben wird. Und das ist dann die Partei der „Reiniger und sittlichen Erneuerer Deutschlands"!

Gegen das Christentum

Die Nationalsozialisten behaupten zwar, sie stünden auf christlich-deutschen Boden, und würden Christentum und Deutschtum gegen die „jüdischen Zersetzungsbestrebungen" verteidigen, aber in Wirklichkeit lieben sie das Christentum durchaus nicht. Im Anfang war die NS.-Bewegung durchaus religionsfeindlich. Einem richtigen Völkischen ist die christliche Religion ein Dorn im Auge. So hat sich mancher völkisch-grundsatztreuer Hasser der Religion der Liebe und der Menschen-Gleichheit lieber zu Wotanspriestern bekannt, deren Vertreter im Anfang der Bewegung in die Partei einzubringen suchten.

So hat man auch einen fanatischen Gegner der katholischen und protestantischen Kirche, Dr. Dinter, nicht nur in der Partei, geduldet, sondern diesem Prediger einer neuen Religion, des Geistchristentums, auch Ehrenposten und ein Landtags-Mandat gewährt. Erst als man merkte, daß religiöse Leute sich durch das religionsfeindliche Treiben einzelner Führer von der Partei abgestoßen fühlten, hat man aus reiner Zweckmäßigkeits-Erwägung Dr. Dinter aus der Partei entfernt und der offizielle Nationalsozialismus ist jetzt aus Nützlichkeits-Politik in Religionsfragen „neutral".

Trotzdem, die „Deutsche Wochenschau" verhöhnt am 19. 4. 30 das Christentum, indem sie schreibt:

> Anbetung des Stoffes und Verkauf des Geistes, das ist das Christentum.

Der Chefredakteur Alfred **Rosenberg** des „Völkischen Beobachters" verspottete die Protestbewegung der Oberhäupter der christlichen Kirchen gegen die kirchenfeindlichen Ausschreitungen in Sowjetrußland als „Kattun- und Oelkreuzzug".

Im Deutschen Revolutionsverlag Berlin-Schöneberg erschien 1928 eine Gedichtsammlung: „Hitlerlieder" die folgende blasphemische „Gebete" enthält:

> Unser täglich Brot gib uns heute . . .
> So nutzt kein Weihrauch, hilft kein Beten,
> Vergeßt ihr denen, die da amten und schalten
> Und hier die Herrgottsgabe verwalten,
> Zeitweilig in den A. . . zu treten.

Und

> Liebe Deine Feinde!
> Du liebst den Feind noch lange nicht,
> Wenn Deine Schafsgeduld ihn lockt,
> Zu sünd'gen. Du machst ihn bloß verstockt.
> Drum hau ihm eine ins Gesicht,
> Und dann erst bete für ihn mein Christ
> Vater unser, der Du bist . . . .

Zwar hat sich Hitler von dem „Dichter" abgekehrt, aber es ist charakteristisch, was für „Reimereien" ausgerechnet mit seinem Namen geschmückt werden.

In der nationalsozialistischen Schülerbundszeitung „Der Aufmarsch" sind zwei Gedichte des nationalsozialistischen Studentenführers **Baldur von Schirach** abgedruckt, deren eines die Zeilen

in Eure Kirchen bin ich nie gegangen,
ich hob noch nie wie ihr mit Bangen
zum Beten meine Hände.

enthält und dessen anderes mit dem Satze: „Nicht das Gebet ist gut" beginnt.

Das halten die Nationalsozialisten also für eine geeignete Lektüre für Kinder und Jugendliche!

Was für die Nationalsozialisten die Religion ist, das hat der Berliner Stadtverordnete Dr. **Loepelmann** am 29. 4. 30 in einer nationalsozialistischen Versammlung enthüllt. Er sagte dort unter anderem:

Wenn auch die Nationalsozialisten die Religion als Privatsache anerkennen, als ein Mittel zur Hebung der Moral, so darf doch dieses Instrument nicht dazu benutzt werden, irgendwie aktiv in die Politik eines Volkes eingreifen zu können.

Für die NSDAP. ist also die Religion nur ein „Instrument", ein „Mittel zur Hebung der Moral". Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gottfried **Feder** erniedrigt die Geistlichen zu Staatsbürgern zweiter Klasse, indem er am 10. 5. 30 in der „Deutschen Wochenschau" schreibt:

Heraus mit den Geistlichen aus den Parlamenten.

In Thüringen hat der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frick die Religion mißbraucht, indem er parteipolitisch gefärbte Gebete in den Schulen einführen ließ, obwohl maßgebende Stimmen sowohl aus dem evangelischen als auch aus dem katholischen Lager vor derartigen Experimenten nachdrücklich warnten. Auch die christliche Lehrerschaft hat durch ihre Standesorganisationen vor den „Freiheitsgebeten" gewarnt. Gegen diese thüringischen Gebete des Herrn Dr. Frick hat übrigens sogar Ludendorff in Nr. 20 von „Ludendorffs Volkswarte" als eine „Heuchelei" Stellung genommen.

NSDAP und Bürgertum

Die Nationalsozialisten freuen sich diebisch, wenn bei den Wahlen die bürgerlichen Parteien zu ihren Gunsten geschwächt werden. Und auch sonst geben sie ihrem Bürgerhaß unverhohlen Ausdruck. So schreibt Adolf Hitler im „Illustrierten Beobachter":

> Als deutscher Nationalist habe ich im Laufe der Jahre gelernt, die größte Gefahr für unser Volk noch nicht einmal im Marxismus, als vielmehr in unseren bürgerlichen Parteien zu sehen.

Gregor **Straßer** schrieb am 30. März 1930 in seinem Blatte „Der Nationale Sozialist":

> Es ergibt sich für unseren Kampf der **Krieg gegen das Bürgertum** als Feind des deutschen Sozialismus und Saboteur der nationalen Freiheit.

In der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung" vom 31. März 1930 lesen wir:

> Das deutsche Bürgertum hat wieder einmal gezeigt, wie unsagbar dumm und verantwortungslos gegenüber der Nation es ist.

Graf **Reventlow** schreibt in Nr. 16 des „Reichswart vom 19. April 1930:

> Wir Nationalsozialisten erblicken im Bürgertum, wie es in Deutschland ist und sein will, etwas, das verschwinden muß, zum Untergang reif ist.

In Nr. 2 der „Nationalistischen Briefe" vom Juli 1927 schreibt Ulrich von Hutten in einem Artikel „Vom Wesen des Kapitalismus":

> Jeder Mensch, der Besitz als Ziel seines Strebens, Gewinn als Beweis seiner Tüchtigkeit ansieht, ist Kapitalist und unser Feind .... denn wir wissen, daß das Wesen des kapitalistischen Systems naturnotwendig feind ist dem Leben eines Volkes.

Der nationalsozialistische Staatsrat **Marschler** erklärte am 19. Mai 1930 in Leipzig:

> Die **Bürgerlichen** werden von den Nazis nur als eine **verächtliche Bande** von **Geschäftemachern** behandelt, die sich nicht einzubilden brauchten, daß der Hakenkreuzlermohr gehe, wenn er seine Schuldigkeit getan habe. Friß, Vogel, oder stirb, das ist das Nazi-Rezept gegen die Bürgerlichen.

In der Tageszeitung des nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer, „Der Nationale Sozialist", wird in Nr. 76 vom 23. Mai 1930 eine sehr ernste und würdige Auslassung der „Germania" gegen die nationalsozialistische Radautaktik wiedergegeben und dann dazu bemerkt:

> Liest man diese Zeilen, wird in einem der Wunsch Ernst Jüngers wach, der da **diesem Bürgertum mit Flammenwerfern zu Leibe** gehen heißt. Durch die vereinigten Aktivisten.

DI 5 Bürgertum

Den Nationalsozialisten wäre es also am liebsten, wenn sie zusammen mit dem „kommunistischen Mordgesindel", wie sie ihre Gegenspieler von der Linken nennen, das Bürgertum ausrotten könnten. Zwietracht und Bürgerkrieg, Vernichtung friedlicher Bürger mit „Flammenwerfer", so stellt sich die Partei Adolf Hitlers die „Erneuerung Deutschlands" vor!

Auch nach der Spaltung der NSDAP. wurde die Hetze gegen das Bürgertum weiter betrieben, und zwar nicht nur von der revolutionären Straßer-Gruppe, sondern auch von den Organen der offiziellen Hitlerpartei. So schrieb Reinhold **Muchow** in Nummer 56 des „Angriff" vom 3. 7. 30 unter der bezeichnenden Ueberschrift „Instinktloses Bürgerpack":

> Die Gehirne des Bürgertums sind rettungslos verkalkt, besonders die, die zur „bürgerlichen Sammlung" rufen . . . Das wirkliche Denken des Bürgertums ist so chaotisch und instinktlos, wie man sich das nur denken kann . . . Weil das Bürgertum keine sittliche Idee mehr hat, ist es materiell verkommen und sieht seine Aufgabe nur noch in der Wahrung des nackten Besitzes . . . Daß das Bürgertum aber auch ein Pack ist, beweist die Dummheit und Niedrigkeit seiner Gesinnung . . . Wir bedanken uns dafür, auch nur den kleinsten Finger für ein marodes Bürgertum krumm zu machen . . . Mit größter Befriedigung stellen wir Nationalsozialisten von Wahl zu Wahl fest, die Selbstauflösung des Bürgertums macht rapide Fortschritte.

Und Graf **Reventlow** schrieb in einem Artikel der NSDAP. (abgedruckt unter anderem von der parteiamtlichen „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung" in Nummer 159 vom 9. 7. 30):

> Es ist zu betonen, daß die nationalsozialistischen Ziele und Ideale ohne eine grundstürzende und grundlegende Umwälzung der heutigen Verhältnisse gar nicht zu erreichen sind. Diese Umwälzung ist aber niemals mit dem Bürgertum zu vollziehen, sondern nur gegen das Bürgertum. Arbeiterschaft und Bauerntum werden nicht wie in Italien Objekte der Neuordnung sein, sondern tätiges, bewußtes Subjekt im Zeichen des Nationalsozialismus. Weil dem so ist, bedeutet Bürgertum für die nationalsozialistische Umwälzungsenergie eine Gefahr, unter Umständen auch die Gefahr, der das Heer des Hannibal zu Kapua unterlag.

Bezeichnend ist auch, daß am 20. Mai 1930 der Leiter der Ortsgruppe Berlin-Neukölln der NSDAP. in einer Versammlung ein Rundschreiben der Berliner Gauleitung verlas, wonach

> der Zustrom bürgerlicher Elemente zur Partei abgedrosselt werden soll.

Die Nationalsozialisten wollen also gar keine bürgerlichen Mitglieder. Wie ist es mit den bürgerlichen Wahlstimmen?

DI5 Bürgertum

Revolutionshetze

Die NSDAP. betreibt in Versammlungen und Presse eine systematische Revolutionshetze. Sie ist entgegen allen von Zeit zu Zeit abgegebenen scheinheiligen Versicherungen eine ausgesprochen umstürzlerische Partei. Das geht aus den Reden ihrer Führer und den Aeußerungen ihrer Zeitungen eindeutig hervor. In Nr. 1 der „Nationalsozialistischen Briefe" 1929 werden die 14 Thesen der deutschen Revolution veröffentlicht.

Die „Nationale Volkszeitung" vom 8. 1. 30 erklärt:

> Das weimarische System — das haben wir doch nun wirklich schon oft genug gesagt, ist nicht Deutschland. Offensichtlich sinkt es von Tag zu Tag mehr und mehr herab, zur ausschließlichen Angelegenheit des feindlichen ausbeuterischen Auslandes. Je verantwortungsloser der Nationalsozialismus handelt, um so intensiver stört er Ruhe und Ordnung dieses nichtswürdigen Systems von Weimar und je umfangreicher ihm das gelingt, um so näher rückt die Stunde für den Sturz der Fremdherrschaft.

Die „Nationale Volkszeitung" vom 12. 1. 30 schreibt:

> Mögen sie jammern und heulen! Das System ist Pleite, und geht zu Grunde. Haltet euch bereit, damit der Sturmangriff gelingt.

Im „Angriff" vom 2. 2. 30 schreibt Dr. **Goebbels**:

> Es geht nicht mehr um Reformen, es geht um einen radikalen Sturz der heute herrschenden Unwerte.

In der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung" vom 19. 1. 30 steht zu lesen:

> Die blaue Blume haben wir gebrochen. Sie welkt in unserer Linken mit süßem Duft. In der Rechten, in der Faust der Entscheidung tragen wir das Schwert der Gewalt.

Am 30. 7. 29 erklärte der nationalsozialistische Redakteur Bodo **Uhse** in einer Versammlung in Husum:

> **Wir treiben bewußte Katastrophenpolitik. Leider haben wir noch nicht so terrorisieren können, wie wir wohl möchten. Unser Ziel ist, alles kaputt zu hauen, was heute ist. Nicht mit dem Verstand wird Deutschland befreit, sondern mit der Faust.**

In den „Nationalsozialistischen Briefen" schreibt im Juli 1929 der Abgeordnete Gregor **Straßer**:

> Die Revolution also gegen das bestehende System schlechthin! Damit ist ein für alle Mal unsere politische Haltung, sowie Möglichkeit und Umfang unserer politischen Taktik bestimmt: Alles, was der bestehenden Ordnung der Dinge schädlich ist, findet unsere Unterstützung. Alles, was geeignet sein könnte, diese gegenwärtige Ordnung der Dinge, die nach unserer Ansicht eben eine tödliche Unordnung ist, zu stützen, findet unsere Bekämpfung. Oder mit anderen Worten: Da wir die Katastrophe der nach unserer Ueberzeugung die liberalistische Formenwelt zusteuert, wollen, unterlassen wir jedes Eingreifen unsererseits, ja sogar

hindern wir nach Kräften jedes anderweitige Eingreifen, daß den Eintritt dieser Katastrophe hinausschieben könnte. Mit einem Wort: Wir treiben Katastrophenpolitik — weil nur die Katastrophe, das ist der Zusammenbruch des liberalen Systems, die Bahn freimacht, für jenen Neuaufbau, den wir Nationalsozialismus nennen:

Am 15. 4. 30 schreibt Hartmut **Plaas** in den „Nationalsozialistischen Briefen":

> **Wir müssen den Staat bekämpfen, den Staat unmittelbar, ihn ruinieren, zersetzen, vernichten . . . Hinein mit dem Karren, Volldampf und hemmungslos hinein mit ihm.**

In der „Berliner Arbeiterzeitung" vom 20. 4. 30 schreibt Albert **Krebs**:

> Ihr schimpft uns Katastrophenpolitiker, jawohl, wir sind es.

Daß die Nationalsozialisten in ihrer Revolutionswütigkeit nicht einmal vor dem Bündnis mit dem radikalsten Anarchismus zurückscheuen, beweist ein Aufsatz von Erich **Berger** in Nummer 29 der „Flamme" vom 17. 7. 30 (also in einem hitlertreuen Blatt nach der Trennung von den „revolutionären Nationalsozialisten"), in dem es unter anderem heißt:

> Darum halten wir die Bildung der anti-marxistischen Front als die vornehmste Aufgabe der Zeit und dabei sind wir nicht zimperlich genug, **auch dem Anarchisten die Hand zu reichen.**

Angesichts derartiger Aeußerungen wird die NSDAP. wohl selbst nicht mehr bestreiten können, daß sie **eine Partei des Bürgerkriegs und des blutigen Umsturzes ist.**

Wirtschaftsskandale und NSDAP

Einen besonders heftigen Kampf führen die Nationalsozialisten anscheinend gegen die Wirtschaftsskandale. Mit Namen wie Barmat und Sklarek bestreiten sie monate- und jahrelang fast ihre gesamte Agitation. Diese Skandale sollen nicht beschönigt werden. Sie verdienen schärfste Verurteilung. Aber das Bild, das sie ihren Hörern von den Wirtschaftsskandalen vermitteln, ist falsch und einseitig. Denn sie erzählen nur von solchen Wirtschaftsskandalen, in die zufällig einmal Angehörige der Linksparteien oder Juden verstrickt wurden. Sie erzählen nichts

1. von den zahlreichen Wirtschaftsskandalen im vorrepublikanischen Deutschland, in die hoch- und höchststehende Persönlichkeiten verwickelt waren und die damals auch von rechtsstehenden Kreisen kritisch beleuchtet und verurteilt wurden.
2. von den zahlreichen Wirtschaftsskandalen der Nachkriegszeit, soweit sie in erster Linie Angehörige der Rechtsparteien belasten, so von den Zusammenbrüchen bei den Landbundgenossenschaften, vom Skandal bei der Raiffeisenbank, von den betrügerischen Manipulationen völkischer Bankgründungen (Bruß).

So erzählen sie nichts von den Skandalen der Gründerzeit, nichts vom Zusammenbruch des Hypothekenbankkonzerns und des Treber-Trocknungs-Konzerns, nichts von den Kolonialskandalen, den zahlreichen Diamanten-Ausbeutungsgesellschaften, die nach den ersten Diamantfunden in Deutsch-Südwest in unverantwortlicher Weise gegründet wurden und zusammenbrachen, nichts von dem Tippelskirch-Podbielski-Skandal, der darin bestand, daß die Firma von Tippelskirch & Co. einen Monopol-Lieferungsvertrag für Ausrüstungsgegenstände an Kolonialtruppen durch Bestechung leitender Beamter erhalten hatte und daß der preußische Landwirtschaftsminister von Podbielski an dem Gewinn dieser Firma mit 40% beteiligt war, nichts von den Zusammenbrüchen des Fürstentrusts, dem großen Konzern der Fürsten Max Egon zu Fürstenberg und Christian Kraft zu Hohenlohe.

Sie erzählen nichts von den Zahlungen Sklareks an Deutschnationale, von der Freundschaft zwischen Sklarek und dem antisemitischen Abgeordneten Bruhn, nichts von der Steuerdrückebergerei des Freiherrn Eduard Poschinger von Frauenau, nichts von den Betrügereien und Unterschlagungen des katholischen Stadtpfarrers Jakob Wackerl in München, nichts von der Verpulverung von 50 Millionen durch die von dem deutschnationalen Geheimrat Dietrich geleitete Raiffeisenbank, nichts von dem Mißbrauch staatlicher Ruhrhilfegelder zur Erkaufung von Ehrendoktorhüten durch Vorstandsmitglieder des Eisen- und Stahlwaren-Industriellen-Verbandes, nichts von der Verschleuderung von Landbundgeldern für die schwarze Reichswehr, nichts von der Mißwirtschaft und den Unterschlagungen in der dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gehörenden Herrschaft Flatow-Krojanke, nichts von den Zusammenbrüchen nichtjüdischer Bankgeschäfte, wie des Bankhauses Eckert in München und der Bankiers Haindl und Webersink in Ebersberg bei München, nichts von den Skandalen beim sächsischen Volksnotopfer, in die Freunde des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Killinger verwickelt waren, nichts von dem Stahlhelmführer Louis, der Gelder, die 1925 für die

Opfer des Grubenunglücks auf der Zeche „Minister Stein" gesammelt waren, dem Stahlhelm zuschob, nichts von den Zusammenbrüchen zahlreicher Landbundgenossenschaften, worin einige auch durch Geschäfte mit dem Stahlhelm erhebliche Summen verloren hatten.

Skandale hat es immer gegeben. Sie haben mit dem parlamentarisch-demokratischen System an sich so wenig zu tun wie eine Oelsardine mit Beethovens neunter Symphonie.

Im übrigen sind die Nationalsozialisten die letzten, die das Recht haben, anderen den Vorwurf der Korruption zu machen. Denn dort, wo sie etwas zu sagen haben, finden wir bei ihren Führern ganz ähnliche Erscheinungen.

So hat der nationalsozialistische Stadtverordnete **Stegemann** in Stralsund das ihm übertragene Ehrenamt eines Sparkassenvorstandes zur Durchführung anrüchiger privater Makler- und Provisionsgeschäfte mißbraucht, so daß er von seinem Amte enthoben werden mußte. (Mecklenburgische Volkszeitung v. 10. 5. 29.)

In Koburg, das von einer nationalsozialistischen Stadtratsmehrheit regiert wird, haben sich in den wenigen Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft schon einige recht unerfreuliche Affären abgespielt. Der nationalsozialistische Stadtrat **Schwede** hat sich in das Beamtenverhältnis überführen lassen, der nationalsozialistische Stadtrat **Faber** hat nach der Wahl die Führung eines Prozesses für die Stadt übernommen, der nationalsozialistische Stadtrat **Bernhardt** hat in einer vertraulichen Sitzung von der Absicht der Stadtverwaltung, ein Grundstück zu erwerben, Kenntnis erhalten und bei der Beschlußfassung mitgewirkt. Diese Kenntnis benutzte er hinterher, um das Grundstück zu einem Vorzugspreis für sich zu erwerben. Der nationalsozialistische Stadtrat **Streng** hat sich von der Stadtverwaltung einen Lieferungsauftrag geben lassen. Alle diese Behauptungen sind gerichtlich nachgeprüft und als wahr erwiesen. (Vorwärts v. 26. 4. 1930.) Der nationalsozialistische Stadtrat **Linke** hat durch seinen Kollegen **Schmidt** die Beschlagnahme einer Wohnung in einem Hause gefordert, das er kaufen wollte und später auch gekauft hat, um so den Kaufpreis durch Entwertung des Hauses herabzudrücken. (Coburger Volksblatt v. 9. 5. 1930.)

In Nürnberg hat der nationalsozialistische Stadtrat und Buchdruckereibesitzer **Liebel** unmittelbar nach seiner Rede im Stadtrat, in der er gegen die Vergebung städtischer Aufträge an Stadtratsmitglieder auftrat, sich vom städtischen Verkehrsamt einen Druckauftrag von RM. 10 000 geben lassen. (Fränkische Volkstribüne v. 8. 2. 1930.)

D17 Wirtschaftsskandale

In Neustadt bei Koburg hat sich der nationalsozialistische Stadtrat **Steiner** die Eierlieferung für das städtische Krankenhaus übertragen lassen, unter der Bedingung, daß er die Eier jeweils um einen Pfennig billiger als der ortsübliche Handel liefere. Er hat sich aber in einer Zeit, in der dort die Eier allgemein RM. 0,12 kosten, von der Stadt für seine Eier RM. 0,14 zahlen lassen. (Fränk. Volkstribüne v. 15. 2. 1930.)

Die nationalsozialistischen Korruptionstöter täten gut daran, wenn sie vor ihrer eigenen Türe kehren würden. Es gibt dort genug.

Wie wenig übrigens die Nationalsozialisten bemüht sind, vorhandene Wirtschaftsskandale ernsthaft aufzuklären, zeigt ihr Widerstand gegen die parlamentarische Untersuchung des Raiffeisen-Skandals, die der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Ley im preußischen Landtag als „jüdische Schiebung" bezeichnete. Dabei hat gerade diese Untersuchung die Zusammenhänge bei der Raiffeisen-Bank erst restlos geklärt. Allerdings sind dabei politische Bundesgenossen der NSDAP. unter die Räder gekommen.

Die Hetze gegen Hindenburg

Eine besonders widerliche Hetze entfachen die Nationalsozialisten seit langem gegen den allverehrten Reichspräsidenten von Hindenburg. Schon im Herbst 1929 schrieb Graf **Reventlow** im Reichswart:

> Und wenn wir ein Gesetz wollen, das Landesverrat als Landesverrat bestraft, so ist es uns vollkommen gleichgültig, ob dadurch auch jemand getroffen werden könnte, der eine Vergangenheit und Eigenschaften hat, wie in diesem Falle Hindenburg.

Am 1. 11. 29 nannte der nationalsozialistische Redakteur Herbert **Blanck** in den Nationalsozialistischen Briefen Hindenburg eine „Staffage der Börse", eine „Fachfigur", ein „Mittelmaß". Er überschrieb seinen Artikel mit dem kennzeichnenden Titel „Der verstaubte Heros".

Zur Jahreswende 1929/30 brachte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. **Goebbels** in seinem „Angriff" einen Hetzartikel gegen Hindenburg unter der Schlagzeile „Lebt Hindenburg noch?" Dieser Artikel wurde noch unterstrichen durch eine Zeichnung, die Hindenburg halb nackt als alten Barbarenfürsten darstellte, der schmunzelnd sein Volk in die Sklaverei ziehen läßt.

Besonders heftig wurden die Angriffe gegen Hindenburg, als dieser den Youngplan unterzeichnet hatte. Am 11. 3. 30 erklärte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Hauptmann a. D. **Goering** in einer Versammlung in Berlin-Schöneberg:

> Hindenburg scheint ganz vergessen zu haben, welche Parteien ihn auf seinen Platz erhoben haben, daß es die Nationalen gewesen sind, die er jetzt durch Bearbeitung des Zentrums in gemeinster Weise verraten hat. Daher ist mit dem heutigen Tage das Tischtuch zwischen den N. S. und Hindenburg endgültig zerschnitten. Aus Hochachtung ist Haß geworden, ein Kampf bis aufs Messer ist entbrannt, in dem es ein Zurück nicht mehr geben kann.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. **Goebbels** überbot diese Hetze noch in einer Versammlung am 14. 3. 30 in Berlin-Wedding **), wo er unter anderem erklärte:

> Durch dieses Eingreifen ist das Tischtuch zwischen dem Reichspräsidenten und den N. S. zerschnitten, die große Atrappe zerfallen, nur noch Haß könne das Empfinden gegen ihn sein.

**) Als das „Berliner Tageblatt" am 18. 3. 1930 diese Rede Goebbels veröffentlichte, sandte er ihm ein lendenlahmes Dementi (B. T. 20. 3. 1930), und wollte es auf einmal nicht gewesen sein. Als aber das Blatt bei seiner Darstellung blieb, zog er es vor zu schweigen.

Hindenburg hat aufgehört ein Mann, eine achtunggebietende Persönlichkeit zu sein . . . dazu dann noch die niederträchtige Mahnung an das Deutsche Volk, um die Unterschrift zu begründen. Jeder einzelne Satz sei eine Niederträchtigkeit . . . Es wäre ein Skandal, daß ein Mann von über 80 Jahren, der schon mit einem Bein im Grabe steht, Generationen, die noch nicht einmal geboren seien, derart versklavt hätte . . . Die „langersehnte Freiheit" sei auch so ein Gebilde, das nur im Gehirn eines Greises bestehen könnte . . . und nun „in der großen Schule der Pflichterfüllung, in der alten Armee" da habe Hindenburg scheinbar nichts gelernt . . . für ein „Deutschland über alles" im hindenburgschen Sinne bedanke sich das Volk.

In dieser Versammlung fielen folgende bezeichnende Zwischenrufe:

Hindenburg hat Gehirnerweichung, er ist völlig verblödet! .. Dieser Verräter! . . . Hindenburg hat für die Unterschrift unter den Youngplan von den Sklareks Geld bekommen!

Am 15. 5. 1930 erklärte der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Dr. **Ley** in Königsberg in Ostpreußen unter eindeutiger Bezugnahme auf Hindenburg:

Alles „Alte" müsse man ausrotten, wenn Neues werden muß. Darum sei die Partei von Hindenburg abgerückt.

Zu Hindenburgs Botschaft an das Deutsche Volk schreibt der **„Völkische Beobachter"** unter der Ueberschrift: „Ein Dokument des schlechten Gewissens"

Der Staatsgerichtshof des kommenden Dritten Reiches wird die Köpfe derjenigen fordern, die diese Gesetze mit ihrem Namen gedeckt haben.

In der „Dialektecke" des Angriffs (1930, Nr. 22) endlich wird noch um einen Ton robuster und gemeiner gegen Hindenburg gehetzt. Dort finden wir Sätze wie:

„Alta schützt vor Dovheit nicht. ." „Ick habe mein Hindenburchbild, steht so ja sein eijnhendja Namszuch drunta, schon zwee Jahre von de Wand jenom, jestan hab icks in Ofn jesteckt. Ick habe ooch „Befreia" jespielt, ick habe mir von Hindenburchen befreit."

Auf der Titelseite der gleichen Angriffnummer wird endlich die Unterzeichnung des Republikschutzgesetzes durch Hindenburg als Landesverrat bezeichnet.

Welche Früchte diese Hetze zeitigt, das lehrt ein empörender Vorfall, der sich kürzlich vor den Toren Berlins zugetragen hat. Der berüchtigte Horst Wessel-Sturm der Berliner NSDAP. hat in Mehrow in einer Gastwirtschaft in der er anläßlich eines Propagandamarsches einkehrte, ein Hindenburgbild entdeckt. Unter

tobenden Rufen wie „Nieder mit dem Hallunken!", „Auf den Schindanger mit dem Verräter!" rissen die völlig betrunkenen S.-A.-Leute das Bild herab und schleppten es in den Garten. Hier befestigten sie es an einem Baum, stachen ihm beide Augen aus und verbrannten es schließlich unter den Rufen „Zu Tode mit dem Judenknecht!" „Zur Hölle mit dem Verräter!". Anwesende Stahlhelmer veranlaßten die polizeiliche Feststellung der Uebeltäter, die sich nun wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten haben. Dieses Verfahren geht weiter und zeigt, wie wenig von dem nationalsozialistischen Dementi hinsichtlich dieser Vorgänge zu halten ist.

In dieser Weise agitiert „die Partei der Frontsoldaten" gegen den einstigen Feldmarschall des Weltkriegheeres!

Bei der Beratung des Republikschutzgesetzes im März 1930 brachten die Nationalsozialisten ein „Gesetz zum Schutz der Deutschen Nation" ein, das in § 6 bestimmt:

> Wer lebende oder tote deutsche Nationalhelden, Heerführer .... öffentlich beschimpft, verächtlich macht oder in Aergernis erregender Weise mißachtet, wird mit Zuchthaus, und in Fällen, die von besonderer Roheit und Gemeinheit der Gesinnung zeugen, daneben mit körperlicher Züchtigung bestraft.

Wieviele der nationalsozialistischen Hetzer gegen Hindenburg bekämen da wohl Prügel?

Die Sexualschnüffelei gehört zu den beliebtesten nationalsozialistischen Agitationsmitteln. Das Nürnberger Blatt der Nationalsozialisten, der „Stürmer", lebt überhaupt seit Jahren von nichts anderem als von der dauernden Wiederholung dreier Sittlichkeitsverbrechen, die vor langen Jahren von Juden begangen wurden. Diese Verbrechen werden immer wieder bis ins letzte widerliche Detail geschildert und sogar gezeichnet. Deswegen kaufen Halbwüchsige lüstern das Blatt. Das Wühlen in sexuellen Perversitäten, ein vornehmes Agitationsmittel! Weil 3 von 560 000 deutschen Juden als Sittlichkeitsverbrecher verurteilt sind, wagt es der „Stürmer", die gesamten deutschen, ja sämtliche Juden der Welt als Sittlichkeitsverbrecher hinzustellen. Eine würdige Methode!

Wie sehr die Nationalsozialisten aber gerade in dieser Beziehung vor der eigenen Türe kehren müßten, zeigt folgende Liste:

Hans **Bey**, nationalsozialistischer Agitator in Nürnberg, September 21, sechs Monate Gefängnis wegen Sittlichkeitsverbrechen an Kindern.

Adolf **Schmalix, nach dem Hitlerputsch führender Nationalsozialist**, jetzt Führer einer völkischen Splitter- und Skandalpartei in Erfurt, drei Monate Gefängnis wegen wissentlicher Uebertragung von Geschlechtskrankheiten.

Friseur **Firsching**, nationalsozialistischer Agitator in Nürnberg, 1926 sieben Monate Gefängnis wegen unzüchtiger Handlungen an einem neunjährigen Mädchen und an seinem vierzehnjährigen Lehrling.

Lüdecke, nationalsozialistischer Delegierter bei Mussolini, wegen Sittlichkeitsvergehen Landesverweisung.

Studienrat **Gentner**, Agitator der NS. in Dillingen, 1924 wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet.

Franz **Kirschthaler**, nationalsozialistischer Agitator in München, wegen widernatürlicher Unzucht sechs Wochen Gefängnis.

Erich **Miermann**, Teilnehmer am NS.-Parteitag in Nürnberg 1929 verführt dort zwei Mädchen, entführt sie und läßt sie dann hilflos auf der Straße sitzen. Vierzehn Monate Zuchthaus wegen Kindesraub.

Beressem, Leiter der nationalsozialistischen Geschäftsstelle in Koblenz, vierzehn Tage Gefängnis, weil er sich auf dem Koblenzer Friedhof (!) an einem jungen Mädchen unsittlich vergangen hat.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Holzwarth schrieb am 21. 8. 24 in der „Deutschen Presse" über seinen Parteigenossen **Streicher**, ohne deswegen bisher von ihm verklagt zu werden:

Zu Streichers moralischer Einschätzung ist noch folgender Fall bemerkenswert. Streicher verkehrte seinerzeit viel in der Familie eines Arztes Dr. J. in F. . . . der ihm sein Auto sehr häufig zu Versammlungen zur Verfügung stellte.

D19 Sexualverbrecher

Meist fuhr die Frau Doktor im Auto mit. Und so entspann sich allmählich etwas, das zu nachstehenden Folgen führte: Eines Tages kam Streicher mit einem Auto von Nürnberg nach J.; die Frau Doktor stieg zu ihm hinein- und ward nicht mehr gesehen. In J. natürlich. Denn in Nürnberg ward sie noch sehr oft an der Seite Streichers gesehen, in öffentlichen Lokalen, Bars und Dielen. Nun ist die Ehe des Dr. J. geschieden. Damals warfen uns die Juden dies öffentlich vor: das sind die Völkischen, saubere Lait, die Anderen Moral predigen und selber die Frauen ihrer eigenen Parteigenossen verführen.

Der frühere Kölner Parteisekretär **Kayser** der NS. behauptete in einem Schriftsatz an die Reichsparteizentrale in München, daß der Kreis um den Kölner NS.-Führer Dr. Ley, in Versammlungen gesammelte Gelder bei Wein und im Kreis schöner Frauen in den anrüchigsten Straßen von Köln verpulvert haben.

Der frühere nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Dr. **Dinter** behauptete in seiner Zeitschrift das Geistchristentum:

Es ist für die völkische Bewegung völlig belanglos, wo unsere Gegner, auch wenn sie Minister sind, ihre Nächte verbringen. Nicht aber ist es belanglos, wo und wie unsere völkischen Führer ihre Nächte verbringen! **Solange man in der nationalsozialistischen Partei, vor allem in ihrer Leitung, keine Moral kennt, sollte man über solche Sachen lieber schweigen.**

Dinter muß ja seine Nazis kennen!

Beschimpfung von Toten

Jedem anständigen Menschen ist die Achtung vor dem Toten heilig. Die Nationalsozialisten aber kennen auch dieses primitivste Gefühl des menschlichen und politischen Anstandes nicht. Sie führen ihren Kampf nicht nur gegen Lebende, sie beschimpfen in gemeinster Weise auch Tote.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Julius **Streicher** schrieb nach dem Tode des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Paul Levi im „Stürmer" (16. 2. 1930):

> Der Fememordjude ist tot. Es war morgens um 5 Uhr, da machte Paul Levi der an Grippe erkrankt war, einen Sprung aus seinem Fenster. Das hielt seine Wirbelsäule nicht aus. Sie brach auseinander und das veranlaßte ihn, seinen Talmudgeist aufzugeben . . . Ueber die Ursache seines Todes ist man verschiedener Meinung. Die Einen sagen, Paul Levi hätte den eigenen Rassegeruch nicht mehr ertragen können, er sei zum Fenster hinausgestürzt, um frische Luft zu schöpfen, und dabei sei er hinausgeflogen. Andere meinen wieder, daß stetige und gewaltige Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung habe ihn so in Verzweiflung gebracht, daß er es vorgezogen hat, in Abrahams Schoß zu flüchten. Paul Levi redete wohl mit den Händen, aber arbeiten sah man ihn damit noch nicht. Auch wir bedauern lebhaft, daß Paul Levi tot ist. Wir bedauern es, daß der kommende nationalsozialistische Staatsgerichtshof sich nicht mehr mit ihm befassen kann. Paul Levi wäre zweifellos an einen der höchsten Galgen gehängt worden.

Auch nach Stresemanns Tod war Streicher zur Stelle. Er erklärte im Münchener Bürgerbräukeller:

> Man darf sich nicht über den frühen Tod Stresemanns wundern, denn bei einem so guten Leben, wie es Stresemann geführt hat, kommt der Tod immer früher. Die Kopfbildung Stresemanns ist der Schlüssel zu seinem Handeln. Das Mongolengesicht hat die Verschlagenheit offen kund getan. Er wird jetzt als großer Europäer bezeichnet, aber das ist gleichbedeutend mit Verräter und Werkzeug der Juden.

Dazu schreibt die „Bayerische Staatszeitung" mit vollem Recht:

> Den anständigen Menschen faßt tiefster Ekel an, wenn er sich mit solch unglaublichen Roheiten beschäftigen muß. Ein Mann, der es fertig bringt, eine Woche nach dem Tode eines Reichsministers so zu reden, verdient tiefste Verachtung. Die große Oeffentlichkeit muß sich aus reinem Anstandsgefühl dagegen wehren und verwahren, daß so ein Mann eine Vorzugsstellung einnehmen kann, wie sie in der Immunität eines Abgeordneten gegeben ist. Es ist einfach untragbar, daß der in der Immunität gelegene Schutz es ermöglicht, das zu tun, was man nur in den untersten Gründen der Kloaken vorzufinden gewohnt ist. Es graut dem Freund der Jugend geradezu, zu wissen, daß der Redner noch vor kurzem Jugenderzieher war und ihm die Kinder christlicher Eltern anvertraut waren. „Pfui, Teufel!" ist nur der mildeste Ausdruck für das, was zu so einer Leistung zu sagen wäre *).

*) Zitiert nach Coburger Volksblatt v. 14. 10. 29.

Der nationalsozialistische „Donaubote" in Ingolstadt schrieb am 3. Oktober:

> Deutschlands Außenminister, Gustav Stresemann, Inhaber des Kontos S. Gustav wurde, wie an den Telegrammtafeln heute früh zu lesen war, vom Schlage getroffen. Ein Aufatmen geht durch das nationaldenkende deutsche Volk, daß Stresemann nicht mehr ist und daß Gott soviel Erbarmen zeigte, ihn aus seiner fluchwürdigen Tätigkeit jäh herauszureißen. Wir als Nationalsozialisten haben nur zu bedauern, daß es uns nicht mehr vergönnt war ihn, den Volksverschacherer, vor die Schranken eines Staatsgerichtshofes zu schleppen.

Der „Angriff" schrieb am 13. 10. 29:

> Justav Silbastreif is ja nu ooch jlücklich dot. Nee, also det is ne Trajödje direkt. Wir senkn vor dem jroßen Totn rittalich den Degn schreibnse! Ick kiek ma um, ach da hängt ja noch der Sebel von unsen Vata, als sa bei die Moabita Jardeartlerie wa. Ick nehm det Ding runta, pack Stresemann sein Bild anne Wand, unn fange, rittalich mein Dejn zu senkn unn da is mir direkt mies jewordn. Erstns mal wollt ick die ollen Ritta nich beleidjen, denn ick finde, man kann bloß een Ritta wie een Ritta behandln, nu hab ick bei de Uebung des Jesicht jesehn unn, wie jesacht, da is mir anders jewordn . . . Teura Freund, wenn wieda mal sowat is, denn werd ick zur Feia des Tages Rohrstüle in Kaffee stippn unn det Treppnjelenda anknabban, vielleichte jenücht det.

Der Völkische Beobachter brachte zum Tode Stresemanns unter dem Titel „Nach dem Tode des Geschäftsführers" einen Artikel vom Chefredakteur Rosenberg, der bei dieser Gelegenheit nicht nur Stresemann, sondern auch den toten Reichspräsidenten Ebert schmäht. Er schreibt:

> Wie wir zu Eberts verfaultem Blinddarm gekommen sein sollen, weiß daher nur die streng rituelle Vorwärtsredaktion.

Kein Wunder, daß angesichts dieser Sprache die Anhänger und Mitläufer der Bewegung ihre Führer noch zu übertrumpfen suchen.

In Gerolzhofen bei Schweinfurt wurden im Jahre 1927 im jüdischen Friedhof fünf Grabsteine umgeworfen und die Leichenhalle besudelt. Einer der beiden Täter war Nationalsozialist und erhielt zwei Monate Gefängnis. In Gladbeck verwüsteten zwei Jugendliche den jüdischen Friedhof. Sie waren kurz vor der Tat aus der NSDAP. ausgetreten, weil ihnen die Partei angeblich nicht radikal genug war. Sie wurden mit Gefängnis bestraft.

In Göttingen erhielt ein Nationalsozialist einen Monat Gefängnis, weil er einen am Gefallenendenkmal niedergelegten Kranz in nicht wiederzugebender Weise besudelte.

DI 10 Beschimpfung von Toten

In den letzten Jahren wurden in Deutschland mehr als 80 jüdische Friedhöfe geschändet. In nur ganz wenigen Fällen konnten die Täter ermittelt werden, weil die Schandtaten meist im Dunkel der Nacht verübt wurden. In den ermittelten Fällen handelte es sich meist um Täter, deren fanatische Judenfeindschaft selbst vor der feigen Störung der Totenruhe nicht Halt machte. Die N. S. beklagen sich, daß die öffentliche Meinung sie für die indirekten Urheber solcher unmenschlicher Ausschreitungen hält, weil diese sich nur aus der systematischen Judenhetze erklären lassen.

Man hat sehr, sehr lange im nationalsozialistischen Lager geschwiegen und kein scharfes Wort gegen die Vandalen gefunden. Deshalb dürfen die nationalsozialistischen Führer sich jetzt nicht beklagen, wenn man die Taten fanatischer Elemente auf die besonders von der NSDAP. gepflegte Judenhetze zurückführt.

Der NSDAP. sind die Friedhofsschändungen so peinlich, daß sie in ihre Entlastungs-Offensive sogar zu bewußten Unwahrheiten greift.

So behauptet sie, der Polizeivizepräsident von Berlin Dr. Weiß habe erklärt, er habe nie von Friedhofsschändungen gehört.

In Wirklichkeit hat Pol.-Vizepräsident Dr. Weiß in einem Strafverfahren gegen den NS.-Abgeordneten Straßer erklärt, in Berlin seien Friedhofsschändungen nicht vorgekommen.

Die Frage, ob er sonst **amtliche** Kenntnis von Friedhofsschändungen erhalten habe, hat Pol.-Vizepräsident Dr. Weiß mit der Begründung verneint, daß sein Amtsbereich sich nur auf Berlin erstrecke und er daher **amtlich** nur von Berliner Vorgängen Kenntnis haben könne.

Die Nationalsozialisten verdächtigen ferner sogar die Juden, ihre eigenen Friedhöfe geschändet zu haben, ohne allerdings auch nur den Schatten eines Beweises erbringen zu können.

Niederträchtige Schmähungen und Kampf gegen wehrlose Tote! Und das nennt man Kampf mit „geistigen" Waffen!

DI 10 Beschimpfung von Toten

Die Unaufrichtigkeit der Regierungsstürzerei

Die Nationalsozialisten tun sich viel darauf zugute, daß sie am 18. Juli 1930 im Reichstag mitgeholfen haben, die Auflösung zu erzwingen.

Sie wollten die Regierung stürzen und führten dabei als einen ihrer Gründe die von der Regierung vorgesehene Kopfsteuer an. Das sah ungeheuer volksfreundlich aus. Die gleiche Kopfsteuer aber haben die Nationalsozialisten in Thüringen mit beschlossen. Sie behaupten allerdings, das sei etwas ganz anderes. So erklärte der Berliner NSDAP.-Agitator Dr. von Leers am 23. 7. 30 in einer Versammlung in Berlin-Tempelhof:

> Und dann kommt die ungeheuerlichste Steuer, die ungerechteste, die es gibt, die Kopfsteuer. Man wird mir einwenden, daß ja auch unser Minister Frick in Thüringen diese Kopfsteuer eingeführt hat. Hier handelt es sich aber auch darum, mit dem Aufkommen dieser Steuer etwas zu erreichen, einmal eine kraftvolle Machtposition zu schaffen, von der aus wir den Kampf weiterführen können.

Die Kopfsteuer ist also nicht die „ungeheuerlichste und ungerechteste" Steuer, wenn sie dazu dient, einigen nationalsozialistischen Funktionären eine wohlbestellte Futterkrippe zu erhalten.

Eine ähnlich politisch unaufrichtige Regierungsstürzerei trieben die Nationalsozialisten auch in Sachsen. Sie stürzten das bürgerliche Kabinett Bünger unter nichtigen Vorwänden, sie nahmen unter ähnlichen nichtigen Vorwänden gegen das Kabinett Schieck Sellung, obwohl sie in Sachsen nichts anderes erstrebten als eine bürgerliche Regierung, die mit ihnen zusammenarbeitete. Dazu waren Bünger und Schieck bereit. Das Einzige, worüber die Nationalsozialisten und die bürgerliche Regierung in Sachsen sich nicht einigen konnten, war die Zahl der hohen Pöstchen. Der Drang zur Futterkrippe ist eben auch bei den sächsischen Nationalsozialisten so heftig, daß sie ein Kabinett nach dem anderen stürzen, nur, weil sie nicht so viel Ministerposten erhalten, wie sich ihre Führer erträumen.

Vor der Oeffentlichkeit gebärden sie sich aber immer so, als ob ihr Sturmlaufen gegen die verschiedenen Regierungen aus purer Volksfreundlichkeit erfolgte, um irgendwelche volks- oder arbeiterfeindlichen Maßnahmen dieser Regierungen zu verhindern. Wie es in Wirklichkeit mit dieser Volksfreundlichkeit steht, geht eindeutig daraus hervor, daß sie erst vor wenigen Wochen die paar Leute, die es ernst mit der Verwirklichung der arbeiter- und volksfreundlichen Versprechungen meinten, aus der NSDAP. herausgeworfen haben.

Die Überheblichkeit der NSDAP

Auf der einen Seite verlangen die NSDAP.-Führer Kadavergehorsam von ihren Anhängern, auf der anderen Seite haben sie von sich selbst die allerbeste Meinung.

Im Hitler-Prozeß erklärte Adolf Hitler sich selbst für den „besten Deutschen".

In dem Koburger Gespräch Hitlers mit Dinter, daß dem Ausschluß Dinters aus der Partei voranging, nahm Hitler Unfehlbarkeit in politischen Dingen für sich in Anspruch.

In seiner Unterredung mit Dr. Otto Straßer am 31. 5. 30 (wiedergegeben in „Der Nationale Sozialist" vom 11. Juli 1930) verwahrte sich Hitler leidenschaftlich dagegen, daß man die nationalsozialistische Idee höher stellte als ihn, den Führer, und ihn dadurch herabsetze.

> „Bei uns ist Führer und Idee eins, und jeder Parteigenosse hat das zu tun, was der Führer befiehlt! . . .

Bezeichnend für die Selbstüberschätzung, die die nationalsozialistischen Führer sich und ihrem Tun und Treiben entgegenbringen, ist auch eine Aeußerung des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels, über die nationalsozialistischen Kampfschatzmarken (abgedruckt in „Der Donaubote" vom 21. 7. 30). Es heißt darin unter anderem:

> Auch die Markensammler werden sich unserer Kampfschatzmarken mit Interesse bemächtigen, sind es doch die ersten Briefmarken des kommenden Dritten Reiches.

Der Führer, der politische Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nimmt, die schon jetzt gedruckten Briefmarken des Dritten Reiches, all das ist ein treffliches Zeichen dafür, daß die Nationalsozialisten bei der Beurteilung ihres eigenen Treibens alle Maßstäbe verloren haben.

Die Folgen der Bluthetze

Die nationalsozialistische Presse treibt seit Jahren eine unerhörte Hetze gegen ihre politischen Gegner. Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Tag für Tag lesen wir in den Zeitungen, daß da oder dort Nationalsozialisten politische Gegner überfallen oder gar ermordet haben.

Anfang Oktober 1929 überfielen die Nationalsozialisten in Schweidnitz eine Versammlung und mißhandelten 36 Personen schwer.

Anläßlich des Nürnberger Parteitages Anfang August 1929 überfielen 120 Nationalsozialisten einen jungen Mann und schlugen ihn mit brennenden Fackeln. Andere Nationalsozialisten überfielen eine Frau und ein kleines Kind. Mehrere Wohnhäuser wurden von Nazitrupps gestürmt, deren Führer riefen: „Schlagt nur hinein, ganz gleich, wer es ist." Auch eine Trauerversammlung wurde von Nationalsozialisten auf dem Nürnberger Westfriedhof überfallen. Straßenbahnwagen wurden gestürmt, mit brennenden Fackeln beworfen, Straßenbahnbeamte wurden mißhandelt.

Im Januar und Februar 1930 wurden in ganz Deutschland von Nationalsozialisten 34 Ueberfälle verübt. In Berlin überfielen die Nationalsozialisten im Laufe dieses Jahres, das heißt bis zum 25. Mai 1930, 70 mal ihre Gegner. Zahlreiche Schwerverletzte und sechs Tote sind die Opfer dieser Ueberfälle. So erschossen die Nationalsozialisten den Kommunisten Roß, so überfielen in Berlin-Röntgental Nationalsozialisten, darunter 14jährige, schwerbewaffnete Schulbuben, eine Reichsbannerversammlung, wobei ein Mann getötet und zwei schwer verletzt wurden.

In der Naugarder Straße in Berlin schossen die Nationalsozialisten in der Nacht vom 16. auf 17. Mai 1930 zwei Arbeiter mit Dum-Dum-Geschossen nieder. Zur gleichen Zeit überfielen in Berlin-Schöneberg nationalsozialistische Horden den Zeitungshändler Heimbürger. Sie stachen ihn nieder und trampelten den Schwerverletzten tot.

Im Jahre 1929 wurden in Preußen 113 Versammlungen von Nationalsozialisten gesprengt, im ersten Vierteljahr 1930 in Berlin allein sechs.

Die Synagoge am Kottbusser Damm in Berlin wurde von nationalsozialistischen SA.-Leuten, also von der „Elite der Bewegung", Nachts mit judenfeindlichen und mordhetzerischen Inschriften beschmiert. Die Täter, die sämtlich dem Sturm 27 der Berliner SA. angehörten, kamen gerade von einem „Lumpenball".

Mordüberfälle, Gewalttaten, Tempelschändungen, das sind die Kampfmethoden dieser „sittlichen Erneuerer Deutschlands".

D II 1 Bluthetze

Terror gegen die Brüder von gestern

Die nationalsozialistische Spaltung im Juli 1930 hat sehr schnell dazu geführt, daß die Methoden des blutigen Terrors gegen die ausgeschlossenen und ausgetretenen Nationalsozialisten angewendet wurden. Nationalsozialistische SA.-Leute müssen auf Befehl ihrer Führer heute mit den rüdesten Terrormethoden gegen Kameraden vorgehen, mit denen zusammen sie noch vor wenigen Tagen Schulter an Schulter kämpften.

Schon am 2. Juli 1930 klagte der Leiter der nationalsozialistischen Führerschulen des Gaues Brandenburg der NSDAP., Wilhelm Korn, in „Der Nationale Sozialist" Nummer 108, daß die Berliner Gauleitung gegenüber dieser Zeitung eine „Niederknüppelungstaktik" betreibe. Er sprach von einer „Sozialistenverfolgung innerhalb der NSDAP." und erzählte dann, daß ihn ein „Rollkommando" aus der Generalmitgliederversammlung entfernt habe. Das Vorgehen gegen die Opposition charakterisiert die genannte Zeitung in der gleichen Nummer:

> Das ist Stalinismus in Reinkultur . . . Diese Art, Opposition niederzuhalten durch Scharen von SA.-Leuten, die sogar Stenogramme mit Gewalt fortnahmen, diese bisher in Moskau übliche Art ist nicht neu und auch nicht zweckvoll.

Am 5. 7. 30 veröffentlichte „Der Nationale Sozialist" folgende Erklärung von Otto Straßer und Major Buchrucker:

„Knüppelt sie nieder!"

> Mit diesen Worten hat der Berliner Gauführer, Dr. Goebbels, der NSDAP. mangels geistiger Waffen den Kampf gegen die Revolutionären Nationalsozialisten eingeleitet.
>
> In Befolgung dieser Mordparole hat eine Gewalthetze gegen unsere Zeitungshändler und gegen unsere als revolutionäre Nationalsozialisten bekannten Freunde eingesetzt. Wir machen Dr. Goebbels menschlich und juristisch für jede einzelne derartige Gewalttat persönlich verantwortlich.

Anfang Juli kam es in einer Mitgliederversammlung der NSDAP. in Eisenach zu Angriffen der Opposition gegen die von Frick eingeführte Negersteuer. Die Opponenten wurden darauf von SA.-Leuten aus dem Saal geprügelt.

Am 8. 7. 30 wurde der Zeitungshändler des „Nationalen Sozialist" in Berlin am Ufapalast am Zoo von Anhängern des Dr. Goebbels überfallen, niedergeschlagen und schwer mißhandelt.

Am 11. 7. 30 wurde der älteste nationalsozialistische Zeitungshändler Berlins, Zavitalsky, am Alexanderplatz von dem Vertriebsleiter des „Völkischen Beobachter", Römer, mißhandelt und am Auge schwer verletzt.

Am 9. 7. 30 wurde ein Werber der „Revolutionären Nationalsozialisten" in Berlin in der Nähe des Friedrichshain von SA.-Leuten beschimpft und durch einen Messerstich in den Unterarm verletzt.

Am 13. 7. 30 sprengten SA.-Leute eine Versammlung revolutionärer Nationalsozialisten in Albersdorf (Schleswig-Holstein). Dabei wurde dem Major Buchrucker von Nationalsozialisten das Nasenbein eingeschlagen, mehrere andere Führer und Anhänger der revolutionären Nationalsozialisten wurden schwer mißhandelt. Der revolutionäre Nationalsozialist Bothmann wurde von SA.-Leuten durch das Fenster geworfen, so daß er beide Oberschenkel brach. Er trug lebensgefährliche Verletzungen davon.

Das sind die „geistigen" Waffen der NSDAP.!

Kadavergehorsam in der NSDAP

Die Nationalsozialisten sind stolz auf die bei ihnen herrschende Disziplin. Sie prunken dauernd damit, obwohl die Art und Weise, wie bei ihnen Unterordnung unter die Führer verlangt wird, mit Disziplin eigentlich nichts mehr zu tun hat, sondern nichts anderes ist, als die restlose Unterdrückung jedes selbständigen Denkens, die ödeste Uniformierung der Gehirne. Hitler selbst erklärte in seiner Aussprache mit Dr. Otto Straßer am 21.5.30 (abgedruckt in „Der Nationale Sozialist" Nr. 116 vom 11. 7. 30):

> Sie wollen jedem Parteigenossen das Recht geben, über die Idee zu entscheiden, sogar darüber, zu entscheiden, ob der Führer noch der sogenannten Idee treu ist oder nicht. Das ist schlimmste Demokratie, für die es eben bei uns keinen Platz gibt. Bei uns ist Führer und Idee eins, und jeder Parteigenosse hat das zu tun, was der Führer befiehlt . . .

Allerdings hat Hitler damit nicht überall Glück, denn gerade in den letzten Wochen haben eine Reihe von Nationalsozialisten gegen diese Unterdrückung jeder Persönlichkeit in der NSDAP. protestiert, und die Partei verlassen. Zu der Verfolgung der oppositionellen Elemente erklärte „Der Nationale Sozialist" in Nr. 108 vom 2. 7. 30:

> Wenn Herr Dr. Goebbels, der wohl die Verantwortung für den Ausschließungsbiereifer seines Expedienten Wilke trägt, in dieser Art fortfährt, dann dürfte der deutsche Begriff vom freien Mann und dem freien Gewissen aus den Reihen der NSDAP. wohl bald verschwunden sein, um einem orientalischen Sultanat Platz zu machen, das, auf den Knüppel gestützt, einen Untertanenstaat darstellt, an dem alle Despoten von Metternich bis Severing ihre Freude haben dürften.

Auch in Plauen (Vogtl.) haben sich mehrere Unterführer der NSDAP. gegen die Diktaturgelüste der Centrale und ihrer Organe aufgelehnt. Der Gauleiter Mutschmann hatte der Plauener Stadtverordnetenfraktion der NSDAP. den Befehl gegeben, gegen die Fortführung des Plauener Theaters zu stimmen. Dieser Befehl löste bei der Fraktionsführung ungeheure Empörung aus. Nach dem Bericht der „Volkszeitung für das Vogtland" vom 5. 7. 30 erklärte der nationalsozialistische Stadtverordnete Wolf:

> Das wäre noch schöner, wenn wir auf Befehl stimmen müßten! Hat Mutschmann die Partei aufgebaut, oder waren wir das?

Der Stadtverordnete Bucher rief nach der gleichen Quelle im Erfrischungsraum des Rathauses:

> Diesen verfluchten Kadavergehorsam bei uns mache ich nicht mehr mit!

Mehrere Stadtverordnete, die dem Befehl nicht Folge leisteten, wurden aber dann prompt aus der Partei ausgeschlossen. Selbstständig denken und der Stimme des Gewissens folgen, das darf man eben nicht in der NSDAP.

DIII 3 Kadavergehorsam

Kommunisten und NSDAP

Auf der einen Seite klagen die Nationalsozialisten in ihren Zeitungen fortgesetzt über das „Rotmordgesindel" und „die Blutschuld der KPD.".

Auf der anderen Seite arbeiten sie aber dauernd mit den Kommunisten zusammen. Der nationalsozialistische Abgeordnete Graf **Reventlow** hat schon 1923 in der „Roten Fahne" Artikel geschrieben, und zu einem Zusammengehen zwischen Links- und Rechtsbolschewisten aufgefordert. Wenn die Polizei pflichtgemäß gegen die Kommunisten vorgeht, so stellen sich die Nationalsozialisten immer wieder an die Seite der Kommunisten.

Zum Verbot der Hamburger Hungermärsche schrieb der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Joseph **Wagner** in einem Artikel in der Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz:

> „Ein furchtbarer Nachteil ist damit auch für uns verbunden. Er liegt im Nachlassen der Spannkraft und des Kampfwillens breitester Massen gegen Versklavung und Verelendung.

Die „Nationale Volkszeitung", Auerbach (Vgtl.), nennt am 3. 2. 30 das Verbot der kommunistischen Hungermärsche in Hamburg einen „nationalen Skandal, der zum Himmel stinkt" und schreibt:

> „Tatsächlich wird der Polizeisäbel ja nur mobilisiert gegen den deutschen Heloten des Finanzkapitals, der immer noch so frech ist, daß er sich mit seinem furchtbaren Schicksal nicht abfindet, sondern dagegen rebelliert."

In Ingolstadt veranstalteten Nationalsozialisten und Kommunisten Ende Februar 1930 gemeinsame Erwerbslosendemonstrationen.

In Wilkau in Sachsen verhalfen die Nationalsozialisten einem Kommunisten zu einem verantwortlichen Gemeindeamt.

Und während sich beide Parteien in Berlin mit Dolch und Revolver bekämpften, konnte der kommunistische Führer Thälmann Ende Mai 1930 auf dem kommunistischen Bezirksparteitag in Hamburg erklären:

> Es sei kein Zufall, daß die Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein ihr politisches Wirkungsfeld von der West- zur bisher ruhigen Ostküste verlegt hätten. Nach seinen Informationen soll in Heide auf einer nationalsozialistischen Konferenz erklärt worden sein, daß der Sturz des jetzigen herrschenden Systems eine Notwendigkeit sei und daß wenn die Kommunisten dazu übergehen würden, dieses Regime zu stürzen, die Nationalsozialisten nicht gegen sie auftreten wollen" (Voss. Ztg. 21. 5. 30).

E I Kommunisten

Die GPU., also die russische Tscheka schreibt über die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland:

> Es sei sehr richtig, daß die nationalsozialistische Bewegung unsere (d. h. die bolschewistischen) Bestrebungen unterstütze. Der Schreiber geht sogar soweit zu behaupten, daß der einfache Mann kaum einen Unterschied zwischen den beiden Arten der Propaganda erkenne (Aus einem Erlaß des Reichsministers Gröner vom 16. 4. 30).

Am 29. Oktober 1929 veröffentlichte der „Völkische Beobachter" den Aufruf eines nationalsozialistischen Arbeiters, in dem es unter anderem heißt:

> „Im Kampf gegen die SPD.-Betrüger würden wir uns selbst mit dem Teufel verbinden! Wir Nationalsozialisten sind ja auch bereit, wenn es gegen die internationalen Finanzhyänen und ihre Zutreiberparteien geht, uns mit Kommunisten und Deutschnationalen zusammenzutun.
>
> Ein nationalsozialistischer Arbeiter.

In Buchau erklärte im Herbst 1929 in einer Landbundversammlung ein nationalsozialistischer Agitator:

> Die Kommunisten sind mir zehnmal lieber als die Deutschnationalen. Auf dreimaliges Befragen wiederholte er dies dreimal (nach „Nationalsozialismus u. Bauerntum" v. Otto Weber, Weimar 1929, S. 34).

Auch der nationalistische Schriftsteller Ernst Jünger schätzt die Nationalsozialisten richtig ein und erkennt, daß sie eigentlich das gleiche sind wie die Kommunisten. Auch ihm ist der nationalsozialistische Kampf gegen die „kommunistischen Blutbestien" unverständlich. Jünger schreibt am 21. 9. 29 im „Tagebuch":

> Daher kommt mir eine Feindschaft, wie sie heute etwa zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten gepflegt wird, schon aus taktischen Gründen unverständlich vor. Sie ist ein Beweis, daß in diesen beiden Bewegungen noch viel mehr bürgerliche, am System interessierte Elemente sich verbergen, als sie selbst wahr haben möchten.

Sozialdemokratie und NSDAP

Der Haß der nationalsozialistischen Führer gegen die SPD. ist so maßlos, wie vielleicht nur der gegen die Juden. Adolf Hitler selbst geht in der maßlosen Beschimpfung der sozialdemokratischen Führer weit voran. In seinem Werk „Mein Kampf" schreibt er in Band I auf Seite 344:

> „So wenig eine Hyäne vom Aase läßt, so wenig ein Marxist vom Vaterlandsverrat."

Auf Seite 38 des gleichen Werkes nennt Hitler die Sozialdemokratische Partei eine „Pesthure". Bezeichnend ist, daß die Nationalsozialisten, die der SPD. die Beteiligung an der Novemberrevolution als „nationalen Verrat" anrechnen, darüber auch anders urteilen können. Am 4. 12. 29 schrieb der nationalsozialistische „**Donaubote**" in Ingolstadt:

> „Wir Nationalsozialisten sind nur gegen den 9. November 1918, weil er nichts, aber auch nichts vollbracht, nichts gehalten hat."

Ein anderes Paradestück der Nationalsozialisten gegen die SPD. ist die Behauptung, der sozialdemokratische Vorwärts habe von Jakob Goldschmidt RM. 800 000 erhalten.

> In Wirklichkeit hat der Vorwärts niemals geschäftliche Beziehungen zu Goldschmidt unterhalten Lediglich die Druckereigesellschaft, bei der der Vorwärts im Lohndruck hergestellt wird, hat 1926 bei der Darmstädter und Nationalbank, als ihrer regulären Bankverbindung (die Arbeiterbank bestand damals noch nicht) einen Kredit von RM. 820 000,— zu Umschuldungszwecken und zum Ankauf von Grundstücken aufgenommen. Die Verhandlungen wurden mit Direktor Lederhausen von der Danat geführt. Jakob Goldschmidt hatte von dem Geschäft überhaupt keine Ahnung. Die Kreditbedingungen waren nicht anders als bei den übrigen Kunden der Bank. Der Betrag ist inzwischen längst zurückbezahlt, Zeitungen, die die Behauptung, der Vorwärts habe von Goldschmidt Geld bekommen, gebracht hatten, sind wegen übler Nachrede verurteilt worden.

Diese grundsätzliche Abneigung gegen die † † † Marxisten läßt aber doch hin und wieder Ausnahmen zu. So hat der nationalsozialistische Abgeordnete **Kube** als er noch als Deutschvölkischer mit den Nationalsozialisten im Kampf lag, den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin um Schutz vor den nationalsozialistischen Versammlungsterror gebeten *). Der national-

*) Vgl. F. Kube.

sozialistische Stadtrat **Jakob** in Fürth hat sich in privaten Angelegenheiten dauernd vom sozialdemokratischen Arbeitersekretariat beraten lassen, später aber gegen die Gewährung eines städtischen Zuschusses an das Arbeitersekretariat gestimmt. (Fränk. Tagespost v. 18. 5. 1930.)

Die Nationalsozialisten übertragen ihren fanatischen Haß gegen die Organisationen der Arbeiterschaft übrigens nicht nur auf die SPD., sondern auch auf andere Arbeitervereine. Die nationalsozialistische Stadtratsmehrheit in Koburg hat seinerzeit einen einzigen Sparbeschluß gefaßt: die Streichung von RM. 300,— die früher dem Arbeitersamariterbund als Beihilfe gewährt wurden. Dabei mußten sich die Nationalsozialisten sogar von den Deutschnationalen sagen lassen, daß ein Samariterdienst nicht deshalb verwerflich sein könne, nur weil er von Arbeitern geschaffen sei.

In Thüringen weigert sich der nationalsozialistische Minister Dr. Frick, trotz eines Landtagsbeschlusses dem Arbeitersportkartell einen Zuschuß zu zahlen. Außerdem hat er alle Zuschüsse an Arbeiterhochschulen aus dem Etat entfernt.

Endlich führen die Nationalsozialisten einen erbitterten Kampf gegen die Selbstversorgung der Arbeiterschaft, also gegen die Konsumvereine, obwohl sie selbst den Genossenschaftsgedanken als eine deutsche Form des Sozialismus gegenüber dem „jüdischen" Marxismus bezeichnen. *)

Den wirklichen Schlüssel zum Verständnis ihres arbeiterfeindlichen Verhaltens bekommt man aber erst dann, wenn man sich die Liste ihrer industriellen Geldgeber ansieht.

*) Eine Genossenschaft ist immer ein sozialistisches (nicht marxistisches!) Unternehmen, weil die Geschäftsanteile nicht hoch sind und das Kapital daher von einer Masse von Menschen getragen wird, die an dem Geschäft selbst ein Interesse haben. Ob es sich dabei um **eine Konsumgenossenschaft**, eine Einkaufsgenossenschaft oder eine Genossenschaftsbank handelt, ist vollständig einerlei (Völk. Beobachter, Berliner Ausgabe v. 29./30. 5. 1930).

Demokraten und NSDAP

Die Nationalsozialisten haben die Demokraten von jeher bekämpft, aber in letzter Zeit führen sie diesen Kampf mit den rüdesten Methoden. So wurden im Winter 1929/30 zum Beispiel in Berlin verschiedene demokratische und jungdemokratische Versammlungen von den Nationalsozialisten erheblich gestört. Am 10. April wurde in Berlin-Schöneberg eine demokratische Versammlung gesprengt. Auch im Reiche wurden demokratische Versammlungen in letzter Zeit von den Nationalsozialisten aufs Korn genommen. So wurde 1929 eine demokratische Studentenversammlung in Göttingen, in der der Reichstagsabgeordnete Prof. Bernhard sprach, durch Werfen von Stinkbomben gestört. Die rüde Kampfesweise der Nationalsozialisten gegenüber der DDP. paßt schlecht zu der Art und Weise, wie die NSDAP.-Presse die Demokraten sonst als kleine und unbedeutende Partei hinzustellen sucht. Weil sie zu einer geistigen Auseinandersetzung unfähig sind, setzen sie sich mit Stinkbomben auseinander.

Besonders werfen sie den Demokraten ihre Presse vor, die sie als Judenpresse hinstellen. Dabei erscheint der größte Teil der demokratischen Zeitungen in nichtjüdischen Verlagen, lediglich die Besitzer des Mosse- und Ullstein-Verlages sind Juden, doch wird in ihren Zeitungen nicht jüdische, sondern eben demokratische Politik gemacht.

Wie unhaltbar übrigens das fortgesetzte Gerede von der Judenpresse ist, sei noch an einem einzigen Beispiel gezeigt. In der ganzen Provinz Ostpreußen gibt es 82 Zeitungen. Keine einzige von ihnen ist in den Händen eines jüdischen Verlegers, in der ganzen Provinz ist nur ein einziger jüdischer Redakteur tätig. Aehnlich liegen die Verhältnisse in den meisten anderen Landschaften Deutschlands. Es gibt nur sehr wenige jüdische Verleger und Redakteure vor allem bei der Provinzpresse.

Im übrigen haben die Nationalsozialisten schon wiederholt bei demokratischen Kreisen Anleihen gemacht. Ihr Parteiprogramm deckt sich in vielen Punkten fast wörtlich mit der von dem demokratischen Professor Dr. Preuß entworfenen Weimarer Verfassung. Auch verschiedene schul- und kulturpolitischen Forderungen, die gelegentlich von der NSDAP. erhoben werden, wurden schon vor ihnen von den Demokraten aufgestellt.

E III Demokraten

Zentrum und NSDAP

Mit besonderem Haß verfolgt die NSDAP. seit langem das Zentrum, weil von Zentrumsseite der unchristliche Charakter der nationalsozialistischen Radau- und Hetzpolitik immer wieder betont wurde. **Hitler** selbst wandte sich wiederholt gegen das Zentrum und auch gegen die katholische Geistlichkeit. In seinem Werk „Mein Kampf" schreibt er im ersten Band auf Seite 114:

> Ohne Zweifel war die nationale Widerstandskraft der katholischen Geistlichen deutscher Nationalität in allen das Deutschtum betreffenden Fragen geringer, als die ihrer nicht deutschen Amtsbrüder. Ebenso konnte nur ein Ignorant nicht sehen, daß dem deutschen Klerus eine offensive Wahrung deutscher Interessen überhaupt fast nie aber auch nur einfiel.

Drei Seiten später schreibt er dann:

> Der Protestantismus vertritt soweit von sich aus die Belange des Deutschtums besser (als der Katholizismus), soweit dies in seiner Geburt und späteren Tradition überhaupt schon begründet ist.

Als Zukunftsprogramm aber verkündet **Feder** (vgl. Programm S. 48):

> daß dereinst auch das deutsche Volk für seine Gotteserkenntnis, sein Gotteserleben diejenige Form finden wird, die sein nordisches Blutsteil verlangt: gewiß wird erst dann die Dreieinigkeit (!) des Blutes, des Glaubens und des Staates vollkommen sein.

Ueber das Zentrum aber erklärte der nationalsozialistische Provinziallandtagsabgeordnete **Terboven** in einer Versammlung in Dortmund:

> Er spreche dem Zentrum das Recht ab, sich als Hüterin der Religion des Christentums zu bezeichnen. Er benutze die Religion vielfach nur als Mäntelchen, um das Volk vor der Aufklärung durch die Nationalsozialisten zu schützen.

Und der nationalsozialistische Stadtverordnete Dr. **Loepelmann** erklärte am 29. 4. 30 in Berlin-Charlottenburg:

> Eine politische Partei, die auch rein kirchlichen Interessen gewidmet ist, ist zu innerer Unaufrichtigkeit verurteilt, wenn sie sich behaupten will. Letzten Endes sind denn doch die kirchlichen Interessen ausschlaggebend, nicht die nationalpolitischen. Eine solche Zwitterpartei kann es im kommenden Dritten Reich nicht geben.

Der „Völkische Beobachter" schreibt am 5. 5. 30 zu einer Entschließung der Zentrumsjugend gegen Marinerüstungen: Das Zentrum wolle den Panzerkreuzer B nicht,

> damit seine polnischen „Glaubensgenossen" den deutschen Osten erobern können.

Die Nationalsozialisten haben ferner gegen alle Konkordatsverhandlungen und Konkordatsbeschlüsse lebhafteste Opposition getrieben und durch ihr Verhalten im Bayreuther Stadtrat die Abhaltung einer öffentlichen Fronleichnamsprozession verhindert.

E IV Zentrum

Der nationalsozialistische Abgeordnete Gottfried **Feder** schreibt in der „Deutschen Wochenschau" vom 10. 5. 30:

> Es gibt wohl keine schlimmere Heuchelei als die Politik von Zentrum und Bayerischer Volkspartei . . . Immer benützten sie die Religion als Denkmal für ihre zum Teil recht schmutzigen, politischen Geschäfte . . . Heraus mit den Geistlichen aus den Parlamenten.

Gegen den Zentrumsführer Minister Dr. Joseph **Wirth** schreibt der „Völkische Beobachter" in Nr. 115 vom 16. 5. 30:

> Der derzeitige Reichsinnenminister hat es für nötig befunden seine Nase in Sachen zu stecken, die ihn nichts angehen . . . Aber offenbar will Joseph Wirth sich bei der Hebräerschaft beliebt machen . . . Bei uns tobt das Zentrum gegen die Wiedergeburt des nationalen Ehrgefühls. Weil es ein solches nicht besitzt, wütet es gegen seine Stärkung bei den anderen Deutschen.

Im „Angriff" des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. **Goebbels** heißt es in Nr. 41 vom 22. 5. 30:

> Wenn sich die Zentrumsabgeordneten im Restaurant des Preußischen Landtags zu Tische setzen, so beten sie vor der Mahlzeit. Ob sie auch gebetet haben, als sie im Namen Christi und der Jungfrau Maria die Amnestie für die Femetäter zu Fall brachten, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Preußen ist für das Zentrum nach dem Abschluß des Konkordates eine zu gute Weide, als daß man die innige Verbundenheit mit der atheistischen SPD. etwa aus verschwommenen religiösen Gründen aufgeben könnte. Die Zentrumsleute, die Reichsfeinde Bismarcks, sind ihrer Mission treugeblieben, sie haben nie aufgehört, die Feste Preußen romanisch zu infizieren . . .

Auf der Führertagung der NSDAP. 1927 in München erklärte **Hitler**:

> Wenn wir gegen das Zentrum kämpfen, so nicht, weil es vorgibt, eine katholische Partei zu sein, sondern, weil es Christentum und Katholizismus verrät. Wir betrachten es als eine Heuchelei, das Christentum in den Mund zu nehmen, und damit Wahlgeschäfte zu machen. Denn wäre das Zentrum wirklich christlich, dann würde es an unserer Seite stehen.

Den Höhepunkt erreicht die nationalsozialistische Hetze gegen das Zentrum aber anläßlich der Rheinlandbefreiung. Unter der fetten Schlagzeile „Feme über das Zentrum" brachte das von dem nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Dr. Robert Ley herausgegebene „Koblenzer Nationalblatt" vom 9. 7. 30 in Nr. 39 einen Artikel, in dem es zum Schluß heißt:

> Alle Separatistenverfolgungen, alle Zerstörungen, aller Zorn und aller Haß, aber auch der Separatismus selbst, das Lumpentum, das er gezeugt, und die Verwüstungen, die Verbrechen, die er angerichtet hat, sie kommen auf das Schuldkonto des Zentrums, das die geistige und stimmungsmäßige Voraussetzung gezüchtet hatte. Darum verlangen wir, daß das Rheinland nicht in der Verfolgung der kleinen Lumpen Genüge findet, das gerechte nationale Wollen, das in diesen Tagen offenbar ward, muß

ins Große gesteigert werden. Der Wille des rheinischen Deutschtums muß auf ein festes, der Gerechtigkeit würdiges Ziel gelenkt werden.

Die Feme über das Zentrum!

Vernichtung der Partei, die sich weigert, den deutschen Nationalstaat anzuerkennen und ewig das Schandmal trägt, Urheber des Separatismus zu sein.

In einem anderen Artikel der gleichen Nummer des gleichen Blattes heißt es:

Die Rheinlande werden einst mit den Lumpen aufräumen, die unter Mißbrauch der Religion ihre trüben politischen Schachergeschäfte betreiben möchten. Die katholische Bevölkerung der deutschen Rheinlande hat die Schamlosigkeit der Zentrumslumpen erkannt und die Herrschaften sollen sich hüten, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Heute hält das Volk mit den kleinen Separatisten Abrechnung. Das Zentrum soll sich hüten, daß das Volk nicht eines Tages mit ihm, dem großen Landesverräter in Westdeutschland noch furchtbare Abrechnung hält.

In dieser Weise werden die deutschen Katholiken und ihre politischen Exponeten ständig von den Nationalsozialisten beschimpft.

Deutsche Volkspartei und NSDAP

Die Nationalsozialisten sehen es zwar gern, wenn die Deutsche Volkspartei in Sachsen und Thüringen mit ihnen zusammenarbeitet; aber das hindert sie nicht, ihre Schimpfkanonaden auch gegen die Deutsche Volkspartei zu richten. Der „Nationalsozialist", das Thüringer Blatt der NSDAP. schrieb anläßlich des Mannheimer Reichsparteitages der Deutschen Volkspartei:

> Vom 21. bis 23. März findet in Mannheim der achte Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei statt. Ausgerechnet in Mannheim. Dahin paßt die vom jüdischen Kapital dirigierte Partei ausgezeichnet. Die jüdische Stadt Mannheim gibt den rechten Rahmen ab. Am Sonntag nachmittag wird daselbst das Ernst Bassermann-Denkmal enthüllt. Die Partei des Verrats der Nation an das Leihkapital, die demnächst auch ein Stresemanndenkmal am Rhein enthüllen will, sollte mit derartigen Enthüllungen vorsichtig sein. Aber der Deutschen Volkspartei scheint an „Enthüllungen" viel gelegen.

Der „Nationalsozialist" schrieb anläßlich der Beilegung der durch das Auftreten Dr. Fricks im Reichstag entstandenen Thüringer Regierungskrise:

> Die Volkspartei in Thüringen kuscht. Damit hat die Volkspartei die schallende Ohrfeige Fricks für Reichsregierung und Reichstagsmehrheit eingesteckt, ein Zeichen, für die Angst der alten Parteien vor Neuwahlen, in denen die Stimme des Volkes uns Nationalsozialisten Recht gäbe.

Und wieder zum Parteitag der Deutschen Volkspartei schrieb Dr. Goebbels am 30. 3. 30 im „Angriff":

> Die Deutsche Volkspartei ist lebendigstes Abbild des deutschen Parlamentarismus und man braucht nur die in Mannheim von ihren Führern gehaltenen Reden durchzulesen, so hat man den ganzen Jammer dieses Systems in plastischer Deutlichkeit vor Augen stehen. Es werden dort Gedanken kolportiert und Ideale aufgerichtet, die vor hundert Jahren vielleicht den Zeitgenossen einen kalten Schauer den Rücken herunter rieseln lassen, mit denen man heute aber keinen Hund mehr vom Ofen weglocken kann. Während rings um uns eine liberale Welt krachend zusammenbricht, schwätzen dort innerlich und äußerlich schmierige Greise von der zukunftsträchtigen Bedeutung dieses schemenhaften Phantoms . . . Man scheut sich, ein heißes oder ein kaltes Wort zu sprechen. Man ist lau zum Ausspeien. Und hinter all dem Phrasement steht geil und frech die Sorge um das Portemonnaie. Wie schaffe ich es, daß die anderen zahlen, und ich bleibe ungeschoren. Bedauernswerte politische Methusalems, von denen man nur hoffen kann, daß die Zeit ein Einsehen haben und sie aussterben lassen wird aus einer jugendlich bewegten Zeit, in die sie nicht mehr hineinpassen.

In der „Deutschen Wochenschau" vom 10. 5. 30 schrieb endlich Gottfried Feder:

> Die Deutsche Volkspartei. Man hat gänzlich das Gefühl verloren, daß diese Leute eigentlich den schlichtesten und schönsten

Parteinamen führen: „Deutsche Volkspartei", denn mit dem Begriff „Deutsche Volkspartei" ist unauflöslich verbunden die Vertretung schwerindustrieller Interessen, der Erfüllungspolitik, die Annahme der Dawes- und Younggesetze. Daß Stresemann ihr „bedeutendster" Führer war, ist ebenfalls kennzeichnend für diese Partei. Sie ist die Partei des besitzenden Bürgertums, das, um seinen Besitz zu retten, jeden Pakt mit den theoretisch besitzfeindlichen Sozialdemokraten schloß. Bürgerliche Feigheit und Dummheit in Reinkultur. Aber sie werden vorerst immer noch ihre Wähler finden, sie haben Aemter zu vergeben, haben Geld zur Wahlmache, denn die Dummen werden nicht alle.

Der „Völkische Beobachter" schrieb am 18. 2. 30 anläßlich des von Prof. Kahl im Strafrechtsausschuß dem verstorbenen Abgeordneten Paul Levi gewidmeten Nachrufs:

Dieses Skandalstück ist für den jämmerlichen Geist der Deutschen Volkspartei kennzeichnend. Die „praktischen Erfahrungen" des Paul Levi bestanden im fortdauernden Landesverrat. Dieser Mordhetzer aber, wird von der politischen Führung des Bürgertums belobt. Ein Zeichen, daß es überreif ist, zu Grunde zu gehen.

Wirtschaftspartei und NSDAP

Die Nationalsozialisten sehen es zwar gern, wenn die Wirtschaftspartei gelegentlich den einen oder anderen nationalsozialistischen Antrag unterstützt, das hindert sie aber nicht, gerade diese Partei in der gehässigsten Weise anzugreifen und zu verspotten.

Der „Angriff" schreibt am 23. Februar 1930:

> Die Wirtschaftspartei ist nichts anderes als ein plumper und pfiffiger Versuch, an die Stelle von ewigen politischen Lebensnormen wirtschaftliche Zweckmäßigkeit zu setzen.

Die „Neue Front" nennt am 9. Mai 1930 die Wirtschaftspartei:

> so erbärmlich, daß man höchstens einen gewissen Ekel davor bekommen konnte . . . Feigheit, Selbstsucht, politische Instinktlosigkeit und ähnliches mehr sind die Haupttugenden, zu denen sich eine „eingebildete Schlauheit", die aber schon mehr an polizeiwidrige Dämlichkeit erinnert, gesellt.

Die „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung" (Itzehoe) schreibt am 23. Mai 1930:

> Das hoffnungsloseste Gebilde, das man sich denken kann, ist die Wirtschaftspartei . . . Ein unverfälschtes Kind des Kapitalmarxismus . . . Gleichzusetzen mit der Sozialdemokratie . . Durch ihre Weiterexistenz (der Wirtschaftspartei) wird — um in ihrem Jargon zu reden — aus der Pleite ein betrügerischer Bankerott.

Die NSDAP. ist auf die Wirtschaftspartei schlecht zu sprechen, weil sie die Mittelstandskreise der Wirtschaftspartei für sich einfangen möchten. Wie die Mittelstandspolitik der NSDAP. in Wirklichkeit aussieht, lehrt am besten Gottfried Feder, der in seinem Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft die Sozialisierung des Hausbesitzes fordert. § 3 dieses Manifestes lautet:

> Alle Immobiliarschulden, Hypotheken usw. werden nach den im Grundbuch eingetragenen Lasten wie bisher ratenweise zurückgezahlt. Das auf diese Weise entschuldete Vermögen an Haus- und Bodenbesitz wird teilweise Eigentum des Staates oder des Selbstverwaltungskörpers. Auf diese Weise kommt der Staat in die Lage, die Mietpreise zu bestimmen und abzusenken.

Mittelstandspolitik!

Landbund und NSDAP

Die Nationalsozialisten sind zwar recht froh darüber, daß der Landbund ihren Minister Dr. Frick in Thüringen noch amtieren läßt. Das hindert sie aber nicht, bei allen Gelegenheiten gegen den Landbund und seine Führer zu hetzen.

Otto Weber schreibt in „Nationalsozialismus und Bauerntum" (Seite 74):

> Aber einer ist da, ein Schürer des Bruderkampfes, der durch seine niedrige Hetze den Landbund immer wieder herausfordert. Dieser Hetzer ist der nationalsozialistische Abgeordnete Lehrer Schemm, Bayreuth. Er war es, der durch verschiedene Anhänger die parteipolitisch neutrale Notkundgebung der oberfränkischen Landwirtschaft am 13. 2. 28 stören und Schmähschriften gegen den Landbund verteilen ließ. —

Das Organ des Thüringer Landbundes, der „Thüringer Landbund" schrieb am 15. Juni 1929 über die nationalsozialistischen Kampfmethoden:

> Wissen die Naziwerber sich allein, dann ziehen sie alle Register gegen den Landbund und seine Führer. Sind aber Gegenredner vom Landbund anwesend, dann drehen sie eine allgemeinpolitische, mit stark vaterländischen Worten ausgestattete Walze ab und bieten dem Landbund die Hand, die biederen Bundesgenossen.

Seit neuestem nennen die Nationalsozialisten die Landbundmitglieder nur noch „Speckzollpatrioten"; denn seit der Annahme des Youngplanes hat es der Landbund bei den NS. völlig verdorben. Er ist ihnen nicht mehr national genug. Wie national NS.-Landwirte sind, geht aus der Tatsache hervor, daß der pommersche Gauleiter der NSDAP., auf seinem Gut dauernd polnische Arbeiter beschäftigt.

Deutschnationale und NSDAP

NSDAP. und Deutschnationale waren früher einmal ein Herz und eine Seele. Die Deutschnationalen, vor allem ihr Führer Hugenberg, förderten die Nationalsozialisten, deren wahres Wesen sie damals noch nicht erkannt hatten, mit allen Kräften. Sie stützten sie in den Parlamenten, sie saßen zusammen mit ihnen im Reichsausschuß für das Volksbegehren, durch den die Nationalsozialisten überhaupt erst politisch gesellschaftsfähig wurden.

Einzelne Deutschnationale hatten freilich schon damals Warnungen ausgestoßen. So schrieb der deutschnationale „Kompaß" in Koburg am 12. September 1929:

> Wer das Auftreten der Hitlerianer mit kühler Ueberlegung prüft, der muß sich mit einem bedauernden Achselzucken von dieser angeblichen „Partei der Zukunft" abwenden. Kampf gegen Alles und besonders gegen die, die sie zuerst ihren Reihen einverleiben wollen, ist die Parole, der sie huldigen. Mit Haß und Geifer, mit Spott und Verleumdung fallen sie über die Deutschnationalen her.

Heute regen sich die Nationalsozialisten dauernd über die angeblich „jüdischen" Redakteure in den Zeitungen des deutschnationalen Führers Hugenberg auf. Das hat sie aber nicht gehindert, mit dem gleichen Hugenberg früher aufs engste zusammenzuarbeiten. Ja, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels hat sogar diesen hugenbergschen Zeitungen trotzdem ein Interview gegeben. Als Dank für die Veröffentlichung dieses Interviews schrieb der Goebbelssche „Angriff" vom 12. 2. 1930, 12. Januar,

> daß der „nationale" Verlag Scherl marxistisch und bürgerlich liberal verseucht ist.

Der „Nationale Sozialist" (Nr. 17) schrieb Anfang März 1930 über die Deutschnationalen:

> Diese schamlose Haltung der Deutschnationalen als Büttel des Systems von Weimar gegen deutsche Freiheitskämpfer hat die ganze Feigheit und Käuflichkeit dieser abgewirtschafteten Partei kundgetan.

Trotzdem die Deutschnationalen auch in den letzten Wochen noch in Thüringen und auch sonst gelegentlich die Nationalsozialisten deckten, geht der Kampf der NSDAP. gegen die DNVP. ungehemmt weiter. Der „Völkische Beobachter" nennt sie am 4. April 1930:

> Die „nationale" Partei, die auch kein deutsches Vaterland kennt.

Den Vogel schießt bei dieser Hetze der „Illustrierte Beobachter" Hitlers ab, der am 12. April 1930 folgendes Gedicht brachte:

Das ist schon direkt, schlicht gesagt, zum Speien,
wie sich die umfallfeigste der Parteien
sowohl beim Dawes- wie beim Youngverrat,
in ihre Fresse selbst geohrfeigt hat.
Man kann es fortan schon den Kindern pred'gen:
„Deutschnational" sein, heißt: sich selbst erled'gen.
Ein jeder Jud hält ja auf Wort und Ehr,
und auf Charakter immerhin noch mehr.
Ist das ein Führer noch, muß man sich fragen,
der so mit Schimpf sich selbst aufs Maul geschlagen?
Steht nicht verschrumpft und klein Herr Hugenberg
heut vor uns da, als schielig-mieser Zwerg?

Die „Berliner Arbeiterzeitung" schreibt am 13. April 1930:

Als selbstverständliche Folge dieser ebenso törichten wie schamlosen Politik des Verrates hat die NSDAP. jene Zusammenarbeit aus den Tagen des Volksbegehrens gelöst, die ohnehin nur geeignet war, unseren Charakter als einer Partei der nationalistischen und sozialistischen Revolution zu verwischen.

Friedrich der Große, den die Nationalsozialisten so gern für sich in Anspruch nehmen, hat einmal geschrieben, wenn man sich schon von einem Bundesgenossen trenne, so soll man das wenigstens mit Anstand tun.

Zumal dann, wenn man mit diesen Bundesgenossen wieder zusammen zu arbeiten gedenkt. Und das ist hier der Fall. Die „Nationalsozialistischen Briefe" teilen in ihrer Ausgabe vom 15. 7. 30 mit, daß der alldeutsche Oberfinanzrat Dr. Bang seit 1927 in enger Freundschaftsverbindung mit Hitler stehe, daß durch seine Vermittlung Hugenberg wiederholt in den Räumen des „Deutschen Ordens", einer nationalen Loge, mit Hitler zusammengekommen sei, daß sich Hitler nicht durch seine Parteifreunde, sondern durch deutschnationale Abgeordnete über die Vorgänge auf dem laufenden halten lasse. Die häufigen Angriffe der NSDAP. auf die Deutschnationalen sind übrigens in letzter Zeit von Hitler unterdrückt worden. Er hatte dabei innerhalb der eigenen Partei allerdings noch einige Schwierigkeiten zu überwinden. So schrieb der „Völkische Beobachter" noch am 22. 7. 30 in einer Polemik gegen den Wahlaufruf Hugenbergs:

Die Synthese zwischen nationalem revolutionärem Angriffsgeist und staatspolitischer Beherrschtheit ist eine Phrase. Welchen praktischen Wert sie hat, das haben die letzten Tage der Deutschnationalen Volkspartei gezeigt, in denen sich 50% für die „staatspolitische Beherrschtheit" entschieden haben. Wir wollen die Abrechnung mit diesem System der „staatspolitischen Beherrschtheit" die ja doch nichts weiter wie eine schamhafte Umschreibung für Speckzoll und Dividende ist!

EIX Deutschnationale

Und das „Koblenzer Nationalblatt", das von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Ley herausgegeben wird, schrieb am 18. 7. 30:

> Das wichtigste Ereignis ist unbedingt der geradezu schamlose Verrat der Deutschnationalen Volkspartei an ihren eigenen Zielen und an den Wählermassen, die im Glauben an die nationale Zuverlässigkeit dieser Partei bei der letzten Wahl ihre Stimmen den Deutschnationalen gaben .... Deutschnationaler Verrat wie üblich ... Volksverrat und Kompromissucht, dein Name ist Deutschnational.

Den neuen Kurs der Wiederannäherung an die Deutschnationalen und des Wahlkampf-Burgfriedens aber deutet der „Oberbergische Bote" an, der am 21. 7. 30 schreibt:

> Die Deutschnationalen werden nun immerhin als eine Truppe der nationalen Opposition gewertet werden können und wohl oder übel eine Politik treiben müssen, die dazu angetan sein wird, den Verfall des heutigen Systems zu beschleunigen.

Auch von der Haltung der NSDAP. gegenüber den Deutschnationalen gilt also das, was über die NSDAP. überhaupt zu sagen ist: Sie kann so und sie kann auch anders!

Gottfried Feder

Anerkannter Programmtheoretiker der NSDAP. ist der Reichstagsabgeordnete Dr.-Ing. Gottfried Feder. Feder hat früher eine Schrift „Staatsbankerott" veröffentlicht. Sein „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft" ist für das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten maßgebend geworden.

Die völlig verworrenen und gefährlichen Theorien Feders sind an anderer Stelle widerlegt. Im § 3 dieses Manifestes forderte er unter anderem auch eine Sozialisierung des Hausbesitzes, damit der Staat „die Mietpreise bestimmen und absenken könne". Bezeichnend ist, daß das Manifest in seiner ersten Auflage mit den Marxschen Worten „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" schloß. In den späteren Auflagen hat Feder allerdings diesen Satz wohlweislich weggelassen.

Er zeigte überhaupt eine starke Neigung zur Korrektur von „Jugendsünden". So schrieb er in „Das Programm der NSDAP. und seine weltanschaulichen Grundlagen" auf Seite 30:

> Wir verzichten auf keinen Deutschen in Sudetendeutschland, in Elsaß-Lothringen, in Polen, in Südtirol und in der Völkerbundskolonie Oesterreich.

In den neueren Auflagen hat Feder die beiden Worte „in Südtirol" gestrichen, und damit den nationalsozialistischen Verzicht auf Südtirol mitgemacht.

Die „gewählte" Sprache des Wissenschaftlers Gottfried Feder geht aus einer Rede hervor, die er am 15. Mai 1929 im Reichstag gehalten hat. Nach dem amtlichen stenographischen Protokoll sagte Feder bei dieser Gelegenheit unter anderem:

> Die Anleihe stattet den Herrn Reichsfinanzminister wie eine alte Hure mit neuen Reizen aus, damit die alten Juden noch einen Reiz an ihr finden. Das Reich läßt sich durch Lumpen und Gauner finanzieren. Das Zuhältertum des Marxismus für die Hochfinanz ist damit offenbar geworden wie noch niemals zuvor.

Im Januar 1930 sprach Feder vor dem niederschlesischen Großgrundbesitzadel über Nationalismus. Der Programmtheoretiker der „Arbeiterpartei" begab sich hierzu in das prächtige Schloß des Herrn von Wietersheim in Neuhof bei Löwenberg, Kreis Striegau. Unter seinen Zuhörern befanden sich nach einem Bericht der „Flamme" vom 30. Januar 1930:

> Graf Zedlitz, Graf Pückler, von Winterfeld, Graf Keyserlingk, Universitätsprofessor Hellfritz, von Eichhorn, Breslau (ein Vertreter des Breslauer „Bankkapitals"), Geheimrat Ponfick, von Richthofen-Boguslawitz u. a.

Für einen „Arbeiterführer" ist das wirklich das geeignetste Publikum.

Einiges Aufsehen erregte Feder auch dadurch, daß er Anfang 1930 Sensationsartikel gegen den Bau der Saale-Talsperre veröffentlichte. Er mußte aber diese Kampagne sehr rasch abbrechen, da der frühere, dem Stahlhelm angehörende, thüringische Minister Dr. Sattler nicht nur die Fehlerhaftigkeit der Feder-

schen Berechnungen nachwies, sondern auch daran erinnerte, daß die entscheidenden Beschlüsse über die Saale-Talsperre auch die Zustimmung der eigenen Parteigenossen Feders, der nationalsozialistischen Abgeordneten in Thüringen gefunden hatten.

Feder zeichnet unter dem Schutz seiner Immunität verantwortlich für mehrere nationalsozialistische Zeitungen, so für die „Flamme", den „Hessenhammer", die „Saardeutsche Volksstimme" und die „Deutsche Wochenschau", obwohl ja die NSDAP. die Abschaffung der unsittlichen Immunität, hinter der sich jeder Feigling verkriechen kann, fordert.

In dem letztgenannten Blatt hat er am 10. Mai 1930 die deutschen Geistlichen zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert, indem er ihnen das passive Wahlrecht absprach und forderte:

Heraus mit den Geistlichen aus den Parlamenten.

Diese Forderung überrascht nicht, denn Feder hat schon früher christentumfeindliche Aeußerungen getan. So schreibt er in der schon zitierten Programmschrift auf Seite 49:

Gewiß wird dereinst auch das Deutsche Volk eine Form finden, für seine Gotterkenntnis, sein Gotteserleben, wie es sein nordisches Blutsteil verlangt, gewiß wird erst dann die Dreieinigkeit des Blutes, des Glaubens und des Staates vollkommen sein.

Diese „Dreieinigkeitslehre" des Herrn Feder wird jeder gläubige Christ als ungeheuerliche Blasphemie empfinden müssen.

Gottfried Feder war auch der „Finanzminister" der Hitler-Putschregierung, als solcher erließ er folgende Bekanntmachung:

Bis zur gesetzlichen Regelung des gesamten Geld- und Kreditwesens werden alle Banken und sonstigen Geldinstitute ihres privatrechtlichen und privatwirtschaftlichen Charakters entkleidet und unter Staatsaufsicht gestellt. Jede Veränderung oder Verschiebung der Vermögensbestände wird bestraft.

Das Finanzkomitee. gez. G. Feder.

Aber der „Finanzminister" versäumte es nicht, am Tage vor dem Putsche bei seinem Bankhause vorzusprechen und um sofortige Aushändigung seiner dort liegenden Wertpapiere nachzusuchen.

Die geistige Bedeutung dieses „Kopfes" der NS. geht aus folgender Aeußerung hervor: In seinem Buch „Der deutsche Staat" bekennt sich Feder (S. 56) zum Antisemitismus. Das mag ihm unbenommen bleiben. Er schwört dort auf das Buch der Bücher: „Die Weisen von Zion".

Wem es nach der Lektüre dieses Buches nicht wie Schuppen von den Augen falle, mit dem müsse er (Feder) eine Auseinandersetzung ablehnen.

Nun sind aber „Die Weisen von Zion" als eine Mischung von Schauer-Roman und Spitzel-Arbeit der russischen Ochrana längst entlarvt. Nur Menschen, die an Hexen glauben, nehmen diese Ammenmärchen ernst. Trotzdem glaubt der Finanzsachverständige an einen solchen Kinder-Schreck. Vernichtender konnte niemand Feder schlagen, als er es selbst mit diesem Bekenntnis getan hat.

F Feder

Dr. Wilhelm Frick

Der nationalsozialistische Innen- und Kultusminister Thüringens, Dr. Wilhelm **Frick**, ist aus der bayerischen Verwaltung hervorgegangen. Er ist gebürtiger Pfälzer, und hat trotz gesunder und gerader Glieder als 35jähriger Mann den ganzen Weltkrieg „auf Befehl seines Königs" in den Räumen des Bezirksamtes Pirmasens zugebracht. Man hat nie etwas davon gehört, daß er um seine Versetzung an die Front gebeten habe.

Später war er der Leiter der politischen Polizei in München und engster Vertrauter des Polizeipräsidenten Poehner. Als solcher hat er den Mörder des Dienstmädchens Maria Sandmaier, einen Leutnant Schweikhardt mit einem falschen Paß versehen und ihm so zur Flucht verholfen. Frick hat auch den späteren Aufenthalt Schweikhardts, der dringend verdächtigt ist, auch den Abgeordneten Gareis ermordet zu haben, in München geduldet. (Nach Feststellung des Femeuntersuchungsausschusses, Fränkische Tagespost v. 28. 2. 1930.) Später hat dann Frick seine schützende Hand über den später wegen Landesverrat verurteilten Professor Fuchs gehalten, der mit Hilfe französischer Gelder Bayern vom Reich losreißen wollte (Volkszeitung für das Vogtland v. 24. 1. 30). Frick ist mit Poehner und Fuchs nach Wien gefahren, um Fuchs dort mit dem Polizeipräsidenten Schober in Verbindung zu bringen („Das Volk" v. 17. 1. 1930).

Am Hitler-Putsch hat Frick durch Uebernahme des Postens eines Münchener Polizeipräsidenten teilgenommen. Er ist deshalb vom Münchener Volksgericht zu 15 Monaten Festungshaft wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt worden und hat etwa sechs Monate dieser Strafzeit absitzen müssen. Für den Rest erhielt er Bewährungsfrist. In der Münchener Zeit soll Frick auch eine enge Freundschaft mit Dr. Ruge angeknüpft haben, der wegen Anstiftung zum Mord mit einem Jahr Gefängnis vorbestraft ist. Diesen Dr. Ruge wollte Frick als Philosophieprofessor an die Universität Jena bringen!

Seit 1924 ist Frick nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter. Im Reichstag fiel er durch die Maßlosigkeit seiner Angriffe wiederholt auf. Am 21. Oktober 1927 erklärte er:

> Solange nicht eine völkische Revolution mit dieser Art von Regiererei aufräumt und ein anderes System an die Stelle des herrschenden setzt, ist jede Aenderung unserer Lage aussichtslos.

Am 27. Januar 1928 sagte Frick:

> Nur eine gründliche Abkehr von diesem ganzen korrupten System der Novemberrepublik durch eine völkische Revolution kann hier Abhilfe schaffen. Dieses jämmerliche, auf Meineid und Hochverrat gegründete Gebilde ohne Souveränität . . . kann noch weniger seinen unglücklichen Bürgern Rechtsschutz bieten . . . die Novemberrepublik ist überhaupt kein Staat mehr, sondern eine Sklavenkolonie des internationalen Finanzkapitals.

F Frick

Trotzdem hat Dr. Frick den schon einmal gebrochenen Eid auf die Verfassung der „Sklavenkolonie" im Januar 1930 erneut beschworen. Das ist um so verwunderlicher, als Frick doch in zahlreichen weiteren Reichstagsreden seinem verfassungsfeindlichen Geist Ausdruck gegeben hat. Er erklärte am 17. Juni 1925:

> Einigkeit und Recht und Freiheit, das ist ja wohl der Wahr- oder vielmehr Lügenspruch dieser glorreichen deutschen Novemberrepublik.

Am 28. April 1926 bei der Beratung des Gesetzes über die Fürstenenteignung:

> Aber diese Republik, wie sie heute ist, ist allerdings tausendmal schlechter als die Monarchie, die wir hatten. Es kommt lediglich auf den Inhalt dieser Republik an, und dieser Inhalt ist so kläglich und hat sich eigentlich nur erschöpft in einer hündischen Unterwerfungspolitik den äußeren Feinden gegenüber . . . daß wir für diese Republik alles andere als Sympathie und Hochachtung haben. Die Väter dieser Republik waren hauptsächlich daran Schuld, daß wir den Krieg verloren haben.

Am 27. Januar 1928 in einer Rede zum Etat des Reichsjustizministeriums:

> Wir verlangen die sofortige Amnestierung Ernst Werner Techows, der wegen untergeordneter Beteiligung am Attentat gegen Rathenau immer noch im Zuchthaus schmachtet . . . Wir verlangen schließlich auch Straffreiheit für die Erzbergerattentäter Schultz und Tillessen . . . Von höheren Gesichtspunkten, vom Schicksal des gesamten deutschen Volkes aus gesehen, wiegt übrigens die Schuld dieser Attentäter federleicht gegenüber dem weltgeschichtlichen Verbrechen der Erzberger, Rathenau, und anderen neuen deutschen Staatsmännern.

Am 13. Juli 1928 spricht Frick von „der schwarzrotgelben Fahne".

Am 27. Februar 1929 erklärt er:

> An den Galgen mit den Verbrechern, die uns seit zehn Jahren mißregiert haben.

Die Art und Weise, wie Frick in Thüringen regiert, läßt allerdings die Vermutung zu, daß diese Aeußerungen ihm mehr aus dem Herzen gekommen sind als der Eid, den er beschworen hat. Unter Mißachtung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen hat Dr. Frick „Adler und Falken", eine rechtsradikale Jugendvereinigung, die in Thüringen verboten war, wieder erlaubt. Rücksichtslos hat er republikanische Beamte vom Amt suspendiert oder abgebaut. Den Nicht-Frontkrieger hat dabei nicht gestört, daß unter den Abgebauten manch schwerkriegsbeschädigter Frontsoldat ist.

Frick hat ferner im Reichstag „namens der Thüringischen Regierung" eine Erklärung gegen den Youngplan abgegeben, obwohl er dazu in keiner Weise ermächtigt war. Unter Verletzung bestehender Verträge hat er ferner die staatlichen Zu-

schüsse für verschiedene Volkshochschulen aufgehoben. Einen Landtagsbeschluß, dem Arbeitersportkartell einen Zuschuß zu zahlen, weigert er sich, durchzuführen. Er hat an der Universität Jena einen Lehrstuhl für Rassenwirtschaft eingerichtet, den er mit dem völkischen Schriftsteller Dr. Günther besetzte. Die gewiß nicht linksstehende Professorenschaft von Jena hat einmütig gegen diese Besetzung eines Lehrstuhls mit einem Nichtfachmann protestiert, auch deshalb, weil „im Zeichen der Sparsamkeit" ein überflüssiger Lehrstuhl geschaffen wurde, während andere wichtige aus Mangel an Mitteln unbesetzt bleiben müssen. Frick wollte ferner den wegen Mordanstiftung vorbestraften Agitator Dr. Ruge zum Philosophieprofessor ernennen. Die Thüringische Polizei durchsetzt er mit nationalsozialistischen Offizieren und leitenden Beamten entgegen den darüber zwischen Reich und Ländern getroffenen Vereinbarungen. Seine völkische Kulturpolitik, die im wesentlichen aus einem weitgehenden Abbau von Schuleinrichtungen, der Umstellung der Weimarer Bauhochschule auf einen völkischen Kurs, der Einführung parteipolitischer, verhetzender „Freiheitsgebete" und seinen bekannten Erlaß gegen „Jazzmusik und Negerkultur" besteht, hat nicht nur den Widerstand der Reichsregierung, sondern auch heftige Kritik im nationalsozialistischen Lager hervorgerufen. Gegen die Berufung des Professors Schultze-Naumburg als Leiter der Staatlichen Bauhochschule in Weimar wandten sich die „Nationalsozialistischen Briefe", gegen das Verbot der Jazzmusik die „Berliner Arbeiterzeitung" Straßers und „Der Nationale Sozialist".

Unter dem Druck seiner Koalitionsgenossen hat sich Frick in letzter Zeit zu manchen Kompromissen herbeilassen müssen, die beweisen, daß auch die Nationalsozialisten nicht all das halten können, was sie ihren Wählern versprechen.

Die Kompromißpolitik des Gebeteministers hat übrigens schon damit begonnen, daß er den Eid auf die „Judenverfassung" Thüringens leistete. Diese Verfassung ist nämlich ein Werk des Jenaer Professors Rosenthal.

Für Fricks Konsequenz ist bezeichnend, daß Frick am 19. 3. 29 im Reichstag bei der Beratung des Staatshaushaltes gegen den Unfug von Ministerpensionen wetterte, dann aber schon wenige Wochen nach seinem Amtsantritt die Sicherung seines eigenen Pensionsanspruches betrieb.

F Frick

Dr. Joseph Goebbels

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Joseph Goebbels ist zunächst einmal alles eher als ein „Germane". Klein von Gestalt, schwarzhaarig, mit dunklen, nervös flackernden Augen und bleichen eingefallenen Zügen verkörpert er eigentlich das, was die Nationalsozialisten selbst ihren „rassischen Gegenpol" nennen. Der Geschäftsführer des Völkischen Beobachters, Amann, ein besonderer Intimus Hitlers, nennt Goebbels nach dem Zeugnis des früheren Propagandachefs des Völkischen Beobachters Otto May den „Mephisto der Partei", einen „unsympathischen Menschen mit finsterer Bolschewiken-Miene", einen „mit einem Pferdefuß vom Herrgott Gezeichneten, vor dem man sich in Acht nehmen müsse". May schreibt ferner über Goebbels:

> daß er ehedem im Rheinland die Reichsparteizentrale sabotierte und daß gegen ihn wie gegen Gregor Straßer das System der Propagandazellen gegründet wurde, um Hitlers Autorität durchzusetzen.

Goebbels, der wegen eines körperlichen Gebrechens keinerlei Kriegsdienste leisten konnte, war früher Student in Heidelberg, wo er mit besonderem Eifer die Vorlesungen des jüdischen Literaturhistorikers Friedrich Gundolf besuchte und mit Juden verkehrte. Im Januar 1924 hat er dem Frankfurter Schauspielhaus, das seine Parteigenossen verjudet nennen, sein Drama: „Der Wanderer" angeboten.

Kurz nach den Reichstagswahlen 1924 trat Goebbels zur NSDAP. über.

In seinen Reden und Artikeln zeichnet sich Dr. Goebbels durch eine selbst für nationalsozialistische Verhältnisse ungewöhnliche Maßlosigkeit der Polemik aus. Er fühlt sich eben — wie er selbst es nannte — als „Inhaber der Immunität und der Freifahrtkarte". Den Stahlhelmführer von Stephani nannte er einen „wildgewordenen ehemaligen Major". Von der Deutschen Volkspartei schrieb er am 30. 3. 30 als von einer Vereinigung „innerlich und äußerlich schmieriger Greise".

Einen besonders niedrigen Kampf führt er aber seit Monaten gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg. Er veröffentlichte um die Jahreswende 1929/30 in seinem „Angriff" einen Artikel mit der Ueberschrift „Lebt Hindenburg noch?" und unterstrich diesen Artikel durch eine bildliche Karikatur Hindenburgs, die

F Goebbels

diesen halbnackt als Barbarenfürsten in einem mit jüdischen Enblemen verzierten Sessel sitzend zeigt, wie er kaltlächelnd der Abführung seines Volkes in die Knechtschaft zusieht. Wegen dieses Artikels und dieses Bildes ist Goebbels in erster Instanz zu 800 RM. Geldstrafe verurteilt worden.

Ferner schwebt gegen Dr. Goebbels zur Zeit noch ein Verfahren wegen Vorbereitung des Hochverrates, die nach Ansicht des Oberreichsanwalt in einer Reihe von maßlos aufreizenden Artikeln im „Angriff" zu sehen ist. Dr. Goebbels hat endlich nach seiner Wahl zum Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung im „Berliner Lokalanzeiger" versichert, daß er und seine Fraktion jederzeit mit den „Marxisten" zusammenstimmen würden, wenn es gelte, sozialistische Forderungen durchzusetzen. Uebrigens hat Dr. Goebbels auch im Gemeindewahlkampf 1929 erklärt, daß er gar nicht daran denke, im Berliner Kommunalparlament positive und verantwortliche Arbeit zu leisten.

In der Gerichtsverhandlung wegen Beleidigung Hindenburgs hatte Goebbels unter anderem behauptet, er habe vor Jahren während des Reichspräsidentschaftswahlkampfes 14 Tage für Hindenburg in einem belgischen Gefängnis gesessen und sei dort mit der Reitpeitsche traktiert worden. Vom „Jungdeutschen" deswegen gestellt, und um Angabe exakter Daten gebeten, war Goebbels nicht in der Lage, diese Behauptung nachzuweisen. Deshalb erklärte dann auch der Nationalsozilist Eugen Mossakowsky:

> Damit war mein und einer Anzahl Parteigenossen Verdacht bestätigt, daß Herr Dr. Goebbels — wie es zu seinem Wesen gehört — sich abermals nur wichtig machen wollte und daß er selbst in diesem Falle nicht vor einer bewußten Unwahrheit zurückgeschreckt ist.

Weitere nationalsozialistische Urteile über Goebbels:

> Der Vorsitzende des Berliner Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses mußte darauf selbst zugeben, daß, bei der Stellung Dr. Goebbels in der Partei, eine Klärung dieser Widersprüche von der Partei aus unbedingt vorgenommen werden muß.
>
> (Richard Schapke in „Sächsischer Beobachter" Nr. 108 vom 2. 7. 30.)

> Wenn Herr Dr. Goebbels, der wohl die Verantwortung für den Ausschließungsbiereifer seines Expedienten Wilke trägt, in dieser Art fortfährt, dann dürfte der deutsche Begriff vom freien Mann und dem freien Gewissen aus den Reihen der NSDAP. wohl bald verschwunden sein, um einem orientalischen Sultanat Platz zu machen, das, auf den Knüppel gestützt, einen Untertanenstaat"

F Goebbels

darstellt, an dem alle Despoten von Metternich bis Severing ihre Freude haben dürften.

(„Der Nationale Sozialist", Nr. 108, 2. 7. 30.)

Er kann sich also drehen und wenden wie er will, es bleibt die Tatsache bestehen, er hat gelogen.

(„Der Nationale Sozialist" Nr. 122 v. 18. 7. 30.)

Im „Angriff" ließ Dr. Goebbels schildern, wie er trotz Krankheit, nach „halsbrecherischer" Autofahrt noch im Reichstag zur Abstimmung über die Notverordnungen eintraf. Dazu schreibt der „Nationale Sozialist" in Nr. 126 vom 23. 7. 30:

Der Reichstag hatte etwa 450 Abgeordnete. 449 haben keinen Ton über ihr Räuspern und Spucken bei der letzten Sitzung verloren. Diesen Tribut an die Eitelkeit zu zahlen blieb Herrn Dr. Goebbels vorbehalten. Wie üblich.

Für die Aufrichtigkeit des Dr. Goebbels ist auch bezeichnend, daß er nach Mitteilung des ehemaligen Leiters des nationalsozialistischen Führerschulen des Gaues Brandenburg in Nr. 108 des „Nationalen Sozialist" vom 2. 7. 30 Ende Mai 1930 auf die Frage: „Wie stehen Sie zum Sozialismus?" einem Funktionär der Berliner NSDAP. antwortete: „Der Sozialismus ist für uns Mittel zum Zweck". Das hinderte Herrn Dr. Goebbels aber nicht, in seiner Broschüre „Wege ins Dritte Reich" unter anderem zu schreiben:

Der Marxismus kann nur durch den Sozialismus überwunden werden . . . Der neue Nationalismus wird vom Arbeitertum, vom jüngsten Deutschland gestaltet. Er wird sozialistisch sein oder nicht sein.

Im übrigen gehört Goebbels zu denen, die ihre Anhänger immer wieder in blutige Straßenschlachten hineinhetzen. Er hat nicht nur gegenüber der Nationalsozialistischen Opposition die Parol: „knüppelt sie nieder" ausgegeben, sondern er hat schon vor mehreren Jahren in seiner Broschüre „Freiheit der Arbeiter" auf Seite 13 „die immer notwendige blutige Auseinandersetzung mit Stuhlbeinen und Revolvern" propagiert. Er selber allerdings zieht es vor, die gefährlichen blutigen Straßen- und Versammlungsschlachten seinen Anhängern zu überlassen, während er selbst nach Schluß der Versammlung höchstens eine „halsbrecherische Autofahrt" riskiert, um möglichst rasch aus dem gefährlichen Bereich zu kommen.

F Goebbels

Hinkler

Der nationalsozialistische Gauführer Hinkler in Halle gehört zu den nationalsozialistischen Agitatoren, die sich durch besonders rüden Ton auszeichnen. Ueber Herrn Hinkler urteilt ein Flugblatt des nationalsozialistischen Kameradschaftsbundes, der sich in Freyburg a. U. nach Auflösung der dortigen Ortsgruppe der NSDAP. bildete; in diesem Flugblatt heißt es:

„Herr Hinkler scheint einen sonderbaren Begriff von deutschem Mannestum zu haben. Herr Hinkler war nicht fähig, seinen Lehrerberuf auszuüben und glaubt nun, Arbeiter der Faust schulmeistern zu können. Herr Hinkler ruft: „Parteigenossen, opfern, und nochmals opfern, denn wir brauchen Geld!" Ja, Herr Hinkler, wo kommen denn eigentlich die sauer verdienten Arbeitergroschen hin? Legen Sie doch auch einmal Rechenschaft darüber ab. Oder können Sie, Herr Hinkler, dies Geld „nach eigenem Gutdünken verwalten"? Oder wird auch dieses Geld einmal in dem Buche gefunden, wie das Spargeld, nachdem ein ehrenwerter Beamter verdächtigt wurde?

War es kein Opfer, als auf Ihre Klagetöne die Arbeiter Ihnen ein Braunhemd kauften und Ihnen, Herr Hinkler, die Mittel verschafften, damit die kleinen „Vögelchen" von den Möbelstücken wieder entfernt wurden und Sie auch keinen Offenbarungseid zu leisten brauchten?

Ist es wohl dem guten Ruf dienlich, wenn Sie in den Versammlungen rufen: „den kleinen Geschäftsleuten muß geholfen werden" und eröffnen dann unter der Firma Ihrer Frau ein niedliches Zweiggeschäft, womit Sie die stets opferfreudigen Geschäftsleute unserer kleinen Stadt Freyburg schädigen?

Es war wohl eine recht edle Tat, als Sie, Herr Hinkler, Deutschen eine deutsche Weihnachtsfeier „grundsätzlich verboten". Glaubten Sie tatsächlich, daß sich ein schlichter Arbeiter bereit finden würde, zuzustimmen, das für die Feier von den Mitgliedern „geopferte Geld" einem anderen Zwecke zuzuführen, etwa wie Sie es wünschten: „Wahlkosten" davon zu bezahlen? Die waren ja durch Sie, Herr Hinkler, entstanden. Nein, der Arbeiter ließ sich zu diesem Betrug nicht herbei, sondern das Geld wurde restlos für die Feier verwendet und damit 24 Männern und 32 Kindern eine Freude gemacht. Wenn danach sich ein Wutanfall bemerkbar machte, von dem Sie, Herr Hinkler, kein Arzt heilen konnte, war nichts daran zu ändern. Warum haben Sie nicht jenes Geld dazu verwendet, das Ihnen, Herr Hinkler, ein edeldenkender Mensch zu diesem Zwecke übergab, wie Sie selbst zugestanden haben, sondern ließen die von Ihnen veranlaßten Druckkosten von der so oft geschröpften Ortsgruppe bezahlen? Erinnern Sie sich an die RM. 150,—? Wo sind die geblieben? Vielleicht liegt auch dies Geld in einem Buch und ist bloß vergessen. — Wie war es doch mit dem Tambourstock, den Arbeiterfrauen aus ihren geringen Mitteln stifteten? Das Geld fand sich auch erst nach Jahr und Tag! Dies Eigentum der Ortsgruppe wurde einfach weggenommen, um sich in Halle durch eine großmütige Schenkung beliebt zu machen. Genau so wurde es mit den Trommeln und Pfeifen gemacht.

F Hinkler

Das Auto ist doch auch aus Parteimitteln gekauft. Warum meldeten Sie es auf Ihren Namen polizeilich an? Soll sich vielleicht der Fall „von Helldorf" wiederholen? Auch wäre es sehr angebracht, wenn Sie den sicheren Nachweis erbrächten, wo, wann und von welcher Seite Ihr Offizierspatent ausgestellt ist und bei welcher Gelegenheit Sie das E. K. I erhielten. Noch eins, sind Sie, Herr Hinkler, der einzige Gauleiter, welcher von München keine RM. 200,— erhält?

Nun zu Ihrer Funktion als Stadtverordneter, bezw. Magistratsassessor. Kam nicht immer bloß durch Ihre persönlichen Anrempelungen Störungen in die Sitzung? Hat sich dies nicht jetzt im Kreistag und Provinziallandtag, sowie im neuen Stadtparlament wiederholt? Sind Ihnen diese Posten nicht durch die Gnade der Arbeiter zugefallen, auf die Sie heute hetzen? Verträgt sich das Verhalten mit dem Grundsatz: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz?" Leben Sie, Herr Hinkler, immer nach diesem Grundsatz?

Das beste wird sein, Herr Hinkler, Sie treten von der politischen Bühne ab.

Hinkler ist übrigens wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit aus dem Staatsdienst entlassen worden.

F Hinkler

Adolf Hitler

Adolf Hitler nennt sich selbst „den besten Deutschen". Woher er das Recht dazu nimmt, ist zweifelhaft.

Er schwört auf germanische Rassenlehren. Aber wie ist das? Ist nicht seine Mutter, eine geborene Maly, eine Tschechin, die nur mühsam Deutsch sprechen konnte?

Der ehemalige Präsident der bayerischen Akademie der Wissenschaft, der Rassenhygieniker Geheimrat Prof. Dr. von Gruber, ein leidenschaftlicher Alldeutscher — also ein unverdächtiger Zeuge —, schreibt über Hitler:

> Zum erstenmal sah ich Hitler in der Nähe. Gesicht und Kopf **schlechte Rasse, Mischling.** Niedere fliehende Stirn, unschöne Nase, breite Backenknochen, kleine Augen, dunkles Haar. Eine kurze Bürste von Schnurrbart, nur so breit wie die Nase, gibt dem Gesicht etwas besonders Herausforderndes. Gesichtsausdruck nicht eines in voller Selbstbeherrschung Gebietenden, sondern des eines wahnwitzig Erregten. Wiederholtes Zucken des Gesichtsmuskels. Am Schluß Ausdruck beglückten Selbstgefühles.

Nach dem Zeugnis dieses hervorragenden Sachverständigen ist Hitler also ein „Rassenbastard".

Hitler hat vor seinem Bierkellerputsch im Januar 1923 dem Innenminister Schweyer sein Ehrenwort gegeben, daß er keinen Putsch unternehmen werde. Hat er dieses Ehrenwort gehalten? Er ist übrigens nicht nur wegen Hochverrates (Hitler-Putsch) vorbestraft, sondern auch wegen Landfriedensbruches.

Bezeichnend ist, was er selbst einmal über Propaganda gesagt hat:

> Die Aufgabe der Propaganda ist zum Beispiel nicht ein Abwägen der verschiedenen Rechte, sondern das ausschließliche Betonen des einen durch sie zu vertretenden. Sie hat nicht objektiv auch die Wahrheit, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen, um sie dann der Masse in doktrinärer Aufrichtigkeit vorzusetzen, sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen.
>
> (Hitler: Mein Kampf, Seite 200.)

Dieses dunklen Satzes kurzer Sinn ist: auf die Wahrheit kommt es bei der Propaganda nicht an. Nach diesen Grundsätzen arbeitet auch die von Hitler aufgezogene nationalsozialistische Propaganda.

Auch die Tapferkeit gehört nicht zu Hitlers hervorragendsten Eigenschaften. Bei seinem Bierkellerputsch erklärte er am 8. November 1923:

> „Der morgige Tag sieht Deutschland frei oder uns alle tot".

Der folgende Tag sah zwar die verblendeten Anhänger im Feuer der Maschinengewehre zusammenbrechen, er sah aber auch Herrn Hitler bei den ersten Schüssen unverwundet in seinem eleganten Benzwagen nach der Villa seines Freundes Hanfstängl in Utting am Ammersee fliehen.

F Hitler

Hitler hat persönlich die Finanzierung der nationalsozialistischen Bewegung durchgeführt. Unter seiner Aegide konnten die Nationalsozialisten in der schlimmsten Inflationszeit ihre Parteiangestellten und Prätorianergarden in ausländischer Valuta bezahlen. Hitler war im September 1923 in der Schweiz und brachte von dort einen ganzen Kabinenkoffer mit schweizer Franken und Dollarscheinen zum Parteitag nach Nürnberg mit. Auch für seine privaten Zwecke hatte Hitler ausländische Gelder zur Verfügung. (Nach Hitler und Kahr, die bayrischen Napoleonsgrößen von 1923, München bei Birk u. Co.).

> Mit den schweizer Franken ist Hitler großzügig umgegangen. So hat er dem Kunsthändler Keller im Frühjahr 1923 in Begleitung von Dietrich Eckardt ein Gemälde um frs. 500,— abgekauft (Hitler und Kahr, die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923, München bei Birk u. Co.).

Auch sonst führt er das Leben eines „Arbeiterführers". Am 1. Oktober 1929 bezog Adolf Hitler im elegantesten Viertel Münchens, am Prinzregentenplatz, eine Neunzimmerwohnung, die er von Direktor Rieß der Firma Held & Franke um 6 000 RM. Ablösung erwarb. Hitler bewohnt diese Riesenwohnung fast ganz allein. Nur ein einziges Zimmerchen wird von einem Hakenkreuzler-Ehepaar bewohnt, dessen weiblicher Teil für Hitler kochen muß, während der Mann der Kammerdiener des „Arbeiterführers" ist. Die Wohnung ist prunkvoll mit kostbaren neuen Möbeln eingerichtet, enthält ein Herrenzimmer, ein Rauchzimmer, ein Arbeitszimmer und ein Empfangszimmer. Für diese Wohnung zahlt Hitler jährlich 5520 RM. Miete ohne Dampfheizungszuschlag. Er besitzt ferner drei hochelegante Autos.

Sein Parteifreund Feder hat sich schon vor Jahren in einem Brief an Hitler darüber beklagt,

> daß Hitler im Kreise schöner Frauen Sektgelage feiert.

Der frühere nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Dinter, der Hitler genau kennt, weil er viele Jahre mit Hitler zusammengearbeitet hat, schreibt im „Geistchristentum":

> **Ich bin darüber genau unterrichtet, daß weder Hitler noch die Parteileitung überhaupt irgendeinen Plan hat, wonach einmal regiert werden soll. Noch jeder, der mit Hitler in gläubiger Begeisterung zum ersten Male persönlich zusammenkam, fühlt sich abgestoßen durch die Kälte, die von ihm ausgeht, er ist kühl rechnender Demagoge, der sich seine Rednergesten vor dem Spiegel einstudiert, dem jedes Mittel recht ist, die Massen zu betören und an sich zu fesseln, um sich in persönlichem Machtgefühl zu berauschen.** (Heft 21/22, 2. Jahrgang.)

F Hitler

Hitler, durch und durch dem politischen Materialismus und Egoismus huldigender, religionsloser Machiavellist, hat schon so oft die Unwahrheit gesagt, hat schon oft sein Wort nicht gehalten, wofür ich mehrere Beispiele an mir und anderen anführen kann; er duldet Parteigenossen, die nachweislich falsches Ehrenwort gegeben und ebensolche, die nachweislich ihr Ehrenwort gebrochen haben, nach wie vor in führender Stellung; er hat selber in mehreren mir genau bekannten Fällen ein mit den elementarsten Begriffen von Pflicht und Ehre unvereinbares Verhalten an den Tag gelegt, daß ich auf die feierlichsten Versicherungen Hitlers keinen Pfifferling mehr gebe (2. Jahrgang, Heft 17).

Endlich schreibt der frühere nationalsozialistische Abgeordnete Helmuth von **Mücke** in einem offenen Briefe vom 3. August 1920:

Ich verspreche mir nichts von der Zukunft einer Partei, deren Führer sich nicht einmal innerhalb der Partei durchsetzen kann, wobei es ein offenes Geheimnis ist, daß der Einfluß des Herrn Mutschmann darauf beruht, daß er als reicher Fabrikant Herrn Hitler sich finanziell verpflichtet hat.

Und

sowie die Juden ihre weißen Wochen machen, oder ihre Saisonausverkäufe, so empfiehlt sich in seinem eigenen Blatt Herr Hitler als zukünftiger Diktator und annonciert Bilder von sich zum Preise von RM. 13,50 auf Ratenzahlung, wahrscheinlich, um zu zeigen, daß er Führer einer Arbeiterpartei ist. Kurz gesagt:

Es ist ein Saustall.

Manfred von Killinger

Führer der sächsischen Landtagsfraktion der NSDAP. ist der Kapitänleutnant a. D. Manfred von Killinger. Ueber ihn teilt sein ehemaliger Fraktionsgenosse von Mücke am 3. 8. 29 in einem offenen Brief mit, daß er Mitglied eines Geheimbundes und der Brigade Ehrhardt ist und enge Beziehungen zu den Kreisen unterhalte, die seinerzeit an den Unterschlagungen der Gelder beim sächsischen Volksnotopfer beteiligt waren. Killinger habe ferner die Brigade Ehrhardt einmal der Regierung als Stütze der Republik angeboten. Hitler kannte diese Handlungen Killingers und

> „trotzdem er selbst die persönliche Eignung und die Charaktereigenschaften Killingers betreffend bisher ein vernünftiges Urteil gefällt hatte, nahm er jetzt nicht nur Herrn von Killinger in die Partei auf, sondern machte ihn zum Vertreter der Weltanschauung der NSDAP. im Sächsischen Parlament."

Killinger war Führer einer Femegruppe, die sich durch besonders bestialische Mordtaten auszeichnete. In dem Buch „Verräter verfallen der Feme" von Gumbel (Berlin 1929, Malik-Verlag) wird geschildert, wie die Opfer des Killinger-Trupps aussahen. Es heißt dort (S. 179):

> Erst vier Tage später fanden die Angehörigen Gelegenheit, nach den Toten zu suchen. Aus dem Schutt und Geröll eines Steinbruchs ragte ein Bein hervor. Mit den Händen scharrten die armen Angehörigen nun die Toten aus. Unsere Großmutter, die mit zugegen war, brach ohnmächtig zusammen und ist durch den Anblick wahnsinnig geworden. Die Köpfe waren von Seitengewehren zerhackt wie faulige Kohlrüben. Jeder Kopf war fünf- bis sechsmal gespalten. Augen und Gehirn quollen aus den zerfetzten Knochen hervor. Der Körper einer einzigen Leiche zeigte nicht weniger als vier Bauchschüsse, zwei Brustschüsse, 73 Bajonett- und Messerstiche.

Killinger selbst erzählt in seinem Buch „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben", daß er in München eine Frau mit der Reitpeitsche mißhandeln ließ. Auch rühmte er sich des Mordes an einem Bolschewisten. Als aber der Staatsanwalt dann ein Verfahren wegen Mordes gegen ihn einleitete, erklärte der nationalsozialistische Held kleinlaut, es sei nicht wahr, er habe bloß aufgeschnitten.

Diese Vergangenheit war für die NSDAP. eine genügende Empfehlung, Killinger zum Abgeordneten zu wählen.

F Killinger

Erich Koch

Nationalsozialistischer Gauleiter in Ostpreußen ist der ehemalige Eisenbahnassistent Erich Koch aus Elberfeld. Er war früher kaufmännischer Angestellter und dann von 1914—1928 Betriebsassistent bei der preußischen Eisenbahnverwaltung, Direktionsbezirk Elberfeld. Am 30. 7. 28 wurde er aus dem Reichsbahndienst entlassen, und zwar wegen unerlaubter Dienstentfernung, fortgesetzten Ungehorsams und schwerster Beleidigung und Herabwürdigung seines Amtsvorstandes.

Koch gehört zu den Agitatoren, die auch vor den übelsten Beschimpfungen und Verleumdungen ihrer politischen Gegner nicht zurückscheuen. Er ist infolgedessen wiederholt wegen Beleidigung von Ministern, denen er Landesverrat, und Schmähung des Andenkens der Kriegsgefallenen vorgeworfen hat, sowie sonstiger im öffentlichen Leben stehender Persönlichkeiten zu erheblichen Geldstrafen verurteilt worden. Eine ganze Reihe von Prozessen gegen Koch schwebt noch.

F Erich Koch

Wilhelm Kube

Der preußische Landtagsabgeordnete und Agitator Wilhelm Kube hat schon eine recht bewegte politische Laufbahn hinter sich. Während des Krieges war er bei den Deutsch-Konservativen, dann wechselte er der Reihe nach folgende Parteien:

Deutschnationale,
Deutsch-Völkische,
Nationalsozialistische Freiheitsbewegung,
Deutsch-Soziale,
Völkisch-Soziale.

Obwohl nun Adolf Hitler im ersten Band seines Werkes „Mein Kampf" auf Seite 68 sagt,

> Ein Führer, der die Plattform seiner allgemeinen Weltanschauung an sich, weil als falsch erkannt, verlassen muß, handelt nur dann mit Anstand, wenn er in der Erkenntnis seiner bisherigen fehlerhaften Einsicht die letzte Folgerung zu ziehen bereit ist. **Er muß in einem solchen Falle mindestens der öffentlichen Ausübung einer weiteren politischen Tätigkeit entsagen.**

hat Kube sich nicht an diese Leitsätze gehalten, sondern ist schließlich der NSDAP. beigetreten und wurde von ihr sofort als Funktionär, Redner und Abgeordneter anerkannt. Kurz vorher hatte Kube noch einen erbitterten Kampf gegen die Nationalsozialisten geführt. Die Plakate zu seinen früheren Versammlungen trugen den Vermerk:

„Juden und Nationalsozialisten ist der Zutritt verboten."

Auch hat sich Kube als Deutschvölkischer seinerzeit an den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin mit der Bitte um polizeilichen Schutz gegen den **nationalsozialistischen Versammlungsterror** gebeten. Kube schreibt:

Reichstag
Abgeordneter
Kube
Tgb. Nr. B. 1013/9/26.

Berlin, den 13. September 1926.
Büro: Berlin W 57, Bülowstraße 14, 3
Fernsprecher: Lützow 8080/81.

Einschreiben!

An den Herrn Polizeipräsidenten der Stadt Berlin,
Berlin C
Alexanderplatz, Polizeipräsidium.

Ew. Hochwohlgeboren!

unterbreite ich auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Versammlungsfreiheit vom 23. Mai 1923 folgende Beschwerde:

Seit mehreren Wochen wird — wahrscheinlich auf Anweisung aus der Gauleitung Berlin der Nationalsozialistischen Deutschen

FKube

Arbeiterpartei — immer wieder von halbreifen Jungens mit dem nationalsozialistischen Abzeichen, Deutsch-völkische Versammlungen zu sprengen versucht. Auch am Freitag, dem 12. September, fanden sich aus allen Teilen Berlins in der öffentlichen Versammlung der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung im Kriegervereinshaus (Konzertsaal), Chausseestraße 94, etwa 200 junge Leute der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein, die schon bei den Eröffnungsworten des Versammlungsleiters des Ingenieurs und Brunnenbauers Fuchs, Gerichtstraße 61 wohnhaft, mit ihrem Gejohle die Versammlung störten.

Immer wieder setzte bei den Ausführungen des Redners verabredetes Gebrülle ein. Hierauf übernahm der Bezeichnete den Versammlungsvorsitz und forderte auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Versammlungsfreiheit (s. Reichsgesetzbl., Jahrg. 1923 Nr. 37) den überwachenden Polizeihauptmann auf, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und die Störenfriede aus dem Saale zu weisen. Der Polizeihauptmann weigerte sich, einzugreifen. Trotz sechsmaliger Aufforderung erklärte er, es komme hier lediglich die gesetzliche Bestimmung über den Hausfriedensbruch in Frage und Zwischenrufe seien erlaubt. Als ich ihm sagte, daß das Geschrei von etwa hundert Leuten, wie „Schwindler, Lump" usw. nicht mehr als Zwischenrufe angesehen werden könnten, lächelte er und behauptete, das sei seine Sorge. — Jedenfalls stelle ich fest, daß der betreffende Beamte das Gesetz zum Schutze der Versammlungsfreiheit überhaupt nicht kannte. Ich ersuche das Polizeipräsidium um zweierlei:

1. Um ein kriminalpolizeiliches Ermittelungsverfahren, gegenüber der Gauleitung Berlin der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Hierbei bitte ich festzustellen, auf wessen Veranlassung die systematischen Störungen der Deutschvölkischen Versammlungen vor sich gehen.

2. Auf Grund der Ausführungsbestimmungen des Herrn Preußischen Ministers des Innern zum Gesetz vom 23. Mai 1923 um ein disziplinarisches Vorgehen gegen den Polizeihauptmann, der das Gesetz weder kannte noch in Anwendung brachte.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez.: W. Kube.
Vorsitzender der Wahlkreisorganisation Berlin der Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung. Mitglied des Deutschen Reichstags.

Kube stand auch lange Zeit im Verdacht, an der Fememord-Affäre Grütte-Lehder beteiligt zu sein. Er hat auch dem Fememörder Grütte-Lehder nachweislich einen Ausweis ausgestellt, der ihn zu Nachforschungen nach dem später von Grütte-Lehder ermordeten Müller ermächtigte.

Aus der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei wurde Kube 1927 durch Ehrengerichtsbeschluß ausgeschlossen.

Am Krieg hat Kube nicht teilgenommen. Er wurde zwar 1917 in Breslau als ungedienter Landsturm eingezogen und front-

FKube

dienstfähig geschrieben. Nach 21 Garnisontagen ließ er sich im Vollbesitz seiner Gesundheit aber von der Deutsch-Konservativen Partei als „unabkömmlich" reklamieren. Seine militärischen Titel und Orden hat er sich jedenfalls nicht im Weltkrieg erworben.

Für seine politische Sachkenntnis und die Sorgfalt seiner parlamentarischen Arbeit zeugt folgender Vorfall:

> Kube hat sich in einer kleinen Anfrage an den Preußischen Landtag der Stadt Mennighüffen angenommen, von der er behauptet, daß sie als ehemalige Waldeckische Stadt bei dem Anschluß Waldecks an Preußen zur Landgemeinde herabgedrückt worden sei, und für die er wieder Stadtrecht verlangt. Das preußische Innenministerium konnte darauf Herrn Kube nur antworten: „Eine Gemeinde Stadt Mennighüffen ist im Gebiete des früheren Freistaates Waldeck überhaupt nicht vorhanden.

Kube hat also in diesem Fall ein erstaunlich geringes Maß von politischer Sachkenntnis gezeigt. Das hindert ihn aber nicht, Männer, wie den Reichspräsidenten von Hindenburg in der arrogantesten Weise anzugreifen, und zu verhöhnen. Kube schreibt am 31. 3. 30 in der Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung:

> Die jammervolle Gegenwart stirbt in „volkskonservativer" Ehrfurcht, wenn ein mehr und mehr zur Sozialdemokratie übergehender Reichspräsident nach der Unterzeichnung des Youngplans zur „Einigkeit" im Sinne der Marlitt und der Courths-Mahler rät.

FKube

Richard Kunze

Jüngstes Mitglied der NSDAP. ist der unter dem Namen „Knüppelkunze" bekannte Agitator Richard Kunze.

Kunze hat eine mehr als bewegte politische Vergangenheit hinter sich. Vor dem Krieg war er freisinnig, dann gründete er eine Mieterpartei, von der er sich in die Stadtverordnetenversammlung wählen ließ. Er wurde auch gewählt, von den Mietern, und schloß sich sofort der — Hausbesitzerfraktion an. Er kämpfte damals auch als „Freisinniger" gegen die Konservativen, landete aber bald in der Konservativen Partei. Er wurde konservativer Parteisekretär in Sachsen. Schon seine damaligen Reden zeichneten sich durch wüste Judenhetze aus.

Während des Krieges war Kunze nicht an der Front. Er zog es vor, als Dolmetscher und Durchhalteprediger in Gardelegen Dienst zu tun. Diese Durchhaltevorträge ließ er sich auch noch teuer bezahlen. In Gardelegen ging es ihm so gut, daß er eine Villa mieten und umfangreiche Landwirtschaft betreiben konnte. Er hat während der Kriegszeit dort Lebensmittel, Mehl, Kartoffeln, Schinken und anderes — sehr hübsch gehamstert und mit seinen Kumpanen wilde Trinkgelage veranstaltet, bei denen er den Sekt aus Kommißstiefeln trank. So benahm sich diese neueste Erwerbung der „Frontsoldatenpartei" zu einer Zeit, in der tausende von deutschen Juden und „marxistischen" Arbeitern im Schützengraben verbluteten. Vom „Berliner Tageblatt" wurde Kunze wegen der Vorgänge in Gardelegen gestellt und zur Klage aufgefordert, hat Kunze es begreiflicherweise nicht zu einem Prozeß kommen lassen. Das hindert diesen Ehrenmann aber nicht, auf die jüdischen „Drückeberger" zu schimpfen.

Nach dem Kriege ging er zu den Deutschnationalen, obwohl ihn die Konservativen inzwischen hinausgeworfen hatten. Wieder hetzte er nach Kräften gegen die Juden. Er gab sich wiederholt fälschlich als Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei aus, obwohl er diesen Posten in Wirklichkeit niemals bekleidete. Später gründete er eine völkische Splittergruppe, die Deutschsoziale Partei. Auch hier war die Judenhetze wieder das Hauptzugstück. Früher hat allerdings Kunze über die Juden anders gedacht; denn als er noch in Friedeberg a. O. (Schlesien) Lehrer

war, ließ er sich von dem jüdischen Kaufmann Matzdorf, dem Vater eines seiner Schüler, einen Teppich schenken.

Den Namen Knüppelkunze hat er von der Erfindung und dem schwunghaften Verkauf eines eigenen Gummiknüppels „Heda", der für Kunze bekanntlich das politische Hauptargument darstellt. Auch eine Wursthandlung hat er eine Zeit lang betrieben.

In Oppeln hat er vor Jahren einen jungen Menschen angeschossen und schwer verletzt. Als seine deutsch-soziale Partei nicht mehr florieren wollte, gründete er eine völkische Sparvereinigung. Für diese hielt er wieder Agitationsvorträge ab, die er sich hoch bezahlen ließ und verbreitete 1929 noch durch Themen wie „Neue Inflation" Unruhe im Volk. Die bayerische Regierung verbot ihm allerdings seine Inflationshetze. Nachdem ihn auch seine eigene deutsch-soziale Partei ausgeschlossen hatte, landete er bei der NSDAP. — Er hat diesen Schritt getan, obwohl er die Nationalsozialisten und Völkischen früher aufs erbitterste bekämpft und ihnen vorgeworfen hatte, sie hätten von Stinnes und anderen Großkapitalisten Geld erhalten. Er selbst hatte Stinnes auch angebettelt, allerdings erfolglos. Im Jahre 1922 hat er den Generaldirektor der Borsigwerke in Oberschlesien ebenfalls erfolglos angebettelt. Er hat von ihm Geld verlangt, um die Arbeiterschaft im großindustriellen Sinn aufzuklären. Man kann der NSDAP. zu ihrem neuen **Arbeiter**-Führer nur gratulieren.

F Kunze

Münchmeyer

Einer der radikalsten nationalsozialistischen Agitatoren ist der ehemalige Pastor Münchmeyer. Münchmeyer hat ein bewegtes Leben hinter sich. Er hat fünf verschiedenen Parteien angehört. Erst war er deutschnational, dann bei den Welfen, dann war er bei der völkischen Freiheitspartei, dann beim völkischen Block und jetzt ist er bei den Nationalsozialisten gelandet. Und das alles im Laufe dreier Jahre. Als Welfe bekämpfte er die Nationalsozialisten. Heute, als Nationalsozialist, bekämpft er die Welfen. Wo wird Münchmeyer morgen stehen?

Es ist übrigens bezeichnend, daß ihn die Nationalsozialisten trotz seines fortwährenden Parteiwechsels als „Führer" und Kandidat verwenden, zumal Hitler in seinem Werk „Mein Kampf" Band 1, Seite 68, sagt:

> Ein Führer, der die Plattform seiner allgemeinen Weltanschauung an sich, weil als falsch erkannt, verlassen muß, handelt nur dann mit Anstand, wenn er in Erkenntnis seiner bisherigen fehlerhaften Ansicht die letzte Folgerung zu ziehen bereit ist. Er muß in einem solchen Falle mindestens der öffentlichen Ausübung einer weiteren politischen Tätigkeit entsagen.

Herr Münchmeyer hat dies nicht für notwendig befunden, er handelt also nach Hitlers eigener Ansicht nicht mit Anstand.

Münchmeyer ist kein Pfarrer mehr, wenn er sich auch unbefugter Weise so nennt. Das evangelisch-lutherische Landeskirchenamt in Hannover erklärte Ende Februar 1929, daß Münchmeyer sein Pfarramt am 19. Mai 1928 unter Verzicht auf die Rechte des geistlichen Standes niedergelegt hat, und zwar, nachdem in einem Beleidigungsprozeß belastendes Material gegen ihn als erwiesen festgestellt wurde. Münchmeyer hat nach der Erklärung des Landeskirchenamtes Titel, Anstellungsfähigkeit, Pensionsansprüche und die Fähigkeit zur Vornahme geistlicher Amtshandlungen verloren.

Vom Schöffengericht in Emden ist Münchmeyer wegen Verleumdung mit Gefängnis vorbestraft. Fürwahr, der richtige Vorkämpfer einer Partei, die nach ihrem Programm der Verwendung der bewußten Lüge, also der Verleumdung als politisches Kampfmittel entgegentreten will!

Das Schöffengericht in Emden stellt in seinem Urteil vom 7. Mai 1926 von Münchmeyer fest,

a) daß er sich „wiederholt an Frauen heranmachte" und sie sich, teils „unter Ausübung eines unzulässigen Druckes", teils, indem er sich als „reicher Kaufmann" ausgab, gefügig machen wollte, und daß „ein solcher Geistlicher den Namen eines Geistlichen nicht verdient, sondern daß er sich gefallen lassen müsse, wenn er als falscher Priester bezeichnet wird."

F Münchmeyer

b) Daß er sich als Arzt und medizinischer Sachverständiger, ebenso als Jurist mit drei Semester Jura ausgegeben hat, obwohl er weder Medizin noch Jura studiert hatte.
„Das war wissentlich falsch und eine Lüge, und eines Geistlichen durchaus unwürdig."

c) Daß er im Gotteshaus über Dinge und in einer Form gesprochen hat, die „nicht nur die Kirche gefährden, sondern auch im Munde eines Geistlichen absolut verwerflich sind."

d) Daß er „verwerflichen Terror" gegen Geschäftsleute, seine eigenen Pfarrkinder, ausgeübt hat.

e) Daß er unter der „lächerlichen Ausrede" eine Narbe am Körper eines Mädchens „kontrollieren" zu wollen, unsittliche Berührungen vornahm.

f) Daß er „Gerüchte in die Welt zu setzen" wagte, für die er „hernach die Unterlagen zur Verfügung zu stellen sich weigerte" und daß er „nach Art alter Klatschweiber" herumging, um eine einwandfreie deutsche Familie zu verleumden und in Mißkredit zu bringen."

Münchmeyer ist einer der radikalsten Hetzer gegen die Republik und wurde erst im Mai 1930 wieder wegen zweier Vergehen gegen das Republikschutzgesetz in Magdeburg zu 1500 RM. Geldstrafe verurteilt. Das hat ihn aber nicht gehindert, sein eisernes Kreuz erster Klasse, das er in Versammlungen stets vorzeigt, sich im Jahre 1921 von der Republik zu erbitten.

So ist also auch bei diesem „Führer" in der Praxis manches anders als in seinen Theorien.

F Münchmeyer

Mutschmann

Gauführer der NSDAP. in Sachsen ist der Plauener Fabrikant Mutschmann, der Besitzer einer Spitzenfabrik, des Strickereiwerkes Brockau, der Firma Mutschmann und Eisentraut und Mitinhaber des Sauerstoffwerkes Rößler u. Co. Ein kleiner sächsischer Trustkönig also. Seine Gauführerschaft muß er allerdings schwer bezahlen. Bis zum August 1929 hat er rund RM. 70 000,— für die nationalsozialistische Bewegung geopfert. Ueber ihn schreibt der frühere nationalsozialistische Landtagsabgeordnete in Sachsen, Kapitänleutnant a. D. Hellmuth von Mücke in einem offenen Briefe am 3. 8. 29:

> Herr Hitler ist im Laufe der letzten Jahre mehrmals nicht imstande gewesen, mir gegebene, bindende Versprechen, gegen den Willen des sächsischen Gauleiters, des Spitzenfabrikanten Herrn Mutschmann in Plauen, durchzudrücken. Ich verspreche mir nichts von der Zukunft einer Partei, deren Führer sich nicht einmal innerhalb der Partei durchsetzen kann, wobei es ein offenes Geheimnis ist, daß der Einfluß des Herrn Mutschmann darauf beruht, daß er als reicher Fabrikant Herrn Hitler sich finanziell verpflichtet hat.

In einem anderen Briefe Mückes vom 29. 8. 29 heißt es:

> In Sachsen zum Beispiel kommandiert Herr Mutschmann und nach dessen Pfeife muß Hitler tanzen.

Gegen diesen Mutschmann hatte die Plauener Volkszeitung den Vorwurf erhoben, daß er „nicht nur Unternehmer und Fabrikant schlechthin sei, er sei auch mit den Ausbeutungsmethoden aufs beste vertraut." Der verantwortliche Redakteur dieser Zeitung wurde von Mutschmann verklagt und zwar wegen formeller Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt, doch wurde in dem Prozeß festgestellt:

1. Mutschmann hat schon im Jahre 1922 seine Arbeiter untertariflich bezahlt und zwar in einigen Fällen RM. 25,—, statt der tariflichen RM. 74,— in anderen RM. 12,— statt RM. 30,—. Unter dem Druck der Gewerkschaften mußte er die Differenz nachzahlen. Auch in neuerer Zeit konnten Mutschmann derartige Fälle nachgewiesen werden.
2. Einer armen Arbeiterin hat die Firma Mutschmann und Eisentraut ständig zu wenig Lohn in ihr Lohnbuch eingetragen.
3. Mutschmann hat eine Arbeiterin entlassen, weil deren Mann sich abfällig über die schlechte Bezahlung der Heimarbeiter durch Mutschmann äußerte.
4. Im Stickereiwerk Brockau wurden die vereinbarten Garantielöhne nicht bezahlt. Trotz der tariflichen Abmachungen, wonach Nebenarbeiten, wie Pflege der Maschinen im Zeitlohn zu bezahlen sind, hat Mutschmann diese Arbeiten nicht ge-

sondert bezahlt, sondern sich mit den schlechten Akkordsätzen der Arbeiter begnügt. Die Ausrechnung der Löhne lag in diesem Betrieb in den Händen eines Stickmeisters, dem die Firma nicht einmal den Tarifvertrag zugestellt hatte, so daß er ihn nicht kannte. Diesem Mann überließ Mutschmann fast völlig die Leitung des Betriebes.

5. Im Sauerstoffwerk Rößler, dessen Mitinhaber Mutschmann ist, mußte ein Heizer bei einer Bezahlung von RM. —,70 Stundenlohn zwölf Stunden pro Tag am Ofen arbeiten, manchmal wochenlang, ohne Nachtzuschlag bei Schichtarbeit, und ohne Zuschlag bei Ueberstunden.
6. In der Firma Mutschmann und Eisentraut verdient eine Heimarbeiterin in sechs Stunden ganze RM. —,32, obwohl ihr ein Stundenlohn von RM. —,35 zugesagt und der Tarif noch höher war.
7. Auch diese Firma mußte von den Gewerkschaften gezwungen werden, die zu wenig gezahlten Lohnbeträge den Arbeiterinnen nachträglich zu vergüten.
8. Die Plätterinnen dieser Firma erhielten einen Stundenlohn von RM. —,45, obwohl der Tarif RM. —,47½ vorsah.
9. Eine Tariferhöhung, die am 13. 3. 27 in Kraft treten sollte, wurde erst vom 12. 4. an gezahlt. Der Differenz trauern die Arbeiter heute noch nach.
10. Mutschmann hat erwiesenermaßen einer Arbeiterin Ohrfeigen angeboten.
11. Mutschmann hat einen Schwerkriegsbeschädigten aufs Pflaster gesetzt und mußte durch ein Gerichtsurteil zu seiner Wiedereinstellung gezwungen werden.
12. Einen Lehrling ließ Mutschmann ständig 10—10½ Stunden, manchmal bis zu 14 Stunden, arbeiten.
13. Ein Zeichner, der wöchentlich 60—70 Stunden arbeitete, erzielte damit einen Wochenverdienst von RM. 29,— bis RM. 36,—.

So behandelt der Führer einer „Arbeiterpartei", die ihre Anhänger dauernd gegen die „jüdischen Ausbeuter" aufhetzt, seine Arbeiter und Angestellten!

F Mutschmann

Ernst Graf Reventlow

Außenpolitischer Sachverständiger der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion ist der Abgeordnete Ernst Graf Reventlow. Er war früher See-Offizier, heiratete eine Französin und mußte deshalb als Kapitänleutnant den Dienst quittieren. Er wurde dann Mitarbeiter des „**Berliner Tageblatts**", das die NS. wo nur immer begeifern, darauf Chefredakteur der „Täglichen Rundschau". Als solcher griff er die Marineleitung, Tirpitz, Kaiser Wilhelm und den Prinzen Heinrich in der heftigsten Weise an. Er hatte auch mit dem Offiziersehrengericht wegen Angriffen auf verschiedene Kavallerieoffiziere zu tun. Später ging er ins antisemitische Lager über, wurde Redakteur der „Deutschen Tageszeitung" und schließlich des „Deutschen Tageblatts". Er gibt jetzt ein eigenes Wochenblatt, den „Reichswart" heraus.

In seinem 1920 erschienenen Buch „Politische Vorgeschichte des großen Krieges" sprach er von dem „abhängigen und zur Servilität neigenden Wesen des deutschen Volkes". Heute tritt er als „Freiheitskämpfer" auf. Reventlow gehört zu denen, die die Schwindelprotokolle der Weisen von Zion glaubten, und weiter verbreiteten. Er behauptete sogar, der hebräische Schriftsteller Achad Haam habe diese Protokolle verfaßt. Von diesem wegen Verleumdung verklagt, mußte er im März 1923 diese Behauptung zurücknehmen.

R. gehörte nach dem Kriege der deutschnationalen, dann der deutschvölkischen Freiheitspartei an, die mit den NS. in schärfstem Kampf lag. Nach dem Zusammenbruch dieser Partei bat R. bei der NSDAP. um gnädige Aufnahme. Sie wurde ihm gewährt, nachdem er feierliche Versicherungen, sich in Zukunft gut zu führen, abzugeben gezwungen wurde.

In letzter Zeit hat sich Reventlow zum radikalen Sozialisten entwickelt und wiederholt gegen die Außenpolitik der Münchener Parteizentrale Stellung genommen.

Reventlow hat schon vor Jahren in der Roten Fahne für ein Zusammengehen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten Reklame gemacht, wie er überhaupt auch als Vorkämpfer eines Zusammengehens zwischen Deutschland und dem bolschewistischen Rußland anzusprechen ist. Er ist auch von dem Kampf des indischen Nationalismus gegen England begeistert, ganz im Gegen-

satz zu der englandfreundlichen Haltung Hitlers. Endlich hat er sich in letzter Zeit mit Nachdruck gegen die Aufnahme der „Exzellenzen" (Litzmann, Liebert, Prinz August Wilhelm usw.) in die NSDAP. gewandt.

Am Weltkrieg hat Reventlow als angeblich herzleidend nicht teilgenommen. Obwohl man von ihm als einem ehemaligen Offizier hätte erwarten können, daß er sich als einer der ersten zur Front meldete, hat er eine behagliche Redaktionsstube in Berlin den Mühen und Gefahren des Krieges vorgezogen.

Hitlers Urteil über Reventlow ist wenig schmeichelhaft. Hitler hat am 21. Mai in seiner großen Aussprache mit Dr. Otto Straßer, dem Führer der Opposition, unter anderem erklärt,

> er halte eine Aussprache mit dem Grafen Reventlow für völlig überflüssig und ergebnislos, da Reventlow ein alter Mann sei, noch dazu ein reiner Journalist, der seine seit Jahrzehnten vertretenen Ansichten nicht mehr ändern könne und gewissermaßen ein hoffnungsloser Fall wäre.
>
> (Der „Nationale Sozialist" Nr. 116 v. 11. 7. 30.)

Trotz dieser vernichtenden Kennzeichnung folgt Reventlow aber immer noch den Fußtapfen Adolf Hitlers, obwohl er diesen nach einer unwidersprochenen Mitteilung der „Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschland" (Nr. 180 vom 1. 7. 30) für einen „politischen Jules Verne" hält.

F Reventlow

Hans Schemm

Oberfränkischer Gauführer der Nationalsozialisten ist der Bayreuther Lehrer und Landtagsabgeordnete Hans Schemm. Trotz gesunder und gerader Glieder hat er am Weltkriege nicht teilgenommen, sondern es vorgezogen, in einem Bayreuther Laboratorium Meerschweinchen zu impfen. Schemm hat übrigens auch schon eine recht vielseitige politische Laufbahn hinter sich. — Früher war er radikaler Demokrat.

Bei der Abtretung eines Bauplatzes an einen Kollegen verlangte Schemm für die darauf eingetragene Hypothek als grundsatztreuer Vorkämpfer der „Brechung der Zinsknechtschaft" 9% Zinsen. (Nationalsozialismus und Bauerntum v. O. Weber, Weimar 1929, S. 66.)

Schemm hatte wiederholt mit den Gerichten zu tun. Gegen ein jüdisches Mädchen und einen jüdischen Geschäftsmann erhob er ehrenrührige Vorwürfe, die er in der Gerichtsverhandlung kläglich zurücknehmen mußte*), da die Geschichten frei erfunden waren. Vom Schwurgericht in Koburg wurde er wegen Vergehens gegen die Religion und Aufreizung zum Klassenhaß zu RM. 300,— Geldstrafe verurteilt.

*) Fränk. Volksfreund v. 21. 2. 30.

Gregor Straßer

Reichsorganisationsleiter der NSDAP. nennt sich der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor **Straßer**. Manchmal läßt er sich auch im Anklang an irgendwelche Karl-May-Erinnerungen seiner Jugend als „Schrecken des Reichstages" titulieren.

Sein ehemaliger Parteigenosse Dr. **Dinter** bezeichnet ihn weniger schmeichelhaft als den

> auf dem Umwege über ein Reichstagmandat bezahlten Parteisekretär Hitlers.

In seiner Zeitschrift „Das Geistchristentum" (Heft 16) schreibt Dinter über Straßer:

> Der Name Straßer ist ein gut jüdischer Name; auch ein jüdischer Führer der österreichischen Sozialdemokratie heißt so und vor etwa Jahresfrist waren die deutschen Zeitungen von einem jüdischen Verbrecher gleichen Namens voll. Ein Blick in das Ponim des Herrn Gregor Straßer und seine charakteristischen Geschäfts- und Kampfmethoden . . . auch ein Blick über die in „Burschoablut" getauchte äußere Aufmachung seiner 12—17 Zeitungen und in das Palaver ihres verworrenen blutrünstigen Inhalts bestätigt ohne weiteres diesen rassischen Zusammenhang. Von seinen eigenen Parteigenossen — ich besitze darüber Zuschriften aus Parteikreisen — wird Herr Gregor Straßer als Jesuit bezeichnet; ein leibhaftiger Bruder ist, wie mir aus seiner nächsten Umgebung versichert wird, sogar Pater. Juden und Jesuiten sind also in der Person des Herrn Gregor Straßer auf das schönste vereinigt. Es wäre überhaupt interessant, sich die „Köpfe" der Hitlerpartei einmal daraufhin anzusehen.

Der ehemalige Führer des völkischnationalen Blocks **von Gräfe-Goldebee**, der zusammen mit Straßer nach dem Hitlerputsch gegen die heutigen Parteigenossen Straßers, gegen Esser und Streicher kämpfte, urteilt über Straßer:

> Der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Straßer gehört schon im Reichstag zu denjenigen, die da glauben, daß der Ton der Gosse die Legitimation für den „großen Politiker" ausmache; in seinem Berliner nationalsozialistischen Wochenblättchen pflegt er sich aber in dieser Beziehung noch selbst zu übertrumpfen . . . man verlangt bekanntlich vom Ochsen nicht mehr denn ein Stück Rindfleisch. Und so auch von diesem fanatischen Römling keine objektive oder gar gesittete Wahrheitsliebe . . . wohl aber bemüht sich der Römling Straßer ausgerechnet unter nationalsozialistischer Firma dem Juden Bernstein zu sekundieren — immer wieder Kaftan und Kutte als gemeinsame Feinde völkischer Erneuerung! . . Womit ich das unästhetische Kapitel Gregor Straßer verlasse.

Straßer antwortete auf diese Charakterisierung in der ihn kennzeichnenden „gepflegten" Sprache:

> Der getroffene Hund bellt! Doch beleidigen wir dieses edle Tier nicht, denn es ist ja nicht von ihm, sondern von dem größten Verleumder die Rede, dem „ehrenwerten" Herrn von Gräfe-

Goldbee. Gleich einem Schwein, das sich in dem Morast der Kloake wälzte und dann den Dreck überall hinträgt, das Saubere schmutzig und das Helle blind macht, bewegt er sich in seinem Deutschen Tageblättchen. Daß er Straßer mit dem Juden Bernstein zusammenkoppelt und daraufhin schreibt, daß „Kaftan und Kutte als gemeinsame Feinde völkischer Erneuerung" anzusehen seien, wobei er unter Kaftan den Juden Bernstein und unter Kutte den Nationalsozialisten Straßer verstanden haben will, das zeugt von der abgrundtiefen, fürsorgereifen Niedrigkeit, Schmutzigkeit, Gemeinheit und eines Zuhälters würdigen Sinnesart des „völkischen" Herrn von Gräfe.

„Zuhälter" ist überhaupt der Lieblingsausdruck Gregor Strasſers. Er kehrt in allen seinen Reden und Aufsätzen immer wieder.

Straßer hat vor dem Hitlerputsch den Behörden sein Ehrenwort gegeben, daß er sich an keiner gewaltsamen Unternehmung beteiligen werde, er werde keinen Putsch machen. Darauf ließen sie ihn und seinen Trupp nach München hinein. Dort machte Herr Straßer natürlich sofort den Hitler-Putsch mit. Als man ihm später seinen Ehrenwortbruch vorhielt, meinte er, wenn die anderen so dumm gewesen wären und ihm geglaubt hätten, so trügen sie selbst die Schuld daran.

Straßer fungierte dank seiner Abgeordnetenimmunität als verantwortlicher Redakteur. Wenn er sich wegen der maßlosen Hetze seiner Zeitungen verantworten soll, so findet er Ausreden über Ausreden, um sich der gerichtlichen Verfolgung zu entziehen oder sie hinzuzögern. In seinen Reden aber spielt das Wort „Verantwortung" eine große Rolle.

Im übrigen hatte er in letzter Zeit eine Reihe von Differenzen mit Hitler und der Münchener Parteileitung, die gegen den Ueberbolschewismus der Straßer-Presse und deren abweichende Haltung in außenpolitischen Fragen (antienglisch, prorussisch) wiederholt Stellung genommen hat. Im Gegensatz zu seinem Bruder Otto hat er sich aber schließlich dem Machtspruch Hitlers unterworfen. Als Belohnung dafür ist er von der NSDAP. wiederholt als Ministerkandidat genannt worden.

F Straßer

Julius Streicher

NSDAP.-Führer Nürnberg ist der ehemalige Volksschullehrer und Landtagsabgeordnete Julius **Streicher.** Obwohl ein Politiker nach Ansicht Hitlers sich aus dem politischen Leben zurückziehen soll, wenn er seine Grundgesinnung ändert, ist Streicher seit Jahren Führer der NSDAP., trotzdem er früher ein begeisterter Anhänger der Fortschrittspartei und sogar der USP. (nach Eisgruber, „Völkische Führer", Verlag Viktor Engel, Leipzig, S. 40) war.

Streicher hat folgende Spezialität: Er erfindet gruselige Judengeschichten, die schlimmer sind als die ärgsten Hintertreppenromane. So reitet er in seinem „Stürmer" seit Jahren auf einigen jüdischen Sittlichkeitsverbrechern herum, als ob rund 600 000 deutsche Juden etwas dafür könnten, wenn einzelne wenige von ihnen als Sittlichkeitsverbrecher erkannt und bestraft werden. Aber das ist die Stärke des Stürmers, daß er dauernd widerwärtige Sexualprozesse mit all ihren ekelerregenden Einzelheiten beschreibt und sogar mit Bildern illustrieren läßt. Deswegen kaufen Jugendliche das Blatt, deswegen ist seine Auflage so beträchtlich, daß Herr Streicher pro Jahr Zehntausende an Reinverdienst aus dem Blatt zieht.

In der Auswahl seiner engeren Parteifreunde ist er nicht sonderlich wählerisch. Durch seinen Einfluß wurde der wegen elffachen Bandendiebstahls vorbestrafte Wiesenbacher bayerischer Abgeordneter. Der nationalsozialistische Abgeordnete **Holzwarth** schrieb in der „Deutschen Presse" vom 21. 8. 24 über Streicher:

> Streicher und Genossen sind heute die schlimmsten Bonzen, Terroristen und Lügner . . . Ueber Streichers Finanzwirtschaft an der Ortsgruppe Nürnberg, über seine selbstlose Tätigkeit als Redner und Agitator will ich heute schweigen, um nicht noch trübere Schlammfluten aufrühren zu müssen. Zusammenfassend nur das Eine, daß Herr Streicher in Bezug auf Wahrung seiner persönlichen und Geldbeutel-Belange den Sozibonzen durchaus erfolgreich Konkurrenz machen kann . . .
>
> . . . Streicher verkehrte seinerzeit viel in der Familie eines Arztes Dr. J. in J., der ihm sein Auto sehr häufig für Versammlungen zur Verfügung stellte. Meist fuhr die Frau Doktor im Auto mit. Und so entspann sich allmählich etwas das zu nachstehenden Folgen führte: Eines Tages kam Streicher mit einem Auto von Nürnberg nach J.; die Frau Doktor stieg zu ihm hinein und — und ward nicht mehr gesehen. In J. natürlich, denn in Nürnberg ward sie noch sehr oft an der Seite Streichers gesehen; in öffentlichen Lokalen, Bars und Dielen. Nun ist die Ehe des Dr. J. geschieden. Damals warfen uns die Juden das öffentlich vor: **das sind die Völkischen, saubere Lait, die andern Moral predigen und selber die Frauen ihrer eigenen Parteigenossen verführen . . .**
>
> Streicher hat es bisher großartig verstanden, die anständigen Elemente aus der Bewegung hinauszuekeln und sich mit einem Anhang umgeben, der geradezu abstoßend wirkte. Von Denkert, Donath angefangen über Bürger, Preßl bis zu seinem heutigen

Adlatus, Kaufmann Steinberger, mit dessen Auto er ständig fährt und von dem er ganz genau weiß, daß er 16mal vorbestraft ist, zuletzt 1914 mit 4½ Jahren wegen schweren Einbruchdiebstahls.

Am 23. Januar 1928 kam es in Nürnberg in einer nationalsozialistischen Versammlung zu einer wüsten Schlägerei zwischen den Anhängern und Gegnern Streichers in der Partei. Der frühere nationalsozialistische Stadtrat und Studienrat Extl hat im Juli 1928 vor dem Schwurgericht als Zeuge Streicher schwer belastet und später sogar öffentlich gegen dessen Vorgehen Stellung genommen.

Eine besonders widerliche Hetze entfachte Streicher gegen Stresemann. Ueber das Grab hinaus beschimpfte er in gemeiner Weise den verstorbenen Minister. Kurz nach Stresemanns Tod erklärte Streicher, in einer Versammlung im Münchener Bürgerbräukeller:

> Man dürfte sich, so führte Streicher nach dem Bericht eines durchaus zuverlässigen Ohrenzeugen aus, über den frühen Tod Stresemanns nicht wundern; bei einem so guten Leben, wie es Stresemann geführt habe, komme der Tod immer früher. Die Kopfbildung Stresemanns sei der Schlüssel zu seinem Handeln gewesen. Sein Mongolengesicht habe dessen Verschlagenheit kundgetan. In diesem Zusammenhange führte er Beispiele dafür aus dem Zoologischen Garten an. Stresemann werde jetzt als großer Europäer bezeichnet und das sei gleichbedeutend mit Verräter. Er sei ein Werkzeug der Juden gewesen. Nun verstieg sich Streicher zu einer ungeheuren Verdächtigung unserer regierenden Staatsmänner, indem er sagte: „Wer in der Republik den Nachweis bringt, daß er ein Gauner ist, der kann Minister werden; vielleicht später, wenn einmal der Präsidentenstuhl frei ist, auch Reichspräsident". Tosender Beifall einer verhetzten Masse war die Quittung, die sich Streicher wünschte. Dann kam er auf die Fememörder zu sprechen. Erzberger und Rathenau seien nicht ermordet, sondern getötet worden. Die Täter seien keine Mörder gewesen, sondern „Kerle".

Dazu schreibt die Bayerische Staatszeitung:

> Den anständigen Menschen faßt tiefster Ekel an, wenn er sich mit solchen unglaublichen Roheiten beschäftigen muß. Ein Mann, der es fertig bringt, eine Woche nach dem Tode eines Reichsministers und unter den Augen eines so verehrungswürdigen Reichspräsidenten, wie Hindenburg, so zu reden, verdient tiefste Verachtung. Die große Oeffentlichkeit muß sich aus reinem Anstandsgefühl dagegen wehren und verwahren, daß so ein Mann eine Vorzugsstellung einnehmen kann, wie sie in der Immunität eines Abgeordneten gegeben ist. Es ist einfach untragbar, daß der in der Immunität gelegene Schutz es ermöglicht, das zu tun, was man nur in den untersten Gründen der Kloaken vorzufinden gewöhnt ist. Es graut dem Freund der Jugend geradezu, zu wissen, daß der Redner vor kurzem noch Jugenderzieher war, und ihm die Kinder christlicher Eltern anvertraut waren. Ein „Pfui Teufel" ist nur der mildeste Ausdruck für das, was eigentlich zu so einer Leistung zu sagen wäre. Gott behüte uns vor solchen Befreiern! (Coburger Volksblatt v. 14. 10. 1929.)

F Streicher

Streicher ist oft wegen Beleidigung, übler Nachrede, Religionsvergehen, Aufreizung usw. vorbestraft und zwar zum Teil mit Geld-, zum Teil mit Freiheitsstrafen. Seines Lehreramtes wurde er wegen seiner Hetze enthoben.

In letzter Zeit hatte er allerdings Pech. Nachdem er sich schon früher in unerhörter Weise an seiner eigenen Parteibewegung bereichert haben soll — er soll sich zum Beispiel für einen Vortrag in Ingolstadt RM. 600,— haben zahlen lassen — wurde er nunmehr vom Bayerischen Landtag zur Strafverfolgung freigegeben, nachdem seine eigenen Parteigenossen gegen ihn eine Strafanzeige wegen Betruges erstatteten. Streicher wurde in diesem Zusammenhange vorgeworfen, daß er dem Hauptkassierer der Partei eine Rechnung über RM. 500,— für Fahnentuch habe vorlegen lassen, den Betrag nach Abzug von 10% auch erhalten habe, obwohl er das Fahnentuch niemals gekauft hatte. Auch einen gefälschten Schuldschein soll er der Parteizentrale anzudrehen versucht haben. Ferner wird ihm vorgeworfen, das die Nürnberger Nazigruppe 1926/27 über 36 000,— RM. eingenommen habe, die Streicher als Vorsitzender zur persönlichen Bereicherung einiger Führerpersönlichkeiten verwandt habe, und über die er sich hartnäckig weigere, ordnungsgemäß Rechnung abzulegen.

Diese Anschuldigungen gingen vor wenigen Monaten unwidersprochen durch die Tagespresse. (Fränk. Tagespost v. 28. 2. 1930, Münchner Post v. 28. 2. 1930, Vorwärts v. 28. 2. 1930.) Es ist nicht unsere Aufgabe, ihre Richtigkeit nachzuprüfen, zumal Streicher bis jetzt anscheinend nichts unternommen hat, um sich gegen diese schweren öffentlich erhobenen Vorwürfe zu verteidigen. Solange er seine Unschuld nicht nachweist, wird man angesichts der vielen Vorstrafen Streichers den Anklagen seiner eigenen Parteifreunde und der Presse Glauben schenken können.

F Streicher

Nationalsozialisten über Nationalsozialisten

Dinter über Straßer:

Der Name Straßer ist ein gut jüdischer Name. — Auch ein jüdischer Führer der österreichischen Sozialdemokratie heißt so und vor etwa Jahresfrist waren die deutschen Zeitungen von einem jüdischen Verbrecher gleichen Namens voll. Ein Blick in das Ponim des Herrn Gregor Straßer und seine charakteristischen Geschäfts- und Kampfmethoden . . . auch ein Blick über die in „Burschoablut" getauchte äußere Aufmachung seiner 12 bis 17 Zeitungen und in das Palaver ihres verworrenen, blutrünstigen Inhalts bestätigt ohne weiteres diesen rassischen Zusammenhang. Von seinen eigenen Parteigenossen — ich besitze darüber Zuschriften aus Parteikreisen — wird Herr Gregor Straßer als Jesuit bezeichnet . . . Juden und Jesuiten sind also in der Person des Herrn Gregor Straßer auf das Schönste vereinigt.

(Geistchristentum, Jahrg. 1929, Heft 16.)

Dinter über Hitler:

Ich bin darüber genau unterrichtet, daß weder Hitler noch die Parteileitung überhaupt irgendeinen Plan hat, wonach einmal regiert werden soll. Noch jeder, der mit Hitler in gläubiger Begeisterung zum ersten Male persönlich zusammenkam, fühlt sich abgestoßen durch die Kälte, die von ihm ausgeht, er ist ein kühl rechnender Demagoge, der sich seine Rednergesten vor dem Spiegel einstudiert, dem jedes Mittel Recht ist, die Massen zu betören, und an sich zu fesseln, um sich in persönlichem Machtgefühl zu berauschen.

(Geistchristentum, Jahrg. 1929, Heft 21/22.)

Hitler, durch und durch dem politischen Materialismus und Egoismus huldigender, religionsloser Machiavellist, hat schon so oft die Unwahrheit gesagt, hat schon oft sein Wort nicht gehalten, wofür ich mehrere Beispiele an mir und anderen anführen kann; er duldet Parteigenossen, die nachweislich falsches Ehrenwort gegeben und ebensolche, die nachweislich ihr Ehrenwort gebrochen haben, nach wie vor in führender Stellung; er hat selber in mehreren mir genau bekannten Fällen ein mit den elementarsten Begriffen von Pflicht und Ehre unvereinbares Verhalten an den Tag gelegt, daß ich auf die feierlichsten Versicherungen Hitlers keinen Pfifferling mehr gebe.

(Geistchristentum, Jahrg. 1929, Heft 17.)

Mücke über Hitler:

Ich verspreche mir nichts von der Zukunft einer Partei, deren Führer sich nicht einmal innerhalb der Partei durchsetzen kann, wobei es ein offenes Geheimnis ist, daß der Einfluß des Herrn Mutschmann darauf beruht, daß er als reicher Fabrikant Herrn Hitler sich finanziell verpflichtet hat.

(Mückes offener Brief in der Fränkischen Tagespost vom 3. 8. 29.)

So wie die Juden ihre weißen Wochen machen oder ihre Saisonausverkäufe, so empfiehlt sich in seinem eigenen Blatt Herr Hitler als zukünftiger Diktator und annonciert Bilder von sich

zum Preise von RM. 13,50, wahrscheinlich um zu zeigen, daß er Führer einer Arbeiterpartei ist. Kurz gesagt: Es ist ein Saustall.

(Mückes Brief an Friedrich, vom 29. 8. 29.)

Holzwarth über Streicher:

Streicher und Genossen sind heute die schlimmsten Bonzen, Terroristen und Lügner. Ueber Streichers Finanzwirtschaft an der Ortsgruppe Nürnberg, über seine selbstlose Tätigkeit als Redner und Agitator will ich heute schweigen, um nicht noch trübere Schlammfluten aufrühren zu müssen. Zusammenfassend nur das Eine, daß Herr Streicher in bezug auf Wahrung seiner persönlichen Geldbeutelbelange den Sozibonzen durchaus erfolgreich Konkurrenz macht.

(Deutsche Presse vom 21. 8. 24.)

Amann über Goebbels:

Mephisto der Partei . . . unsympathischer Mensch mit finsterer Bolschewikenmine . . . ein mit einem Pferdefuß vom Herrgott gezeichneter, vor dem man sich in Acht nehmen muß . . . daß er ehedem im Rheinland die Reichsparteizentrale sabotierte und daß gegen ihn wie gegen Gregor Straßer das System der Propagandazellen gegründet wurde, um Hitlers Autorität durchzusetzen.

(Nach dem Zeugnis des früheren Propagandachefs Otto May des Völkischen Beobachters.)

Hitler über Drechsler (Gründer der NSDAP.):

Idiot, unbrauchbarer Mensch, charakterloser Mensch, Trottel, Schuft.

(Münchener Post vom 19. 5. 28.)

Pöhner über Esser und Streicher:

Der verunglückte Polizeipräsident Pöhner hat einmal unter Bezugnahme auf Esser und Streicher erklärt, daß er sich nicht auf einen Dreckhaufen setze und hat auch noch stärkere Ausdrücke gebraucht.

(Erklärung des Völk. Landtagsabgeordneten Dörfler in seinem Prozeß gegen Hitler Juli 1926.)

Hitler über Esser:

Ich weiß, daß Esser ein Lump ist, aber stellen sie mir einen anderen her.

(Münchener Post vom 19. 5. 28.)

Ein eitler und ränkesüchtiger Mensch, dabei feig, ein Lügner und Schwätzer, den man nicht voll nehmen könne.

(Aeußerung zu Parteifreunden 1923.)

Esser ist ein Schwätzer und Lügner, dabei eitel und von sich eingenommen, seine beste Eigenschaft ist die Feigheit.

(1923 Gespräch mit Parteifreunden.)

Straßer über Esser:

Essers Ausschluß mußte erfolgen im Interesse der Reinheit der Partei. Sein unmoralischer Lebenswandel, dabei seine eigennützige und unvölkische Handlungsweise macht ihn zum Mitglied der völkischen Bewegung untauglich. Wer, wie Esser, einen Brief seines Führers fälscht, treibt politische Falschmünzerei; seine Kampfesweise ist verdächtig, nicht nur seine Liierung mit der jüdischen „Frankfurter Zeitung", auch sein Verhalten am 9. November und den nachfolgenden Tagen ist höchst eigenartig und eines wahren Nationalsozialisten unwürdig. Esser treibt Klassenkampf und handelt nach jüdischen Maximen.

(Straßer Oktober 1924 nach dem Ausschluß Essers aus der völkischen Freiheitsbewegung.)

Mücke über Killinger:

Killinger war seinerzeit Mitglied der Brigade Ehrhardt. Gleichzeitig war er Mitglied eines Geheimbundes, der sich „Kampfverband Sachsen" nannte und dessen Führer ein Major a. D. Schäffer ist. Sein Name ist bekannt in Verbindung mit den Prozessen, welche sich anknüpfen an die Unterschlagungen, welche vorgekommen waren beim sächsischen Volksnotopfer . . . Ich habe Herrn von Killinger später gezwungen, mir eine Erklärung aufzustellen, in der er zugibt, seine Lügen und Verleumdungen über mich wieder besseres Wissen erhoben zu haben. Als seinerzeit die Brigade Ehrhardt in Sachsen aufgelöst wurde, richtete der Kapitänleutnant a. D. von Killinger, der damals als Führer der Ehrhardtbrigade in Sachsen die NSDAP. mit allen Mitteln bekämpfte, einen Brief an den sächsischen Innenminister. In diesem Briefe bezeichnet Killinger die Ehrhardt-Brigade als eine Stütze der Republik und bettelte mit dieser Behauptung die Regierung an, die Ehrhardtbrigade nicht aufzulösen . . . Trotzdem Herrn Hitler die üblen Handlungen des Kapitänleutnants a. D. von Killinger bekannt waren und trotzdem er selbst die persönliche Eignung und die Charaktereigenschaften des Herrn betreffend, bisher ein vernichtendes Urteil gefällt hatte, nahm er jetzt nicht nur Herrn von Killinger in die Partei auf, sondern machte ihn auch zum Vertreter der Weltanschauung der NSDAP. im sächsischen Parlament . . . Mein persönliches Reinlichkeitsgefühl verbietet es mir, in einer Partei zu bleiben, welche Menschen aufnimmt, die solche Handlungsweisen begangen haben wie der jetzige Vorsitzende der sächsischen Landtagsfraktion der NSDAP., Herr von Killinger.

(Offener Brief Mückes in der Fränkischen Tagespost vom 3. 8. 29.)

Mit Ausnahme Dinters und Mückes gehören all die Männer, die sich hier gegenseitig so beschimpfen, heute der NSDAP. an. Diese Urteile, die nicht von den bösen Juden oder Marxisten ausgehen, sondern von e i g n e n Parteigenossen, richten die Bewegung, die solchen Führern folgt.

Eine reiche Ausbeute sehr charakteristischer Urteile von Nationalsozialisten über Nationalsozialisten lieferte die Abspaltung der Straßergruppe.

G 1 Selbstzeugnisse

Hitler über Graf Reventlow:

er halte eine Aussprache mit dem Grafen Reventlow für völlig überflüssig, da Reventlow ein alter Mann sei, noch dazu ein reiner Journalist, der seine seit Jahrzehnten vertretenen alten Ansichten nicht mehr ändern könne und gewissermaßen ein hoffnungsloser Fall wäre.

(Der „Nationale Sozialist", Nr. 116, v. 11. 7. 30.)

Reventlow und Stöhr über Hitler:

„. . . politischer Jules Verne . . ."

Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, Nr. 180 vom 1. 7. 30.)

Hitler über Otto Straßer und seinen Kreis:

. . . destruktive Elemente . . . berufsmäßige Querulanten und Literaten . . . wurzellose Literaten . . . chaotische Salonbolschewisten doktrinäre Narrereien politischer Wandervögel . . . ihre Politik entspricht vollkommen der Politik unserer jüdischen, liberalen und marxistischen Gegner.

Brief Hitlers an Dr. Goebbels vom 30. 6. 30, abgedruckt im „Angriff" Nr. 53 vom 3. 7. 30.

Straßer über die Hitlerpresse:

Die Begriffsverwirrung in der Hitlerpresse ist geradezu katastrophal . . . Wir können hier natürlich nicht jeden Stinktopf auf seinen Inhalt nachprüfen . . . Aus der Byzantinerpresse, die im Gesinnungseifer sich überschlagend ganze Jauchebatterien auffährt, wollen wir nur einen herausgreifen: den „Westdeutschen Beobachter", jenes prominente Organ eines sehr tüchtigen Geschäftsantisemitismus, den wir — und mit ihm seinen Zwillingsbruder, den „Stürmer" — bereits vor Jahren in den „Nationalsozialistischen Briefen" festnageln mußten, da er lediglich dem „Central-Verein" Beweise zu liefern schien für die Behauptung, der Nationalsozialismus sei eine Bewegung von Dummköpfen . . . Außerdem sind wir aber mit dem Spezialorgan für Ritualmorde (sogar der arme, ermordete Daube aus Gladbach mußte für eine fette Ueberschrift herhalten) sehr zufrieden . . . Frisch-fröhliches Geschimpf ohne geistige Beschwernis . . .

„Der Nationale Sozialist" Nr. 121 vom 18. 7. 30.)

Mossakowsky über Goebbels:

Damit war mein und einer Anzahl Parteigenossen Verdacht bestätigt, daß Herr Dr. Goebbels — wie es zu seinem Wesen gehört — sich abermals nur wichtig machen wollte und daher selbst in diesem Falle nicht vor einer bewußten Unwahrheit zurückgeschreckt ist. Es ist unmöglich, daß ein solcher Mann auch nur einen Tag länger nationalsozialistischer Gauleiter der Reichshauptstadt und dazu noch Reichspropagandaleiter einer Partei wie der NSDAP. bleiben kann.

(„Der Nationale Sozialist" Nr. 107 vom 1. 7. 30.)

. . . Es ist dann Gelegenheit, an Hand dieser Fälle darzustellen, (gemeint ist der Konflikt Mossakowskys mit der Partei) wie im Umkreis von Herrn Dr. Goebbels die Verbreitung bewußter Unwahrheiten sich zur niedlichen Methode zu entwickeln beginnt.

(„Der Nationale Sozialist" Nr. 109 v. 2. 7. 30.)

Die Straßergruppe über Goebbels:

Der Vorsitzende des Berliner Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses mußte darauf selbst zugeben, daß, bei der Stellung Dr. Goebbels in der Partei, eine Klärung dieser Widersprüche von der Partei aus unbedingt vorgenommen werden muß.

Richard Schapke im „Sächsischen Beobachter" Nr. 108 vom 2. 7. 30 bei einer Auseinandersetzung mit Goebbels über dessen angebliche Haft in belgischen Gefängnissen.

Wenn Herr Dr. Goebbels, der wohl die Verantwortung für den Ausschließungsbiereifer seines Expedienten Wilke trägt, in dieser Art fortfährt, dann dürfte der deutsche Begriff vom freien Mann und dem freien Gewissen aus den Reihen der NSDAP. wohl bald verschwunden sein, um einem orientalischen Sultanat Platz zu machen, das auf den Knüppel gestützt, einen „Untertanenstaat" darstellt, an dem alle Despoten von Metternich bis Severing ihre Freude haben dürften.

„Der Nationale Sozialist" Nr. 108 v. 2. 7. 30.

Er kann sich also drehen und wenden wie er will, es bleibt die Tatsache bestehen: er hat gelogen! Und Hitler kann einen solchen Mann nicht als Berliner Gauleiter und Reichspropagandaleiter noch ferner dulden und neuerdings noch zum Generalinquisitor der Partei bestellen, wenn er sich nicht selbst aufs schwerste belasten will. Wir haben den Partei-Byzantinismus satt und verlangen die Reinheit und Treue des Gedankens.

Im „Angriff" ließ Dr. Goebbels schildern, wie er trotz Krankheit nach „halsbrecherischer" Autofahrt noch im Reichstag zur Abstimmung über die Notverordnungen eintraf. Dazu schreibt „Der Nationale Sozialist" in Nr. 126 vom 23. 7. 30:

Der Reichstag hatte etwa 450 Abgeordnete. 449 haben keinen Ton über ihr Räuspern und Spucken bei der letzten Sitzung verloren. Diesen Tribut an die Eitelkeit zu zahlen blieb Herrn Dr. Goebbels vorbehalten. Wie üblich.

Straßer über Rosenberg (Chefredakteur des „Völkischen Beobachter"):

. . . einem unfruchtbaren, nörgelnden, in der Ofenecke meditierenden Halbwissenden, der eine Meinung aufzwingen möchte und beim Versuch einer Debatte sofort beleidigt tut und mit Injurien um sich wirft, ohne den Nachweis führen zu können, daß das zusammengelesene Gestoppel wirklich vor den Gesetzen des Blutes und der Natur stand halte. . . . Mit geradezu lettischer Betriebsamkeit aufgebautes Philosophieragout, ein Begriffsstutziger, der sich im Kriege und der ersten Nachkriegszeit ruhig dem Bürgerschutz irgend eines östlichen Randstaates gefallen ließ . . . Pharisäer . . . Eitelkeit . . .

„Nationalsozialistische Briefe, Jahrgang 1930 Nr. 24."

„Nationalsozialistische Briefe" über Hitler:

Adolf aus München, in seiner ganzen politischen Ahnungslosigkeit . . . Gestrauchelter Führer.

„Nationalsozialistische Briefe" v. 15. 7. 30.

Nationalisten über Nationalsozialisten

Es ist bezeichnend, daß gerade Männer, deren nationale Zuverlässigkeit nicht einmal die Nationalsozialisten bezweifeln, Männer, die lange Zeit dem Nationalsozialismus freundlich gegenüberstanden oder sogar direkt mit ihm zusammenarbeiteten, die Brüchigkeit der nationalsozialistischen Bewegung erkannt haben.

Der nationalistische Schriftsteller Ernst **Jünger** bezweifelt im „Tagebuch" (21. 9. 29) die Ernsthaftigkeit des nationalsozialistischen Revolutions- und Widerstandswillens. Er schreibt:

> „Daher kommt mir eine Feindschaft, wie sie heute etwa zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten gepflegt wird, schon aus taktischen Gründen unverständlich vor. Sie ist ein Beweis, daß in diesen beiden Bewegungen noch viel mehr bürgerliche, am System interessierte Elemente sich verbergen, als sie selbst wahr haben möchten. Und so ist es; denn die eine (die nationalsozialistische) zielt in ihrer heutigen Form auf einen nationalbürgerlichen Staat im Sinne der westlichen Zivilisation, die andere auf eine äußerste und langweiligste Form der kleinbürgerlich rationalistischen Ordnung im Schrebergartenstil auf eine Art Erklärung der Brotkarte in Permanenz . . . Auch ist es nicht etwa ein Hauptkennzeichen des Nationalisten, daß er schon zum Frühstück drei Juden verspeist — der Antisemitismus ist für ihn keine Fragestellung wesentlicher Art.

Noch schärfer urteilt **General Ludendorff**, der Putschgenosse Hitlers vom November 1923 heute über den Nationalsozialismus. Er schreibt in „Ludendorffs Volkswarte" (18. 5. 30) über die NSDAP.:

> „Sie ist „sozialistisch" nach links, „national" nach rechts, romfeindlich bei den Protestanten, romfreundlich bei den Katholiken. Sie drückt sich so aus, daß jeder nicht nachdenkende oder harmlose, unter ihre Suggestion gesetzte Deutsche das heraus hört, was schon in seinem Kopfe als Wunsch sitzt. So glaubt denn jeder unter solcher Suggestion das ersehnte Ziel nun zu erreichen . . . So machen denn die Herren Straßer, Goebbels und Graf Reventlow in Sozialismus und noch mehr in Leninismus. **Es ist unverkennbar, daß eine Annäherung nationalsozialistischer und kommunistischer Anschauungen ganz im Sinne des Leninismus vor sich geht. Ja, die kommunistische Leitung in Deutschland erwartet sogar von Moskau eine Unterstützung nationalsozialistischer Propaganda.**"

Am 25. 5 .30 schreibt Ludendorff im gleichen Blatt:

> „Die NSDAP. enthüllt sich immer mehr. Der Angriff des Herrn Dr. Goebbels des Propagandaleiters der NSDAP. brachte am 4. 5. einen Aufruf an die „Proletarier" in Form eines Bildes. Das Bild zeigt unter anderem das Hakenkreuz und daneben die Sowjetzeichen Hammer und Sichel . . . Eigenartig, sehr eigenartig. Deutlicher konnte sich im übrigen die NSDAP. doch nun wirklich nicht mehr erklären . . . **Der Kampf der NSDAP. gegen den Marxismus ist eine arge Täuschung.** Er richtet sich auch nur gegen „internationale Blutvergiftung", „Volks- und Landesverrat", nicht etwa gegen den Sozialismus

als solchen, den wir als übelstes, wirtschaftliches und seelisches Zwangssystem kennen. Die NSDAP. will noch ein größeres Zwangssystem errichten!

Der bekannte Schriftsteller **Oswald Spengler**, auf dessen Lehren sich die Nationalsozialisten gelegentlich stützen und den Sie gern als Kronzeugen anführen *), schreibt über die Nationalsozialistische Bewegung, die er mit der Jeunesse dorée, der französischen Revolution vergleicht:

> Entschlossene junge Leute, die von den Jakobinern genug hatten und mit Fäusten und Stöcken, unbekümmert um die schweren Fragen der Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die neue Epoche einleiten wollten. Nun, die Völkischen sind die jeunesse dorée von heute, aus derselben Ursache hervorgegangen, von demselben Geist getragen. Sie haben die gleiche leicht entzündliche Begeisterung, den gleichen Tatendrang, dieselbe Ehrlichkeit und dieselbe Beschränktheit. Weder die einen noch die andern **ahnten etwas von der schweren staatsmännischen Aufgabe in einem durch und durch verwüsteten Lande**; sie sahen auf kühle Erwägungen verächtlich herab, und sie hatten wenig Lust, sich ernsthaft um prosaische Einzelheiten der Währung, der Arbeitslage der Verwaltung, der Finanzen und der auswärtigen Beziehungen zu kümmern. Die kurze Geschichte dieser Bewegung ist noch nicht geschrieben, **aber der Mangel an Verständnis war damals der gleiche wie heute, wo er Realpolitik auf Rassengefühle aufbauen möchte.**
>
> **Dies und die kindlichen wirtschaftlichen Ansichten und Utopien sind so michelhaft und provinzial, daß diese völkische Bewegung dadurch vollkommen abgeschnitten wird von allem, was durch Begabung, Erfahrung, Macht und Beziehungen politisch und wirtschaftlich ernst zu nehmen ist. Sie scheint bestimmt zu sein, den Boden aufzuwühlen, aber nur, um einer gefährlichen Gegenströmung Platz zu machen. Wie klein, flach, beschränkt und unwürdig steht neben dem englischen Satz right or wrong my country! der Deutsche: Juden hinaus!**

Zu den nationalsozialistischen Forderungen über die **Brechung der Zinsknechtschaft** sagt Spengler:

> **In Deutschland würde der geringste Versuch, die bestehenden Formen der Kreditverzinsung zu erschüttern, oder die bestehenden Finanzmächte nicht als Mächte zu behandeln, zu einer Katastrophe führen, die uns in einigen Wochen in dieselbe Lage brächte, in der Rußland sich befindet.**

Spengler spricht weiter: von einem **Mangel an Intelligenz** und von **ererbten Vorurteilen**, denen die Gegenseite die klügeren Köpfe

*) Oswald Spengler, der größte deutsche Geschichtsphilosoph . . . wir sind stolz darauf, ihn unsern Lehrer zu nennen . . . Das Deutschland der Zukunft wird in Oswald Spengler, seinen Propheten, seinen Lehrer und Wegbereiter erkennen müssen (Der nationale Sozialist, 29. 5. 1930).

gegenüberstelle. „Es kommt in der hohen Politik nicht auf Langschädel an, sondern auf das, was drin ist."

Auch Kapitän **Ehrhardt**, der bekannte Führer der O. C. hat in Nr. 223 der Berliner Börsenzeitung ein vernichtendes Urteil über die Nationalsozialisten gefällt. Ehrhardt schreibt:

> Dieser Bewegung liegt letzten Endes keine neue Idee zugrunde, sondern ein Gedanke. Ein Gedanke des politischen Tageskampfes, der von Anfang an nicht frei gewesen ist von einer **demagogischen Absicht** . . . Die nationalsozialistische Bewegung ist das Ergebnis eines im damaligen Augenblick äußerst geschickten, propagandistischen Schachzuges, aber damit das Kind eines Kompromisses. Man hat eine rein werbetechnisch sehr zugkräftige neue Parole geschaffen . . . aber eine Parole, der eine gewisse **Pfiffigkeit** innewohnt, ist **keine Lösung eines Problems**, das nur im geraden Kampfe ausgekämpft werden kann. . . **Es wird nie gelingen, den Sozialismus gewissermaßen durch einen schlauen Kniff auf eine andere Ebene zu schieben** . . . Die Nationalsozialisten wenden das Wort: Sozialismus auf einen ethischen Begriff an, und werden daher von der Allgemeinheit der Arbeiterschaft für eine **Art von Betrügern** angesehen, weil die Arbeiterschaft seit Generationen gewohnt ist, diesen Begriff materialistisch zu verstehen und weil sie ihn ausdrücklich materialistisch verstanden wissen will . . . **Die demagogische Grundtendenz der nationalsozialistischen Bewegung ist Schuld daran, daß diese Dinge um des Propagandaerfolges willen immer wieder verschleiert werden.** Eine gleiche Demagogie wird zum Schaden einer wirklichen Klärung der Lage über den Begriff des Kapitalismus getrieben.

So urteilen nicht Marxisten, Pazifisten oder Juden, sondern anerkannt „nationale" Männer, die die Hitlerbewegung genau kennen.

Alphabetisches Namen- und Schlagwortverzeichnis

Seite

Abstimmungen der NS. im Reichstag . . . . . 23 ff.
Agitationsmethoden der NS. 55 f.
Agrarprogramm der NS . 18 f.
Andreas Hofer-Bund u. NS. 2 f., 35
Anschlußgedanken u. NSDAP. 2, 34
Antisemitismus der NSDAP. 37 f., 59 ff., 77 ff., 89
Antisemitismus u. Thüringer Wirtschaft . . . . . 30 f.
„Arbeiterfreundlichkeit" der NS. 23 f., 40 ff., 100
Arbeiterpartei, die NSDAP. als 40 ff.
Außenpolitisches Ziel der NS. 2 ff., 35 f.
Ausländerfrage 7
Ausweisung von Ausländern 7

Beamte u. NSDAP. . . . 24
Beschimpfung von Toten . 76 ff.
Bluthetze 81
Brechung der Zinsknechtschaft 11 ff., 100 ff.
Bruderkampf unter NS. 53 f., 82 f.
Bruch von Wahlversprechungen 51 ff.
Betriebsräte 15, 51
Bürgerkrieg . . . . . 66 f.
Bürgertum u. NSDAP. . 64 f.

Christentum u. NSDAP. . 62 f.

Seite

Demagogische Kampfmethoden der NS. . . . . 55 ff.
Demokraten u. NSDAP. . . 89
Deutsche Volkspartei u. NSDAP. 93 ff.
Deutschnationale u. NSDAP. 97 ff.
Dinter über NS.-Führer . . 75
„Dolchstoß" der NS. von 1923 (Ruhrkampf) . . . . . 34 f.
Drexler 133
„Drittes Reich" . . . . 33 ff.

Ehrhardt über NS. 139
Einwanderung von Ausländern 7
Enteignung 14
Esser . . . . . 133 f.

Feder . . . . . 100 f.
Finanzpolitik der NS. in Thüringen . . . . . 20 f.
Finanzwirtschaft Feders in München 101
Frick (vgl. Thüringen) und „Kulturpolitik" . . . . 102 ff.
Friedhofsschändungen . . . 77 f.
Führer der NS. in Sachsen . 27
Futterkrippenwirtschaft . . . 9 f.

Geldgeber der NSDAP. 35 ff., 57 f.
Gemeinwohl u. NS. 32

Seite

Geschäftspraktiken von NSDAP.-Führern 44
Goebbels . . . 105 ff., 133, 135 f.
Goldschmidt, Jacob 87
Günther, Hans (vgl. Rassentheorien) 102

Herausgeber nationalsoz. Zeitungen . . . . . 57 f.
„Herrenschicht" . . . . . 42 f.
Hetze gegen polit. Gegner . 81 ff.
Hindenburghetze der NSDAP. 71 ff., 117
Hinkler . . . . . 108 f.
Hitler, 1, 110 ff., 125, 132, 135
Hitler u. die Rechte der Juden 60
Hugenberg 98

Immunität . . . . . 57 f., 101
Inflation 12
Italien 2, 35
Juden und Judenhetze 37 f., 57, 59 ff., 77 f.
Judengeld u. NS. . . . 37 f.
Judenpresse 89
Jünger, Ernst, über NS. . 137

Kadavergehorsam in der NSDAP. 84
Katastrophenpolitik 12, 32, 66 f.
Katholiken u. NSDAP. . 85 f.
Kapital, „schaffendes" und „raffendes" 9
Killinger, von 113, 134
Koburg . . . . . 39 ff., 69 f.
Koch, Erich 114
Kommunisten u. NSDAP. . 85 ff.
Kommunisten u. NS. in Sachsen 26
Konkordate 24
Kopfsteuer 79
Korruption in der NSDAP. 46 ff., 68 f.
Kriegsheldentaten der NS.-Führer 39

Seite

Kulturpolitik der NS. (vgl. Frick) u. Thüringen 20
Kube, Wilhelm . . . . 115 ff.
Kuntze, Richard . . . . . 118 f.

Landbund u. NSDAP. 18 f., 96
Landwirtschaft u. NSDAP. 18 f., 23, 96
Ludendorff über NS. . . . 137
Lüge als nationalsozialist. Kampfmittel . . . 57 f., 77 ff.

„Menschenexport" 21
Ministerstürzerei 79
Mißbrauch der Immunität 57 f., 101
Mißerfolge der NS. in Thüringen . . . . . 28 ff.
Mittelstandspolitik (vgl. Warenhäuser) . . . . . 16 f., 95
Mussolini . . . . . 2 f., 35
Mussolini u. der Antisemitismus 3
Münchmeyer . . . . . 120 f.
Mutschmann . . . . . 122 ff.

Nationalsozialisten über Nationalsozialisten . . . . 132 ff.
Nationalisten über Nationalsozialisten . . . . . 137 ff.

Oesterreich und NS. 2, 4, 34, 35 ff.

Parlamentswirtschaft . . . 9 f.
Privateigentum u. Privatwirtschaft (vgl. Sozialismus) . 14 f.
Presse der NS. . . . . 57 f., 135
Presse, „jüdische" 89

Rassentheorien der NSDAP. (vgl. Günther) 1
Rasse Goebbels 33
Rasse Hitlers 110
Rechts- u. Verfassungswidrigkeit der Thüringer NS.-Politik (vgl. Frick, Thüringen) 28

Seite

Regierungsstürzerei 79
Reklame als Prinzip der NSDAP. 49
Religionshetze der NSDAP. 62 f., 101
Reichstagsfraktion der NS., Verhalten der . . . . . 23 ff.
„Rheinlandtreue" der NS. 21 f.
Reventlow, Ernst, Graf 124 f., 135
Revolutionshetze der NSDAP. 66 f.
Rosenberg 136
Ruhrkampf u. NS. 34

Sachsen . . . . . 9 f., 26 f.
Schemm, Hans 79, 126
Sexualschnüffler und Sexualverbrecher in der NSDAP. 74 f., 129 f.
Skandale in der NSDAP. 68—70
Sozialisierung . . . . 14 f., 100
Sozialismus 15, 43, 100, 107
Sozialdemokratie u. NSDAP. 87 f.
Spaltung in der NSDAP. 53 f.
Spengler über NS. 138
„Speckzollpatrioten" 96
Staatsbürger im „Dritten Reich" 33 ff.
Staatsbürgerrechte 56
Steuerpolitik der NSDAP. in Thüringen 28
Straßer, Gregor . . 127 f., 132
Straßer, Otto 135
Streicher, Julius . . 129 f., 133
Stresemann und NS. 21, 76 f., 94
Südtirol . . . 2 ff., 9 f., 35
Synagogenbesudlung 81

Terrormethoden 32
Terror gegen die Brüder von gestern . . . . . 82 f.

Seite

Thüringen (vgl. Frick) 20, 28 ff., 79, 93
Totenbeschimpfung durch NS. 77 f.

Ueberheblichkeit der NSDAP. 80
Umsturzbestrebungen . . . 66 f.
Unaufrichtigkeit der Ministerstürzerei 79

Verfassung, Weimarer und NSDAP. 56
Versprechungen . . . . . 51 ff.
Volksbildungswesen 20
Volkspartei u. NSDAP. . 93 f.
Volksverrat der NS. . . . 34 f.

Wahlversprechungen . . . 51 ff.
Warenhäuser . . . . . 16 f.
„Wehrverrat" der NS. . . . 8
Weimarer Verfassung und NSDAP. 56
Widersprüche im parlamentarischen Verhalten der NSDAP. . 23 f.
Widersprüche in der Thüringer Steuerpolitik der NSDAP. . 28
Wiegand-Interview Hitlers . 60
Wirtschaftspartei und NSDAP. 95
Wirtschaftsskandale und NSDAP. 68—70

Youngplan, Kampf um den 21 f., 36

Zeitungen, nationalsozialistische 57 f., 135
Zentrum und NSDAP. . . 90 ff.
Zersetzung des Staates . . . 32
Zickzackkurs der Reichstagsfraktion der NSDAP. . . . . 23 ff.
Zinsknechtschaft, Brechung der 11 ff., 100 ff.
Zion, Die Weisen von . . . 101
Zwist in der NSDAP. 53 f., 82 f.

380/80/40671(9)
X13<80406719000016

Seite

3. Nationalsozialistische Judenhetze 59
4. Gegen das Christentum 62
5. NSDAP und Bürgertum 64
6. Revolutionshetze 66
7. Wirtschaftsskandale und NSDAP . . . 68
8. Die Hetze gegen Hindenburg 71
9. Sexualschnüffler und Sexualverbrecher in der NSDAP 74
10. Beschimpfung von Toten 76
11. Die Unaufrichtigkeit der Regierungsstürzerei 79
12. Die Überheblichkeit der NSDAP 80

II. Terror als Methode

1. Die Folgen der Bluthetze 81
2. Terror gegen die Brüder von gestern . . 82
3. Kadavergehorsam in der NSDAP . . . 84

E. NSDAP und andere Parteien

I. Kommunisten und NSDAP 85
II. Sozialdemokratie und NSDAP 87
III. Demokraten und NSDAP 89
IV. Zentrum und NSDAP 90
VI. Deutsche Volkspartei und NSDAP . . . 93
VII. Wirtschaftspartei und NSDAP 95
VIII. Landbund und NSDAP 96
IX. Deutschnationale und NSDAP 97

F. Die Führer der NSDAP (Alphabetisch)

Gottfried Feder 100
Dr. Wilhelm Frick 102
Dr. Joseph Goebbels 105
Hinkler 108
Adolf Hitler 110
Manfred von Killinger 113
Erich Koch 114
Wilhelm Kube 115
Richard Kunze 118
Münchmeyer 120
Mutschmann 122
Ernst Graf Reventlow 124
Hans Schemm 126
Gregor Straßer 127
Julius Streicher 129

G. Urteile über die NSDAP

1. Nationalsozialisten über Nationalsozialisten 132
2. Nationalisten über Nationalsozialisten . . 137

Verlag und Druck: Max Lichtwitz Berlin SW 19

25 06 86

colorchecker CLASSIC

x-rite

mm

Freie Universität Berlin